

LANDESHAUPTSTADT



Gesamtabschlussbericht



für das Geschäftsjahr 2015

www.wiesbaden.de

Gesamtabschluss 2015

Inhaltsverzeichnis

A. Vorwort	3
B. Konsolidierter Gesamtabchluss zum 31.12.2015	4
1. Konsolidierungsbericht	4
1.1 Lage der Landeshauptstadt Wiesbaden	4
1.1.1 Einführung	4
1.1.2 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	5
1.1.3 Geschäftsverlauf	6
1.1.4 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks	12
1.1.5 Vermögenslage	17
1.1.6 Vermögensvergleich Einzel- mit Gesamtabschluss	19
1.1.7 Ergebnissituation	20
1.1.8 Ergebnisvergleich Einzel- mit Gesamtabschluss	22
1.1.9 Finanzlage	23
1.2 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres 2015	24
1.3 Chancen und Risiken	28
1.4 Bewertung des Gesamtabchlusses im Hinblick auf die dauernde Leistungsfähigkeit und perspektivischer Ausblick	36
1.5 Angaben zu den nicht einbezogenen Aufgabenträgern	39
2. Zusammengefasste Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung	40
2.1 Zusammengefasste Vermögensrechnung	40
2.2 Zusammengefasste Ergebnisrechnung	42
2.3 Zusammengefasste Finanzrechnung	43
3. Anhang	44
3.1 Allgemeine Angaben	44
3.1.1 Rechtliche Grundlagen	44
3.1.2 Abgrenzung des Konsolidierungskreises	44
3.1.3 Konsolidierungsgrundsätze	49
3.1.4 Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	51
3.2 Erläuterungen zu den Posten der zusammengefassten Vermögensrechnung	54
3.2.1 Anlagevermögen	54
3.2.2 Umlaufvermögen	60
3.2.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	60
3.2.4 Eigenkapital	61
3.2.5 Sonderposten	62
3.2.6 Rückstellungen	63
3.2.7 Verbindlichkeiten	65
3.2.8 Passive Rechnungsabgrenzungsposten	65
3.3 Erläuterungen zur zusammengefassten Ergebnisrechnung	66
3.3.1 Ordentliches Ergebnis	66
3.3.2 Außerordentliches Ergebnis	75
3.3.3 Anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis	76
3.4 Erläuterungen zur zusammengefassten Finanzrechnung	77
3.5 Sonstige Angaben	78
3.5.1 Haftungsverhältnisse	78
3.5.2 Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen	80
3.5.3 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen	82
3.5.4 Mitglieder Stadtverordnetenversammlung/Magistrat	83

Gesamtabschluss 2015

Anlagen	85
Anlage (1) Anlagenspiegel	86
Anlage (2) Forderungsspiegel	87
Anlage (3) Eigenkapitalspiegel	88
Anlage (4) Sonderpostenspiegel	89
Anlage (5) Rückstellungsspiegel	90
Anlage (6) Verbindlichkeitspiegel	91
Anlage (7) Übersicht der fremden Finanzmittel der Landeshauptstadt Wiesbaden (unkonsolidierte Werte!)	92
Anlage (8) Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen	93

Gesamtabschluss 2015

A. Vorwort

Hiermit lege ich Ihnen als Kämmerer der Landeshauptstadt Wiesbaden den Gesamtabschluss für das Jahr 2015 vor. Ziel dieses Werkes ist es die Stadt transparenter zu machen, indem ein Gesamtbild einschließlich ihrer Unternehmen und Sondervermögen aufgezeigt wird. Die Landeshauptstadt Wiesbaden (LHW) ist als „grünste Stadt Hessens“ eine attraktive, leistungsfähige, soziale und wirtschaftlich starke Stadt. Ihre Leistungen werden nicht nur von den städtischen Ämtern erbracht sondern in hohem Maße auch von den Beteiligungsgesellschaften in den Segmenten Ver- und Entsorgung, Verkehr, Gesundheit, Stadtentwicklung und Wohnungsbau sowie Tourismus, Kongresse und Veranstaltungen. Um die Transparenz zu erhöhen und ein möglichst vollständiges Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der LHW zu erhalten, müssen auch diese in die Aufgabenträger ausgegliederten Dienstleistungen mit in die Betrachtung einbezogen werden.



Nach einem wegen des Jahresfehlbetrages von 10 Mio. € finanziell weniger erfolgreichen Vorjahr freut es mich, für 2015 wieder über einen positiven Verlauf zu berichten. Das Gesamtergebnis (Jahresüberschuss) des Jahres 2015 liegt bei 30 Mio. € und übertrifft damit das Vorjahresergebnis deutlich. Dies sichert das Angebot an öffentlichen Dienstleistungen und Infrastruktur sowie einer nachhaltigen Daseinsvorsorge auf einem hohen Niveau. Gesamtleistung (Umsatz) und Bilanzsumme (Vermögen) blieben mit rd. 1,8 Mrd. € bzw. 4,3 Mrd. € annähernd unverändert.

Schwerpunktt Themen, die die Landeshauptstadt als Investitionen für die Zukunft betrachtet, sind nach wie vor der Ausbau der Kinderbetreuung und die Schaffung und Modernisierung bezahlbaren Wohnraums bei steigenden energetischen Standards, die Errichtung und der Betrieb von umweltfreundlichen Energiegewinnungsanlagen, die Umsetzung eines verbesserten Verkehrskonzepts sowie die Integration von Flüchtlingen.

Der vorliegende Gesamtabschluss besteht aus dem Konsolidierungsbericht (Kapitel 1) mit der Bewertung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des gesamten Verbundes sowie einem perspektivischen Ausblick. In Kapitel 2 folgen die zusammengefasste Ergebnis- und Vermögensrechnung (Bilanz), die um eine Kapitalflussrechnung ergänzt sind. Schließlich ist in Kapitel 3 ein Anhang beigefügt, der neben den gesetzlichen Grundlagen und der Abgrenzung des Konsolidierungskreises insbesondere die Posten der in Kapitel 2 genannten Rechnungen erläutert. Kapitel 4 enthält alle Anlagen.

Axel Imholz
Stadtkämmerer

Gesamtabschluss 2015

B. Konsolidierter Gesamtabschluss zum 31.12.2015¹

1. Konsolidierungsbericht

1.1 Lage der Landeshauptstadt Wiesbaden

1.1.1 Einführung

Wiesbaden ist die Hauptstadt des Landes Hessen. In der zweitgrößten Stadt Hessens wohnen 2015 rund 284.600 Einwohner². Hinzu kamen noch fast 20.000 Mitglieder der US-Heeresgarnison. Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist eine weltoffene, grüne Stadt im Herzen des Rhein-Main-Gebietes, ein wirtschaftliches, kulturelles und soziales Zentrum. Eine moderne Stadtentwicklung, der Umwelt- und Naturschutz, die Gesundheitsförderung sowie eine ausgeprägte Willkommenskultur gehören zu den weiteren Stärken der Stadt.

Wiesbaden zeichnet sich durch ein vielfältiges Kulturleben aus. Vom Hessischen Staatstheater, dem Museum Wiesbaden, Konzerten im Kulturzentrum Schlachthof und im Kurhaus, dem Rheingau Musik Festival über die Caligari FilmBühne bis hin zu zahlreichen Filmfestivals, dem Literaturhaus, Galerien und Kleinkunstabühnen. Wiesbaden bietet die gesamte Bandbreite lebendiger und moderner Kultur. Zusätzlich besticht Wiesbaden durch das umfangreiche Angebot im Breitensport.

Das wirtschaftsfreundliche Klima in der Landeshauptstadt sorgt beständig für einen vorderen Platz im Ranking der deutschen Städte. Neben bekannten Großunternehmen prägt eine Vielzahl von mittleren und kleinen Unternehmen das Bild. Zudem ist Wiesbaden ein pulsierendes Dienstleistungszentrum mit zukunftsfähigen Branchenschwerpunkten und einer hohen Lebensqualität.

Die Stadt zählt, neben Frankfurt am Main, Mainz und Darmstadt, zu den Kernstädten des Rhein-Main-Gebiets. Die Landeshauptstadt Wiesbaden rangierte im Jahr 2015, wie bereits 2014, mit einem Kaufkraftindex von über 112 Prozent des Bundesdurchschnitts bzw. mit rd. 24,5 Tsd. € pro Einwohner auf einem der vorderen Plätze der wohlhabendsten Städte Deutschlands.³

¹ Bei der Verwendung von gerundeten Beträgen oder Prozentangaben kann es zu geringfügigen Differenzen kommen (kaufmännische Rundung).

² Daten des Amtes für strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik der Landeshauptstadt Wiesbaden

³ Daten der GfK SE- Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung

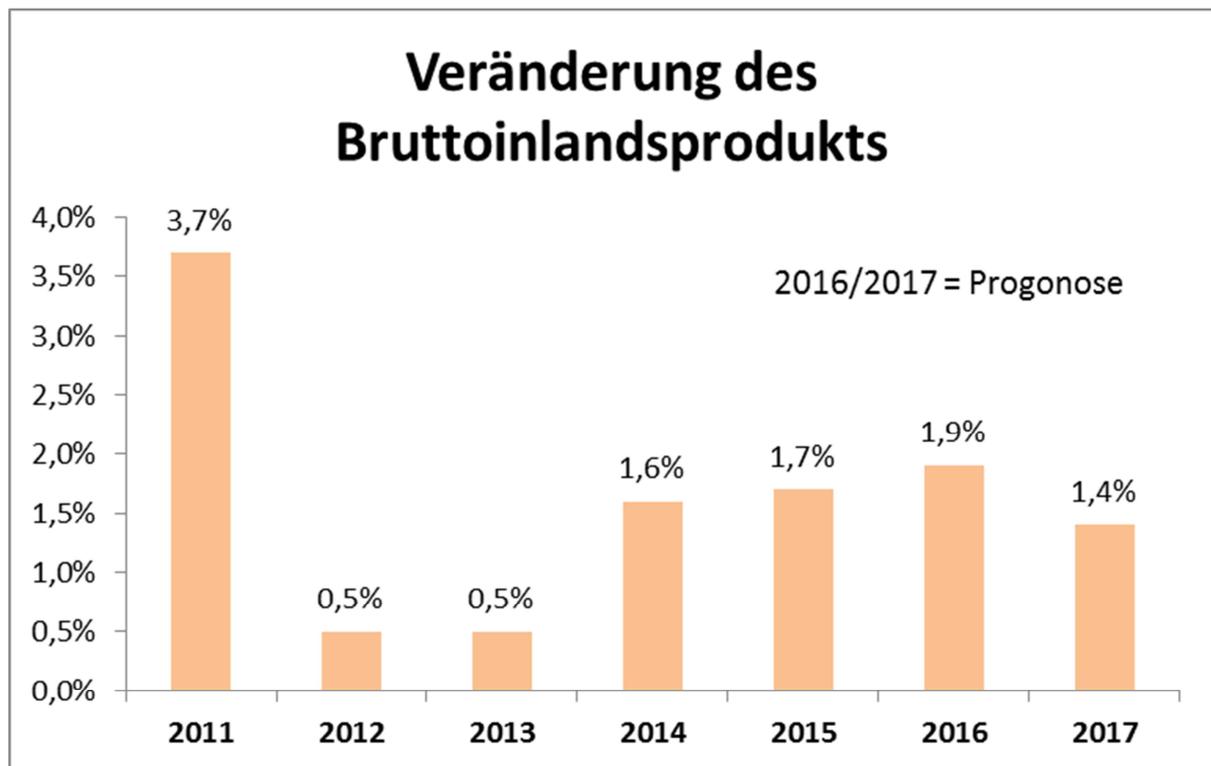
Gesamtabschluss 2015

1.1.2 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Trotz zahlreicher internationaler Herausforderungen zeigt sich die deutsche Wirtschaft derzeit in ausgezeichneter Verfassung.

Im Jahr 2015 hat sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft preisbereinigt mit 1,7 % noch etwas robuster gezeigt als im Vorjahr. Die Verbraucherpreise erhöhten sich in 2015 lediglich um 0,3 %. Diese geringe Jahresteuersatzrate wurde im Wesentlichen durch die Preisentwicklung der Energieprodukte geprägt. Die Tendenz sinkender Energiepreise aus dem Vorjahr hat sich damit 2015 noch verstärkt und ist im Wesentlichen auf den Preisverfall bei Rohöl auf dem Weltmarkt zurückzuführen. Die Arbeitslosenquote ging abermals zurück. Im Durchschnitt des Jahres 2015 waren 2,8 Mio. Arbeitslose registriert, so wenig wie seit 24 Jahren nicht mehr.

Für 2016 prognostiziert der Sachverständigenrat ein Wachstum von 1,9 %.



Quelle: Eurostat, Online-Datenbank, Wachstumsrate des realen BIP (Stand: 08/2016)

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) bleibt weiterhin außerordentlich expansiv. Der Hauptrefinanzierungssatz liegt seit Herbst 2014 bei 0,05 % und ist im Frühjahr 2016 auf das historisch niedrige Niveau von 0,00 % gesunken. Mit dem EZB-Programm zum Ankauf von Staatsanleihen wird immense Liquidität in die Finanzmärkte gepumpt. Somit wird die derzeitige Niedrigzinsphase zunächst manifestiert. Die Finanzierungsbedingungen für deutsche Unternehmen gestalten sich weiterhin sehr gut. Die Zinssätze sind auf historische Tiefstände gefallen.

In Hessen stieg das Bruttoinlandsprodukt um 1,7 %. Das positive wirtschaftliche Umfeld ist auch im Kammerbezirk der IHK Wiesbaden deutlich spürbar. Der Geschäftsklima-Index mar-

Gesamtabschluss 2015

kierte Anfang 2016 mit 141 Punkten den höchsten Stand seit 15 Jahren. Die Geschäftserwartungen sind gestiegen und der Beschäftigungsaufbau soll sich fortsetzen. Wichtigste Branchen neben dem Dienstleistungssektor sind Chemie und Pharmazie mit Unternehmen wie Abbvie, Lilly und Kreussler.

Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Wiesbaden hat sich um 1.168 auf 129.312 erhöht. Die Arbeitslosenquote fiel, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, leicht von 7,6 % im Jahr 2014 auf 7,5 % im Jahr 2015. Im gleichen Zeitraum stieg die Einwohnerzahl auf 284.620 Einwohner (+ 2.307).

1.1.3 Geschäftsverlauf

Der finanzielle Geschäftsverlauf des Verbundes der Landeshauptstadt Wiesbaden war im Berichtsjahr wieder wesentlich erfreulicher als im Vorjahr. Das konsolidierte Jahresergebnis stieg nach dem Fehlbetrag des Vorjahres (- 10 Mio. €) auf einen Überschuss von rd. 30 Mio. €. Hierzu hat insbesondere die verbesserte Ergebnissituation der Kernverwaltung beigetragen.

Steuern und Schlüsselzuweisungen

in Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Gewerbsteuer (vor Gewerbesteuerumlage)	286,5	248,4	38,1 ↑
Einkommensteuer	154,6	146,1	8,5 ↑
Schlüsselzuweisungen	132,0	110,3	21,7 ↑
Grundsteuer (A + B)	56,6	57,6	-1,0 ↓

Die Gewerbesteuererträge im Berichtsjahr lagen konsolidiert mit 286,5 Mio. €⁴ mehr als 38,1 Mio. € über denen des Vorjahres.

Die gute Konjunkturlage zeigt sich nicht nur in Zuwächsen bei der Gewerbesteuer, sondern auch beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer durch die hohe Beschäftigungsquote und steigende Löhne und Gehälter aus Tarifabschlüssen.

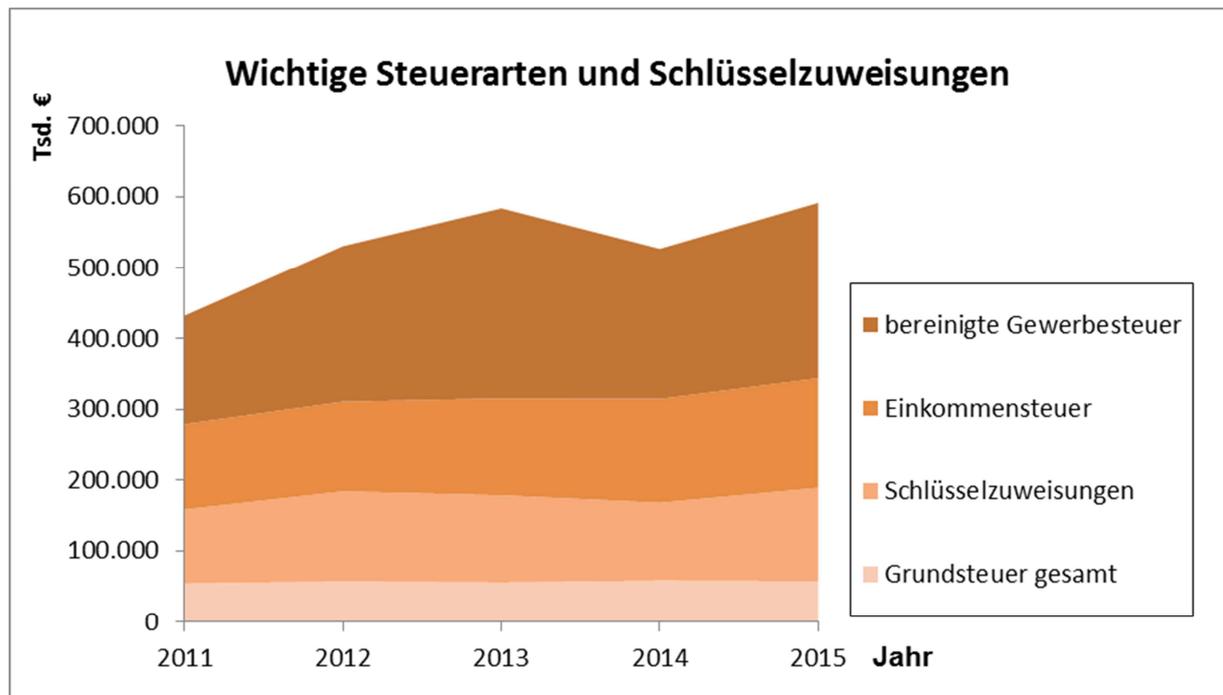
Jeweils mit der Steuerkraft korrelieren auch die Schlüsselzuweisungen. Bedingt durch die in 2014 gesunkene Gewerbesteuer stieg die Schlüsselzuweisung⁵ um 21,7 Mio. € auf 132,0 Mio. €.

⁴ Die Gewerbesteuererträge stehen nicht vollumfänglich zur Verfügung. Sie sind jeweils um die Gewerbesteuerumlage zu bereinigen.

⁵ Berechnungsgrundlage für die Schlüsselzuweisung 2015 sind die Daten des 2. Hj. 2013 und des 1. Hj. 2014.

Gesamtabschluss 2015

Die nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung der Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen der Landeshauptstadt.



Die LHW beschäftigte in ihrem Verbund im Berichtsjahr durchschnittlich 7.516 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Für diese fielen Personal- und Versorgungsaufwendungen von 439,1 Mio. € an. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen betrugen 576,3 Mio. € und die Abschreibungen 147,6 Mio. €.

Stadtentwicklung und Wohnungsbau

Die Wohnungsgesellschaften im Verbund nehmen eine bedeutende Rolle auf dem Wohnungsmarkt wahr. Sie versorgen im Interesse der Stadt breite Bevölkerungsschichten mit Wohnraum und sorgen somit für stabile Mietpreise. Durch die Aktivitäten der Gesellschaften im Bereich der energetischen Sanierung der Objekte und des Einsatzes von erneuerbaren Energien im Neubaubereich findet neben der Betriebskostensenkung ebenso der Klimaschutz seine Berücksichtigung. Die Umsatzerlöse im Geschäftsfeld Immobilien sind gestiegen, ebenso die Erlöse aus der Hausbewirtschaftung sowie die Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Grundstücken. Ursächlich für diese Entwicklung waren insbesondere die Fertigstellung und der Verkauf von Eigentumswohnungen (Gebiet Weidenborn, Gebiet Riederberg, Dantestraße).

Das Geschäftsfeld der städtebaulichen Projektentwicklung wird insbesondere durch die Aktivitäten der Stadtentwicklungsgesellschaft (SEG) geprägt. Sie stellt die Verbindung zwischen den städtebaulichen Zielen der Stadt und den entsprechenden Flächennachfragern bzw. Nutzern dar. Im Geschäftsjahr 2015 hat sich die positive Entwicklung bei der SEG im Wesentlichen aus der Übernahme von Aufgaben zur Unterbringung von Flüchtlingen ergeben.

Gesamtabschluss 2015

Durch die dafür notwendige Bereitstellung von entsprechenden Unterkünften hat sich der Erlös aus der Vermietung des eigenen Immobilienbestandes deutlich erhöht.

Die WiBau konnte in dem umsatzstärksten Geschäftsbereich, der Erbringung von Dienstleistungen im Baumanagement, plangerecht die Generalübernehmeraufträge für die Maßnahmen Brückenschule, Adalbert-Stifter-Schule und Comeniusschule Altbau abwickeln und erfolgswirksam abrechnen.

Der Geschäftsverlauf der WIM KG ist in 2015 gekennzeichnet durch gestiegene Umsatzerlöse aufgrund von Mietanpassungen bei Bestandsmietern bzw. aus Neuvermietungen nach Sanierungen. Neben der Verwaltung des Immobilienbestandes war ein Schwerpunkt die Vorbereitung der Neubaumaßnahmen in der Karl-Glässig-Straße und der Ellenbogengasse sowie die Vorbereitung der Sanierung der Liegenschaft „Walkmühle“. Diese sollen bis Ende 2019 abgeschlossen sein.

Versorgung

Die ESWE Versorgungs AG, die SW Netz GmbH sowie die WLW übernehmen im Verbund die Aufgabe der Versorgung der Bevölkerung mit Strom, Gas, Fernwärme und Wasser. Obwohl die Umsatzerlöse im Bereich Energieversorgung weiterhin rückläufig sind, wurde bedingt, durch die Ausschüttungen der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden i.H.v. 20 Mio. € ein weiteres Rekordergebnis von der ESWE Versorgung erwirtschaftet. Die Stromerlöse reduzierten sich mengenbedingt in 2015 um 42,6 Mio. € auf 238,2 Mio. € und die Gaserlöse um 26,2 Mio. € auf 86,5 Mio. €. Hintergrund ist der Wegfall eines großen Industriekunden. Die Erlöse aus Wärme stiegen im Wesentlichen witterungsbedingt leicht an.

Seit dem 01.01.2012 wird die Wasserversorgung in der Landeshauptstadt Wiesbaden in öffentlich-rechtlicher Form durch den städtischen Eigenbetrieb WLW wahrgenommen. Die ESWE Versorgung ist jedoch weiterhin Eigentümerin des Wassernetzes, das an den Eigenbetrieb verpachtet wird und übernimmt die Betriebsführung des Wassernetzes. Die Umsatzerlöse der Wasserversorgung beliefen sich auf 34 Mio. €. Die Netzeinspeisung - der Wasserbezug - betrug im Jahr 2015 15.491 Tm³ (Vorjahr 14.977 Tm³). Unter Berücksichtigung von Netzverlusten und Messdifferenzen belief sich die nutzbare Wasserabgabe im Jahr 2015 auf 14.948 Tm³ (Vorjahr 14.423 Tm³).

Entsorgung

Für die fachgerechte Beseitigung der im Stadtgebiet anfallenden Abfälle und Abwässer sowie für die Gewährleistung der Straßenverkehrssicherungspflicht im Winter sind der Eigenbetrieb ELW sowie seine Beteiligungen zuständig.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Leistungsentgelte im Bereich Entsorgung mit rund 80 Mio. € nahezu unverändert. Der größte Anteil an den Leistungsentgelten wird im Bereich Abwasser mit 43,1 Mio. € erwirtschaftet.

Gesamtabschluss 2015

Die Einnahmen aus der Schmutzwassergebühr haben sich weniger stark erhöht als der Frischwasserverbrauch, der der Maßstab für die Berechnung der Schmutzwassergebühr ist. Es wird davon ausgegangen, dass der Mehrverbrauch an Frischwasser sich zeitverzögert im Folgejahr bemerkbar machen wird. Die versiegelte Fläche, die die Basis zur Ermittlung der Niederschlagswassergebühr darstellt, ist gegenüber dem Vorjahr minimal gestiegen. Jährlich neu hinzu kommende Flächen werden allerdings durch Entsiegelungsmaßnahmen kompensiert.

Die gebührenpflichtige Abfallmenge ist - gemessen in Liter pro Woche - nahezu konstant. Da die Gebührensätze unverändert gegenüber dem Vorjahr sind, ergaben sich bei den Umsatzerlösen keine Veränderungen.

Eine deutliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr ist aber bei den auf der Deponie abgelagerten Abfallmengen feststellbar. Hier kam es bereits im Vorjahr zu einer Erhöhung um fast 27% und im Jahr 2015 zu einer weiteren Steigerung von 36% auf 607.507 t. Der Entsorgungsdruck ist nachhaltig und hält unvermindert an.

Die mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA) hat Ihre Gesellschafteranteile an den Beteiligungen DBW Recycling GmbH & Co KG und der DBW Recycling Verwaltungs GmbH um 10% durch Verkauf verringert. Somit hält die MBA an den Beteiligungen noch jeweils 40% Gesellschaftsanteile. Aufgabe der gemeinsamen Gesellschaft mit der Fa. Bickhardt Bau AG ist der Abbau und die Vermarktung von Rohstoffen (Sand, Kies, Ton) aus dem ehemaligen Steinbruch der Firma Dyckerhoff AG, die Rekultivierung der abgebauten Flächen sowie die mechanische Aufbereitung mineralischer Abfälle. Der Geschäftsverlauf 2015 verlief im Wesentlichen analog zum Vorjahr.

Verkehr

Die Verkehrsgesellschaften stellen die Beförderung von Personen und Gütern sicher und erledigen die damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden die beiden Tochtergesellschaften ESWE Verkehr Fahrbetrieb GmbH (EVFB) und ESWE Verkehr Service GmbH (EVS) mit der Mutter ESWE Verkehr verschmolzen gemäß dem Magistratsbeschluss vom 28.04.2015.

Weitere wesentliche Rahmenbedingungen für die ESWE Verkehr im Geschäftsjahr 2015 waren der von der Landeshauptstadt Wiesbaden beschlossene Nahverkehrsplan, die Weiterentwicklung des Fahrplanangebotes in enger Abstimmung mit der Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH im gemeinsamen Verkehrsverbund Mainz- Wiesbaden (VMW) sowie die Veränderungen in den Auswirkungen der vertraglichen Finanzierungsinstrumente im Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV).

Im Geschäftsjahr konnten die Fahrgastzahlen im Verkehrsgebiet um 3 % auf ein Rekordhoch von 53,4 Mio. Fahrgästen gesteigert werden. Dementsprechend erhöhten sich die Umsatzerlöse im Linienverkehr auf 44,9 Mio. € (Vj. 42,6 Mio. €). Trotz der Steigerung der Umsatzerlöse, weist die ESWE Verkehr ein schlechteres Ergebnis gegenüber dem Vorjahr aus.

Gesamtabschluss 2015

Soziales

Durch soziale Leistungen sind Transferaufwendungen i. H. v. 346,2 Mio. € (Vj. 336,3 Mio. €) entstanden. Diese entfallen mit 161,5 Mio. € hauptsächlich auf Leistungen an natürliche Personen nach dem SGB XII (u. a. Grundsicherung im Alter) und mit 120,8 Mio. € auf Leistungen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende).

Seit Veräußerung der Betriebsgrundstücke der Feierabendheim Simeonhaus mbH an die GWW zum 1. Oktober 2014 beschränkt sich die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft auf das Erbringen von Serviceleistungen für die Bewohner. Im Berichtsjahr konnte ein geringer Jahresüberschuss erzielt werden.

Der sich bereits im Vorjahr abzeichnende Trend des Auslastungsrückgangs bei der Altenhilfe Wiesbaden GmbH hat sich im Geschäftsjahr 2015 im Toni-Sender-Haus und im Moritz-Lang-Haus verstetigt, so dass die Gesellschaft trotz Pflegesatzerhöhung zum 01.08.2015 hohe Erlösausfälle hinnehmen musste. Dies hatte zur Folge, dass ein geringeres Ergebnis erzielt wurde, welches zusätzlich durch die vorgenommene Wertberichtigung für die Bausubstanz des Moritz-Lang-Hauses geschmälert wurde und zu einem deutlichen Jahresfehlbetrag führte.

Unter dem Dach der Holding „EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH“ werden die HSK Pflege GmbH sowie die HELIOS Dr. Horst Schmidt Kliniken Wiesbaden GmbH geführt. Die Gesellschaft HSK Pflege GmbH ist derzeit operativ nicht tätig, da der Geschäftszweck „Errichtung und Betrieb einer stationären Altenpflegeanlage auf dem eigenen Grundstück am Standort der HELIOS HSK“ mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 01.10.2015 entfallen ist. Insofern wird für das Jahr 2015 ein deutlicher Jahresfehlbetrag ausgewiesen. Vor dem Hintergrund der Einstellung des Neubaufvorhabens der HSK Pflege GmbH am Standort HSK Kliniken wurde von den Stadtverordneten die Durchführung einer Machbarkeitsstudie zur Sanierungsfähigkeit des Moritz-Lang-Hauses (auch in der Variante „bei laufendem Betrieb“) und die Erarbeitung eines tragfähigen Konzeptes zur Neuausrichtung der städtischen Altenpflege beschlossen.

Der Geschäftsverlauf der EGW war geprägt durch die Vereinbarung des Grundstückskonzeptes mit der HELIOS HSK. Im Ergebnis verzichtet die EGW auf die Rückübertragung der nicht mehr benötigten Grundstücke nach Neubau der Klinik.

Die Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH stellt für die berufliche Integration und Reintegration arbeitsloser oder von Arbeitslosigkeit bedrohter Menschen geeignete Angebote im Bereich der Berufsvorbereitung, Ausbildung/Umschulung und Beschäftigung bereit. Auf der Domäne Mechtildshausen - dem Aushängeschild der WJW - werden benachteiligte Jugendliche in insgesamt 35 Berufen ausgebildet. Der Verlauf des (abweichenden) Geschäftsjahres 2014/2015 war durch die Auswirkungen der in den Vorjahren reduzierten Kapazitätsauslastung geprägt. Aufgrund der deutlichen Kosteneinsparungen konnte dennoch ein besseres Ergebnis als im Vorjahr erzielt werden. Die Verlängerung des Pachtvertrages für die Domäne Mechtildshausen mit dem Land Hessen steht weiterhin aus. Das Restaurant im Hofgut Klarenthal musste zum 31.12.2015 geschlossen werden.

Gesamtabschluss 2015

Tourismus und Sonstiges

Der Eigenbetrieb TriWiCon bildet das Dach über die Messe-, Kongress- und Veranstaltungsaktivitäten der LHW. Die TriWiCon legt eine einheitliche Unternehmensstrategie und die Aufgabenwahrnehmung fest und steuert nach diesen Grundsätzen die Gesellschaften wie die Rhein-Main-Hallen GmbH, die Kurhaus Wiesbaden GmbH und die Wiesbaden Marketing GmbH.

Im Berichtsjahr wurde von TriWiCon ein Verlust ausgewiesen. Dieser ist maßgeblich bestimmt durch die Verlustübernahme der Rhein-Main Hallen GmbH (RMH) und der weiteren Abwicklung des Wasserschadens des Kurhauses aus 2014.

Der Geschäftsverlauf der RMH im Jahr 2015 ist geprägt vom Bau des Kongresszentrums und der Akquise von Veranstaltungen für das neue RheinMain CongressCenter.

Wissenschaftliche Kongresse leiden unter dem Druck einer sich verändernden Finanzierung. Haben sich in der Vergangenheit medizinische Kongresse beispielsweise vorrangig über die Vermietung kongressbegleitender Ausstellungsflächen finanziert, suchen heute die beteiligten Unternehmen nach anderen Möglichkeiten einer Beteiligung an den Veranstaltungen, so dass sich die wirtschaftliche Grundlage der Veranstaltungen verändert. Zunehmend werden daher die Erwartungen an die Städte und Veranstaltungszentren über Zugeständnisse bei den Mietkonditionen erhöht. Die zunehmende Anzahl an Stadthallen, kleineren Kongresszentren und Räumlichkeiten der Hotels verschärfen die Wettbewerbsbedingungen für bestehende Veranstaltungszentren. Die denkmalgeschützte Bausubstanz des Kurhauses ist jedoch ein Herausstellungsmerkmal gegenüber anderen Destinationen. Die Geschäftsentwicklung der Kurhaus GmbH war besser als erwartet, insbesondere durch den periodenfremden Ertrag für die Veranstaltung „Ball des Sports 2014“ der erst in 2015 einging und den niedrigeren Personalkosten. Die Anzahl der Übernachtungen in Wiesbaden ist im fünften Jahr in Folge gestiegen und hat somit in 2015 einen Rekordwert erreicht.

Der Eigenbetrieb Mattiaqua betreibt die städtischen Einrichtungen in den Bereichen Gesundheit / Wellness, Frei- und Hallenbäder und Freizeit. Darüber hinaus obliegt ihm die Sicherstellung der Nutzung von Thermalquellen und der Versorgung des Stadtgebietes mit Thermalwasser. Wesentliche Teile der Einnahmen werden in dem Segment Gesundheit & Wellness mit den Einrichtungen Thermalbad Aukammtal und Kaiser-Friedrich-Therme erzielt. Die Besucherzahlen stiegen im Wesentlichen aufgrund des sehr guten Sommerwetters im Segment Freizeit stark an. Demgegenüber standen aber deutlich höhere Kosten für Instandhaltung und Reinigung. Insofern wurde ein höherer Jahresverlust als im Vorjahr ausgewiesen.

Gesamtabschluss 2015

1.1.4 Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Unternehmen und Eigenbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden erfüllen den öffentlichen Zweck der Daseinsvorsorge. In den Darstellungen auf den folgenden Seiten werden der Unternehmenszweck der einzelnen Sparten beschrieben und die dazu gehörenden Gesellschaften aufgeführt.

Stadtentwicklung und Wohnungsbau

Stadtentwicklung

Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen der Stadtentwicklung auf der Grundlage städtebaulicher Entwicklungskonzepte sowie die Besorgung der städtebaulichen Planung .

Erwerb, Veräußerung, Verwaltung und Bewirtschaftung von Grundstücken sowie die Durchführung von Baumaßnahmen durch Dritte auf eigenen Grundstücken, die Betreuung von Bau - und Sanierungsvorhaben der Stadt und Übernahme entsprechender Projektmanagementaufgaben .

Des Weiteren die Entwicklung, Projektierung, Erstellung und das Facility - Management von Immobilien .

- SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH *
- WiBau GmbH*

Wohnungsbau

Sichere und sozial verantwortbare Wohnraumversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung sowie die Betreuung, die Bewirtschaftung, Errichtung und Verwaltung von Bauten aller Art in allen Rechts - und Nutzungsnormen .

Erwerb, Belastung und Veräußerung sowie die Ausgabe von Erbbaurechten . Entwicklung, Verwaltung und Verwertung des Immobilienbestands .

- GeWeGe Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Wiesbaden mbH*
- GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH *
- WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG
- WIM Wiesbadener Immobilien Management GmbH *
- WVV Grundstücksverwaltungs GmbH *

*Gesellschaften innerhalb des WVV-Teilkonzerns

Ver- und Entsorgung, Verkehr

Versorgung

Versorgung mit Energie (Wärme, Gas, Strom) und Wasser sowie Betrieb und Bau der dafür notwendigen Anlagen und Netze.

Erwerb, Verwaltung und Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen, sowie die Erbringung von Dienstleistungen für verbundene Unternehmen.

- Bürgersolaranlagen Wiesbaden GmbH
- ESWE BioEnergie GmbH*
- ESWE Taunuswind GmbH*
- ESWE Windpark GmbH*
- ESWE Windpark Uettingen GmbH & Co. KG*
- Windpark Bad Camberg GmbH & Co. KG*
- Windkraft Kahlenberg GmbH & Co. KG*
- ESWE Versorgungs AG*
- Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG (KMW)*
- Stadtwerke Wiesbaden Netz GmbH*
- THEE ESWE Windparkbeteiligungs GmbH & Co. KG*
- THEE ESWE Windparkbeteiligungs Verwaltungs GmbH*
- Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (WLW)
- WVV Wiesbaden Holding GmbH*
- WWE Wiesbadener Windpark Entwicklungsgesellschaft mbH*

Entsorgung

Fachgerechte Beseitigung der im Stadtgebiet anfallenden Abfälle und Abwässer sowie die Gewährleistung der Straßenverkehrssicherungspflicht im Winter.

- Abwasserverband Flörsheim
- DBW Recycling GmbH & Co. KG
- DBW Recycling Verwaltungs GmbH
- Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (ELW)
- MBA Wiesbaden GmbH

Verkehr

Beförderung von Personen und Gütern bzw. Erstellung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Beförderung von Personen und Gütern.

- ESWE Verkehrsgesellschaft mbH*
- Verkehrs-Verbund Mainz-Wiesbaden GmbH*

*Gesellschaften innerhalb des WVV-Teil Konzerns

Soziales

Altenpflege und Klinikum

Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der Altersfürsorge durch das Errichten bzw. Betreiben von Alten- und Pflegeheimen sowie eines Großklinikums.

Erbringung stationärer und ambulanter Krankenhausleistungen sowie bedarfs- und leistungsgerechte stationäre bzw. teilstationäre Pflege bzw. Betreuung alter oder pflegebedürftiger Menschen.

- Altenhilfe Wiesbaden GmbH (AHW)
- EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH (ehem. HSK Rhein-Main GmbH)
- Feierabendheim Simeonhaus GmbH
- HELIOS Dr. Horst Schmidt Kliniken Wiesbaden GmbH
- HSK Pflege GmbH

Ausbildung und Beschäftigung

Existenzgründung durch Qualifizierung von Existenzgründungswilligen aus benachteiligten Gruppen des Arbeitsmarktes sowie Integration/Reintegration arbeitsloser und von Arbeitslosigkeit bedrohter Menschen durch Bereitstellung von Angeboten im Bereich Berufsvorbereitung, Ausbildung/Umschulung, Beschäftigung und Unterstützung beim Übergang in den Beruf.

- WJW - Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH
- EXINA GmbH

Tourismus, Informationstechnik und Sonstiges

Tourismus, Kongresse, Veranstaltungen

Betrieb des Kurhauses, der Rhein-Main-Hallen, der städtischen Einrichtungen in den Bereichen „Gesundheit/Wellness“, „Frei- und Hallenbäder“ und „Freizeit“ sowie die Sicherstellung der Nutzung von Thermalquellen und der Versorgung im Stadtgebiet mit Thermalwasser.

Konzeption, Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, insbesondere von Messen und Kongressen in Wiesbaden. Stärkung des Tourismus und der Wettbewerbsfähigkeit der LHW gegenüber anderen Städte und Regionen sowie als Messe- und Kongressstandort.

- Kurhaus Wiesbaden GmbH
- - mattiaqua - Eigenbetrieb der Landeshauptstadt Wiesbaden für - Quellen - Bäder - Freizeit
- Rhein-Main-Hallen GmbH
- TriWiCon Eigenbetrieb für Messen, Kongresse und Tourismus
- Wiesbaden Marketing GmbH

Informationstechnik und Sonstiges

Erbringung von Leistungen der elektronischen Datenverarbeitung und Telekommunikationsdienstleistungen sowie hiermit zusammenhängende Leistungen.

Die Bereitstellung von Kapital an die Nassauische Sparkasse.

- WIVERTIS Gesellschaft für Informations- und Kommunikationsdienstleistungen mbH
- WiTCOM Wiesbadener Informations- und Telekommunikationsgesellschaft mbH*
- ZVN Finanz GmbH

Gesamtabschluss 2015

Der Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks lässt sich anhand der folgenden Kennzahlen nachvollziehen. Weitergehende Informationen können dem Beteiligungsbericht für 2015 entnommen werden.

Kennzahlen	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2013
Ver- und Entsorgung, Verkehr			
Versorgung:			
Nutzbare Abgabe Vertrieb Strom (MWh)	1.149.869	1.180.982	1.329.228
Nutzbare Abgabe Vertrieb Gas (MWh)	1.921.620	2.550.167	3.507.708
Nutzbare Abgabe Wasser (Tm ³)	14.948	14.423	14.110
Durchschnittlicher Wasserverbrauch je Einwohner (m ³)	58,6	57,0	56,1
Nutzbare Abgabe Fernwärme (MWh)	240.179	227.060	269.520
Länge des Fernwärmenetzes (km)	83	73	70
Entsorgung:			
Abwasserbeseitigung (Tm ³)	29.941	29.269	29.459
Straßenreinigung (Berechnungsmeter)	736.598	738.875	739.162
Deponie- Anlieferung und Ablagerung (Tonnen)	607.507	447.096	352.551
Verkehr:			
Linienlänge (km)	629	653	653
Beförderungsfälle (Tsd.)	53.360	51.754	51.989
Platzkilometer im Linienverkehr (Mio. km)	968	922	901
Platzausnutzung im Linienverkehr (%)	27,6	28,2	29,1
Stadtentwicklung und Wohnungsbau			
Anzahl Wohnungen	13207	12.990	13.007
Wohnfläche in m ²	848.258	830.477	831.537
Soziales, Altenpflege, Ausbildung und Beschäftigung			
Auslastung Altenhilfe (%)	92	95	97
Auszubildende inkl. Umschüler	413	407	494
Sonstiges			
Anzahl Besucher Mattiaqua	1.407.000	1.268.000	1.397.000

Gesamtabschluss 2015

1.1.5 Vermögenslage

	31.12.2015		31.12.2014	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Aktivseite				
Langfristig				
Immaterielle Vermögensgegenstände	41		35	
Sachanlagevermögen	<u>3.154</u>		<u>3.113</u>	
	3.195	74	3.148	73
Finanzanlagen, NASPA	627	15	624	14
Forderungen (Sonderkonjunkturprogr.)	36	1	38	1
	<u>3.858</u>	<u>90</u>	<u>3.810</u>	<u>88</u>
Kurzfristig				
Vorräte	68	1	91	2
Forderungen und ARAP	166	4	148	4
Flüssige Mittel	197	5	264	6
	<u>431</u>	<u>10</u>	<u>503</u>	<u>12</u>
	<u>4.289</u>	<u>100</u>	<u>4.313</u>	<u>100</u>
	=====	=====	=====	=====
Passivseite				
Langfristig				
Eigenkapital einschl. Sonderposten	1.841	43	1.833	42
Rückstellungen	583	13	574	13
Verbindlichkeiten	<u>1.398</u>	<u>33</u>	<u>1.402</u>	<u>33</u>
	3.822	89	3.809	88
Kurzfristig				
Verbindlichkeiten, Rückstellungen und PRAP	467	11	504	12
	<u>467</u>	<u>11</u>	<u>504</u>	<u>12</u>
	4.289	100	4.313	100
	=====	=====	=====	=====

Die Bilanzsumme ist mit 4.289 Mio. € gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert geblieben.

Gesamtabschluss 2015

Das Vermögen des Verbundes ist mit einem Anteil von 90 % (Vj. 88 %) durch Investitionen in langfristige Sach- und Finanzanlagen geprägt. Die Sachanlagen haben sich im Vergleich zu 2014 geringfügig erhöht. Netto, das heißt unter Berücksichtigung der Abgänge, wurden im Berichtsjahr 167,0 Mio. € (Vj. 260,3 Mio. €) in Sachanlagen investiert. Dies entspricht einer Investitionsquote von 3 % und einer Reinvestitionsquote von 142 %.⁶

Die Passiva zeigen die Finanzierung des städtischen Vermögens. Die Finanzierung erfolgte mit einem Anteil von 89 % (Vj. 88 %) langfristig.

Die Eigenkapitalquote unter Einschluss der Sonderposten beträgt 43 % (Vj. 42 %).

Die Gesellschaften und Eigenbetriebe tragen einen Anteil von 75 % (Vj. 74 %) an den Kreditverbindlichkeiten des Verbundes.

Die Pro-Kopf-Verschuldung - bezogen auf die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen - betrug zum Stichtag 5.297 € und blieb damit im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert.⁷

⁶ Diese Kennzahlen werden in Anlage 8 erläutert.

⁷ Diese Kennzahl wird in Anlage 8 erläutert.

Gesamtabschluss 2015

1.1.6 Vermögensvergleich Einzel- mit Gesamtabschluss

Die folgende Gegenüberstellung zeigt einen vermögensorientierten Vergleich zwischen dem Einzelabschluss der LHW (Kernverwaltung) und der Gesamtvermögensrechnung (Bilanz) unter Einbeziehung der konsolidierten Unternehmen.

in Mio. €	Einzelabschluss Kernverwaltung	Gesamtabschluss
Aktiva	2.620	4.289
Anlagevermögen	2.342	3.822
Umlaufvermögen	250	438
Rechnungsabgrenzungsposten	28	29
Passiva	2.620	4.289
Eigenkapital	1.354	1.520
Sonderposten	276	321
Rückstellungen	496	696
Verbindlichkeiten	457	1.706
Rechnungsabgrenzungsposten	37	46

Die Bilanzsumme des Einzelabschlusses erhöht sich durch die Einbeziehung der Gesellschaften von rd. 2,6 Mrd. € auf rd. 4,3 Mrd. €. Das bedeutet, dass nach Berücksichtigung aller Konsolidierungsmaßnahmen wie im Vorjahr ca. 39 % des Vermögens des Verbundes in den städtischen Unternehmen verwaltet wird. Neben dem Vermögen sind aber auch Schulden i. H. v. rd. 1,4 Mrd. € ausgegliedert worden. Während sich im Einzelabschluss der Stadt aufgrund einer Gesamtverschuldung von rd. 1,0 Mrd. € eine Eigenkapitalquote von 62 % ergibt, beträgt die Gesamtverschuldung des Verbundes rd. 2,4 Mrd. € mit einer Eigenkapitalquote von 43 %.

Gesamtabschluss 2015

1.1.7 Ergebnissituation

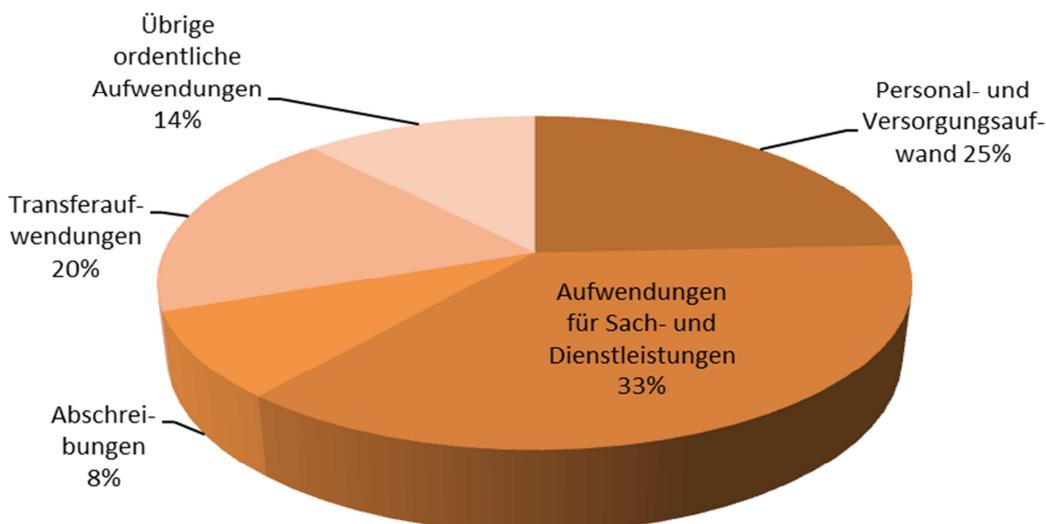
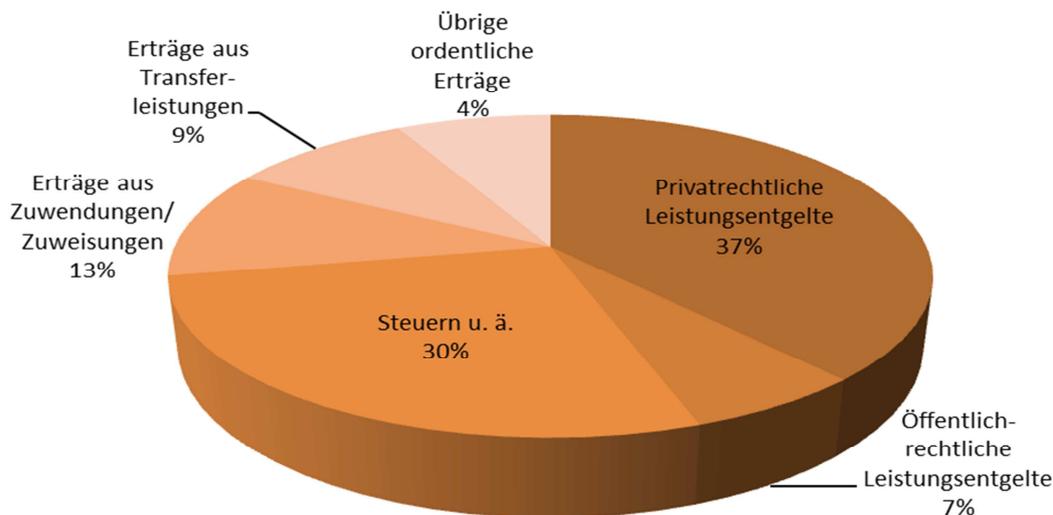
	2015	2014	Veränderung
	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Privatrechtliche Leistungsentgelte	658	692	-34
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	121	116	5
Steuern u. ä.	544	496	48
Erträge aus Zuwendungen/ Zuweisungen	225	195	30
Erträge aus Transferleistungen	170	168	2
Übrige ordentliche Erträge	77	141	-64
Ordentliche Erträge	1.795	1.808	-13
Personal- und Versorgungsaufwand	439	435	4
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	576	659	-83
Abschreibungen	148	150	-2
Transferaufwendungen	346	336	10
Übrige ordentliche Aufwendungen	236	213	23
Ordentliche Aufwendungen	1.745	1.793	-48
Verwaltungsergebnis	50	15	35
Finanzergebnis	-30	-27	-3
Außerordentliches Ergebnis	10	2	8
Jahresfehlbetrag/-überschuss	30	-10	40

Gesamtabschluss 2015

Im Berichtsjahr konnte ein Jahresüberschuss von 30 Mio. € erzielt werden (Vj. - 10 Mio. €). Hierzu hat insbesondere das auf 50 Mio. € gestiegene Verwaltungsergebnis beigetragen.

Die ordentlichen Erträge sind geprägt durch die privatrechtlichen Leistungsentgelte (37 %), und die Steuern (30 %). Bei den ordentlichen Aufwendungen sind die größten Positionen die Personal- und Versorgungsaufwendungen (25 %) sowie die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (33 %). Der Aufwandsdeckungsgrad beträgt 103 % (Vj. 101 %).⁸

Das Finanzergebnis ist mit rd. - 30 Mio. € negativ, da die Zinsaufwendungen die Beteiligungserträge übersteigen. Die Zinslastquote beläuft sich auf 3,9 % (Vj. 3,8 %).⁹



⁸ Diese Kennzahl wird in Anlage 8 erläutert.

⁹ Diese Kennzahl wird in Anlage 8 erläutert.

Gesamtabschluss 2015

1.1.8 Ergebnisvergleich Einzel- mit Gesamtabschluss

Die folgende Gegenüberstellung zeigt einen ergebnisorientierten Vergleich zwischen dem Einzelabschluss der Kernverwaltung der LHW und der Gesamtergebnisrechnung unter Einbeziehung der konsolidierten Unternehmen.

in Mio. €	Einzelabschluss Kernverwaltung	Gesamtabschluss
Ordentliche Erträge	1.072	1.795
Ordentliche Aufwendungen	1.079	1.745
Verwaltungsergebnis	-7	50
Finanzergebnis	23	-30
Ordentliches Ergebnis	16	20
Außerordentliches Ergebnis	3	10
Jahresüberschuss/ -fehlbetrag	19	30
Anderen Gesellschaften zustehendes Ergebnis	0	-22
Ergebnisvortrag aus Vorjahren	-16	97
Entnahme/Zuführung zu den Rücklagen	16	16
Gesamtbilanzgewinn	19	122

Sowohl die ordentlichen Erträge als auch die ordentlichen Aufwendungen des Einzelabschlusses erhöhen sich durch die Einbeziehung der Aufgabenträger von jeweils gerundet 1,1 Mrd. € auf 1,8 Mrd. €. Das bedeutet, dass sich nach Berücksichtigung aller Konsolidierungsmaßnahmen das Volumen der Geschäftstätigkeit des Verbundes durch die Einbeziehung fast verdoppelt. Der Jahresüberschuss erhöht sich von 19 Mio. € (Vj. - 16 Mio. €) auf 30 Mio. € (Vj. - 10 Mio. €). Der Bilanzgewinn des Gesamtabschlusses entwickelt sich aus den Dritten (i. W. Thüga) zustehenden Anteilen am Jahresüberschuss, den Ergebnissen des Vorjahres und der Zuführung zu den Rücklagen der Muttergesellschaft.

Gesamtabschluss 2015

1.1.9 Finanzlage

in Mio. €	31.12.2015	31.12.2014
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	117	133
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-163	-208
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-21	53

Im Berichtsjahr wurde ein positiver Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 117 Mio. € erzielt. Dieser wurde zur Finanzierung von Investitionen (163 Mio. €) verwendet. Durch Auszahlungen an Minderheitsgesellschafter (Thüga) und dadurch, dass die Tilgungen höher als die Aufnahme neuer Finanzkredite waren, ergibt sich ein negativer Saldo aus Finanzierungstätigkeit von 21 Mio. €

Insgesamt hat sich der Finanzmittelfonds zum 31.12. des Berichtsjahres um rd. 67 Mio. € verringert (Vj. - 22 Mio. €).

Gesamtabschluss 2015

1.2 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres 2015

Mit Wirkung zum 1. Januar 2016 wurde Herr Thomas Baum zum neuen Betriebsleiter des Bäderbetriebs Mattiaqua bestellt.

Zum gleichen Zeitpunkt wurden Gewerbe-, Grund- und Hundesteuer erhöht und außerdem eine Zweitwohnungssteuer erhoben.

Für die Fläche des Sportparks „Rheinhöhe“, dem Sportgelände am Konrad-Adenauer-Ring, werden aktuell die Rahmenbedingungen für einen möglichen Ersatzneubau des Freizeitbades „Mainzer Straße“ sowie der Henkell-Kunsteisbahn geprüft. Die Machbarkeitsstudie soll Ende 2017 fertig gestellt sein.

Die neue Straßenreinigungssatzung, die in einer ersten Stufe zum 1.1.2016 in Kraft gesetzt worden war, wurde von den ELW noch einmal grundlegend überarbeitet und zusammen mit einem Alternativkonzept dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorgelegt. Sie soll zum 1. Januar 2018 in Kraft treten.

Die Generalsanierung des historischen und unter Schutz stehenden Industriedenkmal Walkmühle wurde begonnen.

Der verstärkten Zuwanderung von Flüchtlingen bzw. Asylsuchenden durch Zuweisungen durch das Land wurde zunächst durch die Bereitstellung von Notunterkünften in Turnhallen Rechnung getragen. Mittlerweile ist die Unterbringung, Betreuung und medizinische Versorgung sowohl in kleineren als auch in großen Gemeinschaftsunterkünften geregelt. Zusätzlich sind zwei Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes in der Stadt eingerichtet.

Zum 01. Juli 2016 wurde die Fehlbelegungsabgabe wieder eingeführt.

Wegen der Anforderung an die Wiesbadener Berufsfeuerwehr, alle östlichen Stadtteile der Landeshauptstadt in der vorgegebenen Hilfsfrist von 10 Minuten zu erreichen, soll ein neuer Feuerwehrstützpunkt in Igstadt errichtet werden.

Mehr als 200 städtische Gebäude sollen bis 2020 auf LED-Beleuchtung umgerüstet werden. Damit setzt sich die Landeshauptstadt bundesweit mit an die Spitze dieser Entwicklung. Die hierdurch entstehenden Kosten werden sich aller Voraussicht nach innerhalb weniger Jahre amortisiert haben.

Die Vorplanungen zur Realisierung der „City-Bahn“, einer Schienenverbindung von Mainz nach Wiesbaden und darüber hinaus, können nach Beschluss durch die Stadtverordnetenversammlung im Februar 2017 begonnen werden. Die erwarteten Zuschüsse von Bund und Land auf Basis des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes wären so hoch, dass die Landeshauptstadt bei einem sich anschließenden Bau finanziell sehr stark entlastet würde.

Im Mai 2016 hat die Stadtverordnetenversammlung den Kauf der City-Passage I + II durch die WVV zu einem Preis von 25 Mio. € plus Nebenkosten beschlossen, um diesen zentralen Innenstadtbereich mit einem Partner zu entwickeln.

Gesamtabschluss 2015

ESWE Verkehr hat im November 2016 den Auftrag erhalten, für weitere 10 Jahre das lokale Busnetz zu betreiben. Das Regierungspräsidium muss der Konzessionsvergabe noch formal zustimmen. Die Fahrgastzahlen konnten 2016 noch einmal auf über 55 Mio. € gesteigert werden. Zudem ist seit dem 1. Januar 2017 mit Frank Gäfgen ein dritter Geschäftsführer bestellt, der Zuständigkeit für die Bereiche Fahrdienst und Fahrbetrieb hat.

Die Niederlegung des Hochhauses am Kureck wurde planmäßig im November 2016 vollendet. Das mit der Entwicklung des Areals befasste Unternehmen IFM hat für die beiden unter Denkmalschutz stehenden zu sanierenden Gebäude das Hessische Sozialministerium als Ankermieter gewonnen und die Gebäude an die AEW Europe mit Sitz in Paris verkauft.

Für den geplanten Klinik-Neubau der HELIOS Dr. Horst Schmidt Kliniken Wiesbaden GmbH erfolgte die Grundsteinlegung ebenfalls im November 2016. Der siebenstöckige Neubau soll rd. 1.100 Betten aufnehmen und eine Bruttogeschossfläche von knapp 100.000 Quadratmetern aufweisen.

Zum 31. Dezember 2016 ist Herr Jörg Höhler aus der Betriebsleitung der WLW Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden ausgeschieden.

Mitte Dezember 2016 ist mit dem „Wohngebiet Hainweg“ das aktuell größte Wohnbauflächenentwicklungsprojekt in städtischem Eigentum mit 650 Wohneinheiten vom Stadtparlament beschlossen worden. Nach Genehmigung des Flächennutzungsplans durch das Regierungspräsidium und Veröffentlichung des Bebauungsplans kann von einem Baubeginn noch im Jahr 2017 ausgegangen werden.

Die Planungen für das neue Wohngebiet „Bierstadt-Nord“ mit ungefähr 425 Wohneinheiten gehen weiter. Die Verwirklichung ist mit der Verkehrsanbindung an die B455 verknüpft.

Zudem wurde Baurecht für die Nutzung des Areals des Alten Gerichts im Bereich Moritzstraße geschaffen mit weiteren 58 Wohnungen der Nassauischen Heimstätte und einem Campus der Hochschule Fresenius für rd. 1.000 Studenten. Der Baubeginn erfolgte Ende 2016.

Im Februar 2017 wurde der Grundstein für die Konversion von 62 Wohnungen an der Bierstadter Höhe durch die SEG gelegt. Rund zwei Drittel davon werden mit öffentlichen Mitteln gefördert.

In der Siedlung Schelmengraben, einem Wohngebiet mit den höchsten Bedarfslagen, plant die GWH Wohnungsgesellschaft Hessen den Bau von bis zu 1.000 zusätzlichen Wohnungen unter anderem zur Verbesserung der Sozialstruktur.

Bis 2030 will die GWW (Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH) mehr als 3.000 neue Wohnungen für eine Investitionssumme von über eine Mrd. € erstellen.

Die Wohnungs- und Stadtentwicklungsgesellschaften von Frankfurt und Wiesbaden ABG und SEG beabsichtigen die Gründung einer gemeinsamen Entwicklungsgesellschaft Metropolregion Rhein-Main (EGM), um die Baulandentwicklung in der Region voranzutreiben.

Für das mit rd. 270 ha größte Flächenentwicklungsprojekt im Südosten der Innenstadt mit dem Arbeitstitel „Ostfeld/Kalkofen“ soll bis Ende 2018 ein Strukturplan erstellt werden. Der

Gesamtabschluss 2015

Planungsprozess soll eine umfassende Bürgerbeteiligung beinhalten und wird inhaltlich offen mit der Zielsetzung gestartet, einen ausgewogenen Mix von Wohnen, Arbeiten und Freiflächen herzustellen sowie eine optionale Erweiterung der Deponie zu ermöglichen.

Ob das Moritz-Lang-Haus am alten Standort saniert wird oder ein Neubau an einem anderen Standort erfolgt, ist noch nicht entschieden. Als Entscheidungsgrundlage soll die Entwurfsplanung für die Entkernung und Sanierung bei laufendem Betrieb dienen, die Anfang 2018 vorliegen soll.

Im Künstlerviertel konnte eine einvernehmliche Lösung mit dem Holzhandel Blum erzielt werden.

Die weitere Entwicklung der Mauritiusgalerie im Herzen der Stadt kann planmäßig erfolgen, nachdem die Baugenehmigung für das Revier der Stadtpolizei und die Errichtung eines Restaurants erteilt worden ist.

Mit Fuji Machine, Kion und CSC haben sich im Jahre 2016 drei bedeutende Unternehmen aus unterschiedlichen Gründen entschieden, Wiesbaden zu verlassen. Dafür verlegt der Chemiekonzern DOW seine Deutschlandzentrale 2017 von Schwalbach nach Wiesbaden. Es ist davon auszugehen, dass die Kunststoffsparte auch nach der geplanten Fusion mit Dupont in Wiesbaden bleibt.

Die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden wollen ihren Anlagenpark auf der Ingelheimer Aue um ein rd. 100 Mio. € teures Blockheizkraftwerk erweitern, um Lastspitzen flexibel aufzufangen. Die Fertigstellung der genehmigten und modular aufgebauten 100 Megawatt-Anlage ist für Ende 2018 vorgesehen.

Das Regierungspräsidium hat Ende 2016 entschieden, die als Beitrag zum Klimaschutz von der ESWE-Tochter Taunuswind geplanten 10 Windräder auf der Hohen Wurzel nicht zu genehmigen. Gegen diese Entscheidung wird von der ESWE Taunuswind GmbH vor dem Verwaltungsgericht geklagt. Die aufgelaufenen Planungskosten von knapp 2 Mio. € wurden durch die ESWE Versorgung im Geschäftsjahr 2016 übernommen.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden errichtet eine rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts mit dem Namen „Stiftung Stadtmuseum Wiesbaden“. Zweck der Stiftung ist die Übernahme der Trägerschaft für ein historisches Museum (Stadtmuseum Wiesbaden) und dessen Führung als öffentliche Einrichtung der Kultur, der Bildung und der Wissenschaft. Die Einrichtung hat die Aufgabe, die Geschichte der Landeshauptstadt Wiesbaden, Nassaus sowie der Rhein-Main-Region im regionalen, überregionalen und europäischen Zusammenhang für die Allgemeinheit zu erschließen.

Im Frühjahr 2017 hat die Stadtverordnetenversammlung die „Grundsätze guter Unternehmensführung“ für die meisten Mehrheitsbeteiligungen der Landeshauptstadt beschlossen. Damit stehen die Gemeinwohlziele der öffentlichen Daseinsvorsorge gleichberechtigt neben dem wirtschaftlichen und nachhaltigen Erfolg der städtischen Gesellschaften.

Auf dem ehemals für das Stadtmuseum vorgesehenen Terrain „Wilhelmstraße 1“ soll bis 2020 ein privat finanziertes Museum entstehen und für eine weitere Aufwertung der Wilhelmstraße sorgen.

Gesamtabschluss 2015

Im Rahmen der geplanten Verschmelzung der drei Gesellschaften Wiesbaden Marketing GmbH, Kurhaus Wiesbaden GmbH und Rhein-Main-Hallen GmbH unter dem Dach der Tri-WiCon wurde die Geschäftsführung neu geregelt. Herr Rainer Schäfer und Herr Markus Ebel-Waldmann beendeten ihre Geschäftsführungstätigkeit im März 2017. Herr Martin Michel ist seit dem 1. April als Geschäftsführer Vertrieb und Veranstaltungen der Kurhaus Wiesbaden GmbH bestellt. Als weitere Geschäftsführer sollen Herr Thomas Sante und Herr Oliver Heiliger zum 1. Juli neu berufen werden.

Im Februar 2017 wurde eine Kooperationsvereinbarung zwischen SPD, CDU und Bündnis 90 / Die Grünen für die laufende Wahlperiode der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung vereinbart. Im Mittelpunkt dieser Zusammenarbeit steht die soziale, sichere und ökologisch nachhaltige Entwicklung der Landeshauptstadt. Mit dieser Vereinbarung sind umfangreiche Dezernatsveränderungen verbunden, die voraussichtlich erst 2018 abgeschlossen sein werden.

Gesamtabschluss 2015

1.3 Chancen und Risiken

Die **Landeshauptstadt Wiesbaden** zählt zu den Wanderungsgewinnern bis 2030¹⁰. Da die Bevölkerungszahl zu den Verteilungsfaktoren des kommunalen Finanzausgleichs zählt, begünstigt dies die Teilhabe an den Mitteln zur Kommunalfinanzierung. Während andere Kommunen vor der Frage des Rückbaus von Wohngebäuden und Infrastruktur stehen, zeigt die Prognose für die Landeshauptstadt die Chance auf, eine stetige wirtschaftlich positive Entwicklung als leistungsstarke Kommune zu nehmen. Durch die Anziehungskraft des Rhein-Main-Gebietes als Ballungsraum und der hohen Attraktivität Wiesbadens als Wohn- und Arbeitsort besteht allerdings auch ein hoher Bedarf an Wohnraum. Die LHW und ihre Wohnungsbaugesellschaften arbeiten derzeit an einem ambitionierten Wohnungsbauprogramm, damit Wohnen in Wiesbaden auch in Zukunft für breite Bevölkerungsschichten attraktiv und bezahlbar bleibt und sichern somit die Zukunftsfähigkeit Wiesbadens in diesem Sektor.

Durch den Neubau des RheinMain-CongressCenters (geplante Inbetriebnahme Anfang 2018) erhält die Landeshauptstadt Wiesbaden wieder einen konkurrenzfähigen Messebau an der alten Stelle. Einerseits bieten sich bei guter Auslastung Chancen für die Entwicklung der Gewerbesteuer durch die Umsätze, welche die Messebesucher in Wiesbaden tätigen. Andererseits wird der Neubau des RheinMain-CongressCenters jedoch mit wesentlichen finanziellen Auswirkungen verbunden sein. Die Baukosten werden voraussichtlich um die 200 Mio. € betragen. Die daraus resultierende zukünftige Belastung für den Verbund könnte in der Größenordnung von 7 Mio. € p. a. liegen. Für die Zeit nach der Inbetriebnahme ab 2018 besteht ein inhärentes Vermarktungsrisiko.

Die Ertragslage der LHW ist stark abhängig von der Gewerbesteuer. Nachdem das Jahr 2014 von einem deutlichen Rückgang gegenüber dem Vorjahr geprägt war, konnte im Jahr 2015 eine deutliche Steigerung erzielt werden. Diese Steuerart und der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer werden stark von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und dem Konjunkturverlauf bzw. dem Erfolg einzelner großer Unternehmen bestimmt. Das Jahr 2016 schließt mit einem positiven Ergebnis von über 57 Mio. € ab und auch für das Jahr 2017 wird mit einem positiven Ergebnis gerechnet.

Risiken erwachsen aus den Jahressteuergesetzen, die regelmäßig Auswirkungen auf die Gewerbesteuer und den Gemeindeanteil aus der Einkommenssteuer haben.

Darüber hinaus ergeben sich Risiken durch die höchstrichterliche Rechtsprechung zur Umsatzsteuer (EuGH und BFH), welche die Umsatzsteuerpflicht der öffentlichen Hand erheblich ausweitet. Die Auswirkungen auf die Landeshauptstadt Wiesbaden sind derzeit noch nicht absehbar.

Finanzielle Risiken können durch die Aufgabenverlagerung von Bund und Ländern an die Kommunen erwachsen, aber auch durch Leistungsgesetze, deren Finanzierung zu großen Teilen den Kommunen obliegt. Als Beispiel ist die Kinderbetreuung zu nennen, mit der ab der Endausbaustufe 2017 ein jährlicher Zuschussbedarf i. H. v. ca. 118 Mio. € einhergeht, der durch Steuern, Gebühren oder Einsparungen an anderer Stelle zu erwirtschaften ist.

¹⁰ Wiesbadener Stadtanalysen Nr. 47, Wiesbaden, 2012

Gesamtabschluss 2015

Die Zahl der betreuten Flüchtlinge und Asylbewerber stieg im Jahr 2015 erneut deutlich an. Hierdurch entstehen Risiken für den Haushalt in den Bereichen Zuwanderung, Integration und Grundsicherung durch steigende Kosten für das Personal und die Leistungen an Hilfeempfänger. Das Risiko besteht vor allem in einer nur teilweisen Erstattung der Kosten durch den Bund und das Land.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden wirkt allen diesen Risiken über ihre aktive Mitgliedschaft in kommunalen Spitzenverbänden, die Teilnahme an Anhörungen zu Gesetzesvorhaben und durch direkten Kontakt zu staatlichen Stellen entgegen.

Im Rahmen des Beteiligungscontrollings wird die unternehmerische Planung der Aufgabenträger durch das Beteiligungsmanagement überwacht. Das Beteiligungsmanagement stellt sicher, dass die vorgegebenen Kontrollmechanismen beachtet werden. Es koordiniert den Informationsaustausch mit den Unternehmen und ggf. den Fachdezernaten. Das Beteiligungscontrolling dient insbesondere dazu, Budgetabweichungen frühzeitig festzustellen und an den Magistrat sowie an die Gremien zu berichten. Im Bedarfsfall werden gleichzeitig Gegensteuerungsmaßnahmen bei den Geschäftsführungen und Betriebsleitungen eingefordert. Steuerungsrelevante Informationen über Einzelgesellschaften und Unternehmensbereiche werden von dem Beteiligungsmanagement als Teil des Finanzdezernats generiert. Ziel der Systematisierung ist es, zeitnah zuverlässige Aussagen über die wirtschaftliche Entwicklung und die Risiken der einzelnen Gesellschaften, der Unternehmensbereiche sowie letztendlich des städtischen Beteiligungsportfolios treffen zu können.

Das Beteiligungsmanagement prüft ferner die Jahresabschlüsse der Beteiligungsgesellschaften mit Blick auf den Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG (nach IDW PS 720). Zu beachten ist dort vor allem der Fragenkreis 4 „Risikofrüherkennungssystem“. Bei keiner Mehrheitsgesellschaft der LHW sind im Jahr 2015 Beanstandungen zu diesem Fragenkreis festzustellen. Die Geschäftsführungen der städtischen Gesellschaften haben in ihren Gesellschaften Maßnahmen ergriffen und Frühwarnsignale definiert, mit denen bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können.

Das Prüfungsfeld wurde um das EU-Beihilfenrecht erweitert. Die IDW Richtlinien beinhalten auch das neu in Kraft getretene Legislativpaket der EU-Kommission (Almunia-Paket). Das Paket verschärft die Definition der Daseinsvorsorge und beeinflusst den neuen Prüfungsstandard des Abschlussprüfers. Dieser beinhaltet die Überprüfung beihilferechtlicher Sachverhalte nach Artikel 107 AEUV, insbesondere zugunsten öffentlicher Unternehmen (IDW EPS 700). Das Beteiligungsmanagement hat sich dem Sachverhalt angenommen und ein Projekt zur Verifizierung des Beihilfetatbestandes in den städtischen Beteiligungen initiiert.

Die langanhaltende Niedrig- und Nullzinspolitik bedeutet für Körperschaften mit beträchtlichen langfristigen Verpflichtungen ein stetig wachsendes Risiko. Im Gesamtabschluss des Verbundes der LHW mit langfristigen unmittelbaren und mittelbaren Pensionsverpflichtungen sowie Deponienachsorgeverpflichtungen äußert sich das stetig wachsende Risiko darin, dass das Volumen der Rückstellungen für unmittelbare Pensionsverpflichtungen und Deponienachsorgerückstellungen durch immer niedrigere Abzinsungssätze deutlich ansteigt und der Ertrag aus langfristigen Kapitalanlagen, die zur Deckung dieser langfristigen Verpflichtungen dienen sollen, dauerhaft niedrig ausfällt. Auch soweit nur mittelbare Pensionsverpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern bestehen, steigt das Risiko, dass Zusatzversor-

Gesamtabschluss 2015

gungskassen ihre satzungsrechtlich zugesagten Leistungen nicht mehr in vollem Umfang erfüllen können und die fehlende Deckung zu Lasten ihrer Mitglieder bspw. über noch höhere Umlage-/ Sanierungsbeiträge kompensieren.

Dem Risiko der Erhöhung des Zinsniveaus auf der Darlehensseite wurde seitens der LHW über Forward-Kredite entsprochen.

Der Finanzmittelbestand des Verbundes am Ende des Jahres hat sich von 264 Mio. € auf 197 Mio. € verringert. Die LHW hat zum Ausgleich von kurzfristigen Liquiditätsschwankungen erstmalig in 2015 einen Kassenkredit i.H.v. 5 Mio. € aufgenommen.

Mehrere Jahre mit sinkenden Erträgen bzw. Gewerbesteuereinnahmen verbunden mit gleichbleibenden oder steigenden Ausgaben würden zu einem Liquiditätsrisiko führen, wenn die hinreichende Aufnahme von Liquiditätskrediten, etwa durch eine verhaltene Vergabebereitschaft der kommunalfinanzierenden Banken, erschwert wäre. Solche Tendenzen sind für die Landeshauptstadt Wiesbaden nicht erkennbar.

Aufgrund der Aufgaben und der Leistungsstruktur der Landeshauptstadt Wiesbaden existiert eine Reihe von allgemeinen Organisationsrisiken. Als solche sind beispielsweise zu nennen: Korruption, Veruntreuung, Entscheidung zugunsten unwirtschaftlicher Handlungsalternativen, Vermögens- oder Personenschäden aufgrund fahrlässiger Handlungen, Vermögensschäden aufgrund mangelhafter Vertragsgestaltung, Vermögensschäden aufgrund mangelhafter Leistungserbringung Dritter. Zur Reduzierung dieser Risiken hat die Landeshauptstadt Wiesbaden geeignete Maßnahmen ergriffen und durch interne Vorschriften geregelt.

Der Eigenbetrieb **Wasserversorgung** ist operativen Risiken ausgesetzt, wie dem möglichen Ausfall von Versorgungsleitungen und sonstigen Anlagen, die zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit erforderlich sind. Eine sachgerechte Instandhaltung und Wartung reduziert diese Risiken. Das Hauptrisiko bei den Wasserversorgungsbetrieben besteht darin, dass steigende Wasserbezugspreise durch die derzeit gültigen Wassergebühren nicht mehr gedeckt sind und dass aufgrund politischer Vorgaben die Kostensteigerungen nicht an die Gebührenpflichtigen weitergegeben werden könnten. Diesem Risiko wurde mit einer Erhöhung der Wassergebühren um 10 ct pro cbm mit Wirkung zum 1. Januar 2016 entgegengewirkt.

Im **Energiebereich** stellt die Energiewende nach wie vor eine der größten Herausforderungen der letzten Jahrzehnte dar. Aktuell werden viele Gesetzes- und Verordnungsentwürfe und ihre Auswirkungen auf die Energiewirtschaft diskutiert bzw. verabschiedet. Zu nennen sind hier beispielsweise die KWKG-Novelle, EEG-Novelle, ein Gesetz zur Weiterentwicklung des Strommarktes, die Verordnung zur Bestimmung kritischer Infrastrukturen nach dem BSI Gesetz und die Novellierung der Anreizregulierung. Aus den Gesetzen und Verordnungen ergeben sich signifikante Veränderungen für die Energiewirtschaft. Neben dem zeitlichen und kostenintensiven Umsetzungsaufwand werden zusätzlich neue Anbieter auf den Markt drängen, die die Konkurrenzsituation im Privat- und Geschäftskundenbereich deutlich verschärfen. Damit einhergehend, erhöhen die gesetzlich vorgesehenen Effizianzanreize den Druck auf die Netzbetreiber deutlich. Das höchste Risikopotential sieht die ESWE Versorgung für die Zukunft in Form einer sinkenden Netzrendite.

Gesamtabschluss 2015

Chancen werden in der Erweiterung des Vertriebsgebiets auch außerhalb von Wiesbaden gesehen. Hier kommen dem kommunalen Unternehmen die regionale Präsenz und die große Nähe zu den Kunden zugute. So sind im Wirtschaftsplan 2016 Investitionen in Sachanlagen und Finanzanlagen geplant. Im Wesentlichen für Versorgungsnetze bzw. Windkraftprojekte, wobei ganz deutlich der Ausbau in das Fernwärmenetz forciert wird.

Mit der angestrebten Realisierung des Windparks auf dem „Taunuskamm“ käme man der Zielsetzung der Landeshauptstadt Wiesbaden, den Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch bis 2020 auf 20 % zu erhöhen, einen großen Schritt näher.

Ein Risiko besteht in der künftigen Stromerzeugung bei der KMW. Die gesunkenen Strompreise aufgrund des Ausbaus der Erneuerbaren Energien machen einen wirtschaftlichen Betrieb der Kraftwerke unter den derzeitigen Rahmenbedingungen weiterhin schwierig. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf das zukünftige Ergebnis der KMW.

Ein weiteres signifikantes Risiko besteht in dem Ausgang des Verfahrens mit der Kartellbehörde wegen in der Vergangenheit vermeintlich überhöhter Wasserpreise. Das hessische Wirtschaftsministerium hat Ende 2016 gegenüber ESWE eine Abschöpfungsverfügung in Höhe von rd. 46 Mio. € ausgesprochen. Diesem Risiko wird mit einer vorsorglichen Erhöhung der Rückstellungen in 2016 begegnet.

Nachdem im Jahr 2015 die ESWE Verkehr Fahrbetrieb GmbH sowie die ESWE Verkehr Service GmbH rückwirkend zum 1. Januar 2015 auf die **ESWE Verkehr** verschmolzen wurden, konnten die Voraussetzungen geschaffen werden, die Konzession für den Betrieb des lokalen Busnetzes in einer Direktvergabe zu erhalten.

Eine Aussage zur Prognose der kommenden Geschäftsjahre steht unter dem Vorbehalt der einzubeziehenden zukünftig andauernden Anpassungen, die sich durch die Neustrukturierung ergeben haben. Zudem wird der eingeschlagene Weg zur kontinuierlichen Optimierung der Unternehmensstrukturen und -prozesse weiter verfolgt, um zukünftig unter den weiter wachsenden Herausforderungen hochwertige Verkehrsleistungen anbieten zu können.

Im operativen Geschäft sind die anspruchsvollen Herausforderungen einer kontinuierlichen Personalbeschaffung für die Fahrdienstbereiche zu bewältigen. In Folge der Personalfuktuation und zeitweiser hoher Krankenstände ist der Bedarf an neuem Fahrpersonal gegeben. Für das Jahr 2016 und die folgenden Perioden sieht die Geschäftsführung der ESWE Verkehr in diesen Themen eine in der Verkehrsbranche verbreitete und anspruchsvolle Aufgabenstellung. Durch die gute Wirtschaftslage in der Region Rhein-Main sind die Nachfrage nach qualifiziertem Personal und der damit einhergehende Wettbewerb um Arbeitskräfte weiterhin hoch. Die derzeitige Arbeitsmarktsituation unter Berücksichtigung der aktuell gültigen und anzuwendenden Tarifverträge stellt die Gesellschaft vor schwierige Voraussetzungen. ESWE Verkehr stellt sich auf diese Rahmenbedingungen ein und wird weiterhin erhebliche Ressourcen in die Ausbildung neuer Arbeitskräfte investieren.

Für das Geschäft der **Wohnungswirtschaft** sind weiterhin keine wesentlichen Risiken erkennbar. Chancen ergeben sich hier durch die Anhebung der für die Gesellschaften relevanten Quadratmetermietpreise auf Basis Mittelwertes des Mietspiegels der Stadt Wiesbaden sowie die Reduzierung von Leerständen durch die Sanierung und Aufwertung der Woh-

Gesamtabschluss 2015

nungsbestände sowie umfangreiche Neubauaktivitäten und Nachverdichtung auf eigenen Grundstücken.

Die Liegenschaften, die die **WVV Holding** seit Jahren im Bestand hat, führen auch weiterhin aufgrund der nachhaltigen Mietauslastung zu einem stabilen Ergebnisbeitrag. Ziel ist es dies auch in Zukunft zu gewährleisten.

Mit dem Erwerb des Immobilienkomplexes Mauritiusgalerie in unmittelbarer Nachbarschaft des Walhalla-Theaters im Jahr 2010 wurden die strategischen Möglichkeiten zur Entwicklung dieser zentralen Lage in Wiesbaden erweitert. Nach Abschluss von umfänglichen Umbau- und Revitalisierungsmaßnahmen erwartet die WVV Holding nachhaltige Mieteinnahmen, die die zukünftigen Ergebnisbeiträge im Bereich Vermietung deutlich positiv beeinflussen werden.

Durch den Erwerb der City-Passage am 01. August 2016 durch die WVV Holding werden städtebauliche Chancen zur Stadtentwicklung in einem sensiblen Bereich im Herzen der Stadt wahrgenommen. Die Liegenschaft besteht im Wesentlichen aus zwei Komplexen, eine Ladenpassage (mit Parkhaus) und einem weiteren öffentlichen Parkhaus verbunden mit einem angrenzenden Bürokomplex (Ärztehaus). Grundsätzliche Risiken bestehen naturgemäß bei der Verwirklichung des Vorhabens unter Beachtung städtischer Interessen. Zudem sieht der vorliegende Bebauungsplanentwurf statt rd. 4.500 Quadratmeter Verkaufsfläche in der alten City-Passage nun ca. 20.000 Quadratmeter - und somit eine sehr lukrative Größenordnung - vor. Inzwischen zeichnet sich ein starkes Interesse von potentiellen Investoren für den Bereich östlich der Schwalbacher Straße ab. Im April 2017 wurde das Interessenbekundungsverfahren auf den Weg gebracht. Im Sommer sollen aus dem Kreis der Bieter diejenigen ausgewählt werden, mit denen die Stadt in konkrete Verhandlungen tritt. Zum Jahresende soll der Verkauf der Liegenschaft unter Dach und Fach sein.

Mit den von der **WVV Grundstücksverwaltungs GmbH** (ab 16.03.2016 Beteiligungsgesellschaft WVV Wiesbaden Holding GmbH) gehaltenen Anteilen an der Kom9 GmbH & Co. KG ist die Erwartung verknüpft, dass auch künftig eine nachhaltige Rendite erzielt werden kann, die die Finanzierungsaufwendungen übersteigt. Die WVV Grundstücksverwaltungs GmbH hat mit notariellem Kauf- und Abtretungsvertrag vom 15. Oktober 2015 einen weiteren Kommanditanteil an der Kom9 von der Essener Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH i.H.v. insgesamt 7,3 Mio. € zu einem Kaufpreis i.H.v. 12,7 Mio. € (zzgl. Anschaffungsnebenkosten) erworben. Der Teil-Kommanditanteil setzt sich aus Hafteinlage und Pflichteinlage (7,3 Mio. €) zusammen. Der Anteil an der Kom9 erhöht sich durch diese Transaktion von 12,79% auf 13,62%. Die Kom9 KG hält eine Beteiligung an der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München.

Die **SEG** wird in ihren Geschäftsfeldern Städtebauliche Projektentwicklung, Bauträgergeschäft, Immobilienbewirtschaftung und Städtebauförderung/Wohnbauförderung weiterhin gute Ergebnisse erzielen, die sich aufgrund von längeren Investitions- und Bauphasen jedoch teilweise erst in den Folgejahren ergebniswirksam niederschlagen werden.

Maßgebliche zusätzliche Mieterträge werden sich aus der Vermietung von Objekten zur Unterbringung von Flüchtlingen ergeben. In 2015 wurden bereits Umbauten in Bestandsobjekten und gepachteten Objekten durchgeführt.

Gesamtabschluss 2015

Im Bereich der städtebaulichen Projektentwicklung bestehen aufgabentypische Risiken, die sich u.a. aus den langen Projektlaufzeiten, den schwer abzuschätzenden Kosten und der Notwendigkeit, zahlreiche unterschiedliche Beteiligte einbinden zu müssen, ergeben. Weiterhin ergeben sich im Hinblick auf zukünftig anstehende Erschließungsmaßnahmen Kostenrisiken, die zum Zeitpunkt der Grundstücksankäufe nicht vollumfänglich ausgeschaltet werden können.

Die **WiBau**, die im städtischen Verbund Leistungen im Bereich des Baumanagements und Facilitymanagements erbringt, hat ihr wesentliches Betätigungsfeld im Bereich der Sanierung und baulichen Betreuung von Wiesbadener Schulen. Mit den im eigenen Bestand befindlichen Objekten erzielt sie langfristig Umsatzerlöse aus Vermietung.

Ein Risiko für den **Entsorgungsbereich** besteht in dem nachhaltigen und unvermindert anhaltenden Entsorgungsdruck. Ausgelöst durch die weitere Erhöhung der abzulagernden Abfälle und die begrenzten Deponieflächen DK II (belastete, jedoch nicht gefährliche Abfälle). Es handelt sich hierbei insbesondere um nicht asbestbelastete Inertabfälle, wie Böden und Bau-schutt. Durch die überregionalen Schließungen von Deponien der Klassen DK I (mäßig belastete, nicht gefährliche Abfälle) und DK II sind im Rhein-Main-Gebiet faktisch neben der ELW Deponie (DK II) nur noch die Deponie in Büttelborn (DK II) in der Ablagerungsphase.

Deshalb wurden die Dichtungsbaumaßnahmen für den Deponieabschnitt III beschleunigt. Im Jahr 2015 erfolgte die Herstellung des letzten Bauabschnitts der Basisabdichtung des Deponieabschnittes III (und damit verbunden des letzten Abschnitts der Zwischenabdichtung zum Deponieabschnitt II - die sog. Nordhangabdichtung). Ablagerungsbeginn war der 30.11.2015.

Zur Sicherstellung der langfristigen Entsorgungssicherheit wird mit Hochdruck an der Erweiterung des Deponieabschnittes III gearbeitet; der Antrag zur Fortschreibung der Plangenehmigung dieser Deponie der Klasse DK II soll im 3. Quartal 2016 gestellt werden. Die Bauausführung ist bis 2019/2020 geplant.

Parallel dazu soll ebenfalls bis 2019/2020 unmittelbar östlich an die Deponie III ein erster Abschnitt einer Deponie der Klasse DK I geplant und errichtet werden. Dies wird die ELW in die Lage versetzen, die Stoffströme der ihr angedienten Inertabfälle optimal zu steuern.

Durch die Veränderung der Altersstruktur und die steigende Anzahl leistungsgeminderter Mitarbeiter ergeben sich Risiken bei der Umsetzung der operativen Aufgaben v.a. bei der Straßenreinigung und der Abfallsammlung. Dem wurde durch Rationalisierungs- und Optimierungsmaßnahmen (z. B. Neuorganisation der Straßenreinigung und des Winterdienstes und neue Abfallsammeltouren) entgegengewirkt. Des Weiteren wurden Zeitarbeitskräfte eingesetzt. Dennoch wird es zukünftig erforderlich sein verstärkt auf Ausschreibungen und Drittvergaben zurückzugreifen.

Die rückläufige Entwicklung bei den Abfallgebühren, der verschärfte Konkurrenzdruck durch private Abfallberatungsunternehmen und die gestiegenen Kosten für den Transport von Hausmüll zu den Behandlungsanlagen erfordern ab 01.01.2016 eine Gebührenerhöhung.

Das Risiko des Wegfalls gewerblicher Abfallmengen entfällt durch die Reduzierung der Verbrennungskapazitäten.

Gesamtabschluss 2015

Ein latentes Risiko bildet zudem die Entwicklung der Altpapier Erlöse, da diese in den vergangenen Jahren bei stabil hohen Preisen deutlich gebührenentlastend wirkten, jedoch stark von den allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängen.

Die Ansprüche an die Quantität und Qualität der Dienstleistungen der Straßenreinigung werden immer höher (Stichwort „Saubere Stadt Wiesbaden“). Deshalb hat die ELW eine komplett neue Straßenreinigungssystematik entworfen, die zu einer erheblichen Ausweitung vor allem der Gehwegreinigung in städtischer Zuständigkeit führte. Die Stadtverordnetenversammlung hatte die Einführung der neuen Satzung in zwei Stufen zum 01. Januar 2016 bzw. 2017 beschlossen. Dies traf auf erhebliche Widerstände - vor allem bei den neu veranlagten Gebührenschnldnern. Eine umfassende Überarbeitung der Systematik kann nicht abgeschlossen werden. Die wirtschaftlichen Risiken für die ELW bleiben im Jahr 2016 überschaubar, da für die Umsetzung der ersten Stufe kaum zusätzliche Ressourcen beschafft werden mussten.

Nach wie vor besteht das Risiko einer extremen Wintersaison. Durch die Beteiligung an einem gemeinsamen zentralen Streusalzlager (Betrieb von 8 Kommunen aus Südhessen) sowie der Umstrukturierung und Ausweitung des Winterdienstes auf die östlichen Vororte der Landeshauptstadt ist hier Vorsorge getroffen.

Die Arbeiten zur Vorhaltung einer Notstromversorgung für die Sparte Entwässerung wurde 2013 gestartet und befindet sich derzeit in der Umsetzung. Mit einem Projektabschluss wird Ende 2016 gerechnet.

Die Errichtung der BHKW-Anlage auf dem Hauptklärwerk ist nahezu abgeschlossen. Der elektrische Wirkungsgrad der BHKWs liegt bei Werten über 40%, die alten Anlagen verfügten lediglich über einen Wirkungsgrad von 30%. Bei gleichbleibendem Klärgasanfall lassen sich ab 2016 dann ca. 2 Mio. kWh mehr erzeugen. Der derzeitige Trend ist vielversprechend.

Im Klärwerk Biebrich werden Versuche gefahren, die Kapazität zu erweitern. Dazu wird unter der aktuellen Belastungssituation die Anlage mit weniger Filterzellen betrieben. Erste Ergebnisse zeigen, dass die Anlage nach Optimierung die Einwohnerentwicklung der nächsten Jahre ohne bauliche Erweiterung abdecken kann.

Weitere Risiken bestehen durch den Ausfall von Anlagen aufgrund zum Beispiel unsachgemäßer Behandlung, Sabotage, Vandalismus und nach einem Wassereinbruch. In Abstimmung mit dem Rechtsamt der LHW ist ein Projekt initiiert, das sich mit der Erweiterung des Versicherungsschutzes beschäftigt. Derzeit gehen Sachschäden (z. B. durch Bedienungsfehler, Ungeschicklichkeit, Konstruktions- oder Ausführungsfehler, Versagen von Mess- oder Sicherheitseinrichtungen), die klassisch mit einer Maschinen- und/oder Elektronikversicherung auf einen Versicherungsgeber teilweise gegen Zahlung einer Prämie übertragen werden können, voll zu Lasten der ELW, sofern ein Verursacher nicht belangt werden kann. Für den Neuabschluss einer Maschinenversicherung, die in den 1990er Jahren gekündigt wurde, ist nach Einschätzung des Rechtsamtes ein erneuter Beschluss des Magistrates notwendig. Der Fokus der ELW richtet sich daher in der Risikobewältigung vornehmlich darauf, gut ausgebildete Mitarbeiter für den Anlagenbetrieb zu beschäftigen und setzt Schwerpunkte bei einer nachhaltigen und auch vorbeugenden Instandhaltung, sowie in der Überwachung der Anlagen.

Gesamtabschluss 2015

Aus der deutlichen Positionierung der Landeshauptstadt Wiesbaden als Sportstadt können sich Chancen auf steigende Besuchszahlen, insbesondere im Segment Sport sowie durch Maßnahmen im Touristiksektor im Segment Gesundheit und Wellness, ergeben. Aus diesem Grund ist **Mattiaqua** sehr stark abhängig von der uneingeschränkten Funktionsfähigkeit ihrer Einrichtungen. Technische oder bauliche Probleme in den Einrichtungen können daher erhebliche Auswirkungen auf die Ertragslage haben. Der hohe Sanierungsbedarf der Wiesbadener Bäder wird deutlich in einem Bädergutachten, welches im Laufe des Jahres 2016 vorgelegt wurde. Demnach leiden alle Wiesbadener Bäder unter Sanierungsstau und sind stark renovierungsbedürftig. Insgesamt liegt der Investitions- und Instandhaltungsbedarf in der Größenordnung von 50 Mio. €. Damit unterscheiden sich die Wiesbadener Bäder allerdings nicht vom bundesweiten Durchschnitt, sondern befinden sich noch in einer vergleichbar guten Situation. Als problematisch und damit als nicht sanierungsfähig wird dagegen das Freizeitbad Mainzer Straße (mit den meisten Besuchern) gesehen. Die Rahmenbedingungen für einen möglichen Ersatzneubau werden geprüft.

Mattiaqua ist ebenfalls dem Risiko von Katastrophen (Hochwasser, Sturm) ausgesetzt. Der Eintritt solcher Katastrophen kann insbesondere in dem Segment Freizeit zu erheblichen ungeplanten Aufwendungen und Teilschließungen des Betriebs führen. Auch der Ausfall der Informationstechnologie kann zu massiven Einschränkungen im Segment Gesundheit und Wellness führen.

In den Einrichtungen besteht das Risiko von Unfällen und Verletzungen von Gästen. Auch wenn diesem Risiko durch geeignete und den Normen entsprechende Maßnahmen begegnet wird, kann nicht vollständig ausgeschlossen werden, dass es zu leichten und schweren Unfällen kommt.

Zur nachhaltigen Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit soll eine tragfähige Perspektive für die **Altenpflege** in städtischer Trägerschaft unter dem Dach der Altenhilfe Wiesbaden GmbH entwickelt werden, mit einer klaren Ausrichtung auf Altenpflege gemäß SGB XI. Mittels einer Machbarkeitsstudie wurde die Sanierungsfähigkeit des Moritz-Lang-Hauses (auch in der Variante „bei laufendem Betrieb“) untersucht. Eine abschließende Festlegung hierzu ist noch nicht erfolgt. Bei einer geplanten Auslastung von 87 % im Toni-Sender-Haus und 88 % im Moritz-Lang-Haus müssen die damit einhergehenden Erlösausfälle durch Einsparungen - insbesondere beim Personal- und Materialaufwand - kompensiert werden, um ein ausgeglichenes Jahresergebnis zu erzielen.

Für die **Wiesbadener Jugendwerkstatt** GmbH (WJW) bestehen generelle Risiken in der Änderung der gesetzlichen Grundlagen (SGBII und SGBVIII) und der damit einhergehenden Finanzausstattung, die seit Jahren rückläufig ist. Um die Abhängigkeit der Gesellschaft von diesen nicht vorhersehbaren Änderungen zu reduzieren, versucht die Gesellschaft - wie schon in den vergangenen Jahren - die Refinanzierung aus Marktaktivitäten weiter zu steigern. Die abschließende Sicherung der Pachtflächen der Domäne Mechtildshausen steht immer noch aus. Sowohl Erbbaurechts- wie auch Pachtvertrag konnten bislang wegen einzelner, durch den Verpächter zu erbringenden Vorleistungen noch nicht abgeschlossen werden. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass der Abschluss des Pachtvertrages zwischen dem Land Hessen und der WJW GmbH nunmehr im Verlauf des Jahres 2016 erfolgen wird.

Gesamtabschluss 2015

Der Verbund der Landeshauptstadt Wiesbaden wird regelmäßigen **Betriebsprüfungen** durch das Finanzamt Wiesbaden unterzogen. Hierbei bestehen Risiken, wenn die Prüfung das Erfordernis von Steuernachzahlungen ergibt. Derzeit ist das Risiko jedoch nicht bezifferbar.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Gesamtwürdigung des Risikoszenarios zu dem Ergebnis führt, dass sowohl im Berichtsjahr als auch für die Zukunft keine Risiken erkennbar sind, die den Fortbestand des Verbunds gefährden.

1.4 **Bewertung des Gesamtabschlusses im Hinblick auf die dauernde Leistungsfähigkeit und perspektivischer Ausblick**

In einem weiterhin günstigen wirtschaftlichen Umfeld sind im Hinblick auf das für die Landeshauptstadt Wiesbaden prognostizierte Bevölkerungswachstum und die allgemeine demografische Entwicklung in den kommenden Jahren einige strategische Handlungsfelder zu bearbeiten. Hierzu zählen - jeweils unter Finanzierungsvorbehalt - der Ausbau der Kinderbetreuung, des Nahverkehrs, der Energieversorgung, der medizinischen und sozialen Einrichtungen, die Förderung des Wohnungsbaus, sowie die Schaffung von Bedingungen die einen weiteren Zuwachs an Arbeitsplätzen gewährleisten. Durch den Teilverkauf der HSK Dr. Horst Schmidt Kliniken und dem Eingehen einer strategischen Partnerschaft mit der HELIOS Kliniken GmbH kann der Weiterbetrieb der Klinik als kommunales Krankenhaus der Maximalversorgung für die Zukunft ohne städtische Zuschüsse gesichert werden. Weitere strategische Ziele sind die Neuausrichtung des Messe- und Kongresswesens, die kommunale Offensive für den Klimaschutz mit der Erzeugung regenerativer Energien und der Steigerung der Energieeffizienz sowie die kontinuierliche Verbesserung von subjektiv empfundener Sicherheit und Sauberkeit in der Landeshauptstadt. Die Integration von Flüchtlingen ist eine zusätzliche gesellschaftspolitische Herausforderung für den städtischen Verbund. Seit dem Jahr 2016 waren die Zahlen der Ankommenden jedoch wieder rückläufig. Unabhängig davon ist sicher, dass die Herausforderung noch bevorsteht, die Menschen mit hoher Bleibeperspektive insbesondere auf dem Arbeitsmarkt zu integrieren.

Da insbesondere die volatile und nur schwer prognostizierbare Gewerbesteuer die Ertragslage der Landeshauptstadt dominiert, die Aufgaben und die damit einhergehenden Aufwendungen aber stetig zunehmen, sind Ergebnisprognosen für die Zukunft schwierig und mit Unsicherheiten behaftet. Die außergewöhnlich gute Entwicklung der Gewerbesteuer im Jahr 2016 hat allerdings zu einem deutlichen Einnahmeplus geführt.

Die Liegenschaften, die die **WVV Holding** seit Jahren im Bestand hat, führen auch weiterhin aufgrund der nachhaltigen Mietauslastung zu einem stabilen Ergebnisbeitrag. Unverändert ergeben sich für die WVV Holding Chancen aus der Bündelung der immobilienwirtschaftlichen Aktivitäten. Die Zusammenarbeit der städtischen Wohnungsbau- und Stadtentwicklungsgesellschaften GWW, GeWeGe, SEG und WiBau unter dem Dach der WIM GmbH wird beständig weiterentwickelt, wohnungswirtschaftliche Kompetenzen werden gebündelt und der bisher verfolgte Weg der Zusammenfassung immobilienwirtschaftlicher Dienstleistungen in Wiesbaden wird weiterhin zur Ertragssicherung beitragen.

In den übrigen Beteiligungsunternehmen der Holding wurden bereits in den Vorjahren Konsolidierungsmaßnahmen eingeleitet, die in Anbetracht der immer bedeutender werdenden Liberalisierung der Energie- und Verkehrswirtschaft zwingend erforderlich sind. Bei Fortset-

Gesamtabschluss 2015

zung dieses erfolgreichen Konsolidierungsprozesses wird sich die Ergebnisentwicklung trotz der Risiken mittelfristig weiterhin positiv darstellen.

Die von der Beteiligungsgesellschaft WVV Wiesbaden GmbH (bis 16. März 2016: WVV Grundstücksverwaltungs GmbH) gehaltenen Anteile an der Kom9 GmbH & Co. KG sichern auch künftig eine nachhaltige Rendite, die höher ist als die Finanzierungsaufwendungen.

Obwohl die politischen Rahmenbedingungen schwer planbar sind, beteiligt sich ESWE Versorgung aktiv am Gelingen der Energiewende vor Ort. Dem Ausbau erneuerbarer Energien wird nach wie vor eine strategische Schlüsselrolle zugemessen. Die Nutzung von Windkraft, Biomasse, Sonnenenergie, Wasserkraft und Erdwärme steht hierbei weiterhin im Fokus der Überlegungen.

Eine Aussage zur Prognose der kommenden Geschäftsjahre des Verkehrsbereiches steht unter dem Vorbehalt der einzubeziehenden zukünftig andauernden Anpassungen, die sich durch die Neustrukturierung ergeben haben. Zudem wird der eingeschlagene Weg zur kontinuierlichen Optimierung der Unternehmensstrukturen und -prozesse weiter verfolgt, um zukünftig unter den weiter wachsenden Herausforderungen hochwertige Verkehrsleistungen anbieten zu können.

Die Bewertung des Risikoszenarios führt aus Sicht der Geschäftsführung der WVV zu dem Ergebnis, dass durch die ergriffenen Steuerungsmaßnahmen sowohl im Berichtsjahr als auch für die Zukunft keine Risiken erkennbar sind, die den Fortbestand gefährden. Für das Geschäftsjahr 2016 wurde ein gegenüber dem Vorjahr geringfügig rückläufiges Jahresergebnis ausgewiesen.

Der Eigenbetrieb **WLW** (Wasserversorgung) geht für die Wirtschaftsjahre 2016 und 2017 von insgesamt ausgeglichenen Ergebnissen aus.

Für die **Entsorgungsbetriebe** wird von einer stabilen Geschäftslage ausgegangen. Dabei kann von weiterhin sehr guten Umsätzen auf der Deponie ausgegangen werden.

Eine Analyse des Risikopotenzials der **MBA Wiesbaden** lässt sowohl für das laufende Jahr als auch für die kommenden Jahre keine Risiken erkennen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden.

Mit dem am 13.11.2015 beschlossenen Pflegestärkungsgesetz II, das in Teilen am 01.01.2016 und vollständig am 01.01.2017 in Kraft tritt, wird bei der **Altenhilfe** die Tendenz ambulant vor stationär weiter verstärkt. Den Pflegeheimen wird damit die Aufgabe der Versorgung in der letzten Phase des Lebens und der Betreuung schwerst dementiell erkrankter Menschen zugeschrieben.

Gemäß den Beiträgen zur Sozialplanung Nr. 34/2014 „Hilfe- und Pflegebedarf älterer Menschen in Wiesbaden bis 2030“ (Grundlagenbericht zur Altenhilfeplanung) des Amtes für Soziale Arbeit leben gegenwärtig 54.000 ältere Menschen über 65 Jahre in Wiesbaden. Gemäß Bericht umfasst die Anzahl der Pflegeplätze in Wiesbaden zum Ende des Geschäftsjahres 2014 knapp 2.400. Um den erwarteten Mehrbedarf im Bereich der vollstationäre Pflege sicherstellen zu können, geht das Amt für Soziale Arbeit davon aus, dass bis zum Jahr 2020 rund 200 zusätzliche Pflegeplätze sowie bis zum Jahr 2030 insgesamt 400 zusätzliche Pfl-

Gesamtabschluss 2015

geplätze in Wiesbaden benötigt werden. Parallel hierzu wird ein zusätzlicher Personalbedarf an Fachkräften von 200 Vollzeitstellen prognostiziert. Die jüngst veröffentlichten Berichte der WHO lassen zudem erkennen, dass sich die Anzahl der an Demenz erkrankten Menschen bis zum Jahr 2030 verdoppeln könnte. Dieser Wandel stellt große Herausforderungen an die Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgung und ihre Finanzierung.

Die Planungen für das Neubauvorhaben der **HSK Pflege GmbH** am Standort der HSK Kliniken gemäß der beschlossenen Konzeption sind eingestellt.

Das Feierabendheim **Simeonhaus GmbH** geht für die folgenden Geschäftsjahre davon aus, dass die Erträge aus Serviceleistungen die anfallenden Aufwendungen decken und somit ausgeglichene Ergebnisse erwirtschaftet werden können.

Die **EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH** wird sich zukünftig neu ausrichten und weitere Geschäftsfelder zur wirtschaftlichen Leistungserfüllung erschließen. Dazu gehört unter anderem die Profilierung und Stärkung der Landeshauptstadt Wiesbaden als Gesundheitsstadt sowie die Förderung des Gesundheitswesens in Wiesbaden durch geeignete Projekte und Maßnahmen. Nach der Inbetriebnahme des Klinikneubaus durch HELIOS sollen für nicht mehr benötigte Grundstücksflächen Vermarktungsstrategien mit Synergieeffekten zum Klinikneubau entwickelt und umgesetzt werden. Dadurch soll mittelfristig die Selbstfinanzierung der HELIOS Dr. Horst Schmidt Kliniken Wiesbaden GmbH sichergestellt werden. Die Umsetzung wird in den nächsten Jahren zu überprüfen sein.

Die Zusammenarbeit von Kurhaus Wiesbaden GmbH, Rhein-Main-Hallen GmbH und Wiesbaden Marketing GmbH unter der Dachgesellschaft **TriWiCon** wird in der Zukunft weitere Umsatzpotentiale für alle Gesellschaften generieren. Ein Focus der Aktivitäten liegt in der Akquise von Veranstaltungen für das CongressCenter. Die Betriebsleitung sieht derzeit keine Risiken, die den Bestand der TriWiCon und ihrer Beteiligungen gefährden könnten. Für die Folgejahre wird ein planmäßiger Geschäftsverlauf und eine weitere Steigerung der Übernachtungszahlen erwartet.

Bei der **mattiaqua** handelt es sich um einen dauerdefizitären Eigenbetrieb der Landeshauptstadt. Damit liegen die Wiesbadener Bäder allerdings im bundesweiten Trend der kommunalen Schwimmeinrichtungen. Der hohe Neubau- bzw. Sanierungsbedarf wird das Geschäft in den nächsten Jahren prägen.

Für die **WJW** erwartet die Geschäftsführung eine weitere Absenkung der Auslastung mit negativem Einfluss auf das Ergebnis.

In nahezu allen Gesellschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden stehen weiterhin Strukturveränderungen und notwendige Optimierungsprozesse an, um das Leistungsspektrum für die Bürgerinnen und Bürger nachhaltig aufrechtzuerhalten und den städtischen Haushalt zu entlasten.

Der **Verbund der Landeshauptstadt Wiesbaden** ist gut aufgestellt, um die stetige Erfüllung seiner Aufgaben dauerhaft zu sichern. Die langfristige Vermögens- und Kapitalstruktur stellt sich als stabil dar, die Eigenkapitalquote von 43 % ist eine mehr als solide Basis um grundsätzlich auch rückläufige Entwicklungen auffangen zu können. Die sehr gute Finanz- und Er-

Gesamtabschluss 2015

gebnissituation wird allerdings durch politische Weichenstellungen in der Energiewirtschaft bzw. bereits getroffene Festlegungen im Hinblick auf die nächsten Jahre belastet. Dies gilt z. B. für zusätzliche Kosten aus der Strukturveränderung im Öffentlichen Personennahverkehr, den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung, die erforderlichen Schulsanierungen und Neubauten und den Kapitaldienst aus Investitionen (u. a. Neubau des RheinMain CongressCenters).

Für den Verbund kann für das Jahr 2016 mit einem deutlich positiven Jahresergebnis gerechnet werden. Die dauerhafte Leistungsfähigkeit des Verbundes ist auch für die Zukunft gewährleistet.

1.5 Angaben zu den nicht einbezogenen Aufgabenträgern

Die Angaben über die nicht einbezogenen Aufgabenträger sind dem Punkt 3.1.2 zu entnehmen.

Zu weiteren Angaben gemäß § 55 Abs. 2 GemHVO wird auf den Beteiligungsbericht 2015 verwiesen.

Gesamtabschluss 2015

2. Zusammengefasste Vermögens-, Ergebnis- und Finanzrechnung

2.1 Zusammengefasste Vermögensrechnung

AKTIVA Position	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	€	€	Mio.€	%
1 ANLAGEVERMÖGEN				
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände				
1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	6.629.306,02	6.640.938,65	0,0	-0,2
1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	34.186.110,00	28.479.722,00	5,7	20,0
	40.815.416,02	35.120.660,65	5,7	16,2
1.2 Sachanlagevermögen				
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	1.997.017.490,24	1.937.683.422,73	59,3	3,1
1.2.2 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	839.697.554,31	835.795.888,12	3,9	0,5
1.2.3 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	75.992.286,42	80.769.081,00	-4,8	-5,9
1.2.4 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	125.557.842,28	122.795.893,78	2,8	2,2
1.2.5 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	115.842.035,69	135.848.282,38	-20,0	-14,7
	3.154.107.208,94	3.112.892.568,01	41,2	1,3
1.3 Finanzanlagevermögen				
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	1.926.960,87	1.926.960,87	0,0	0,0
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	1.800,00	0,0	-100,0
1.3.3 Beteiligungen	312.756.258,68	307.771.712,66	4,9	1,6
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	29.578.643,68	29.827.879,90	-0,2	-0,8
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	50,00	50,00	0,0	0,0
1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	108.826.781,01	111.268.375,51	-2,4	-2,2
	453.088.694,24	450.796.778,94	2,3	0,5
1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173.640.000,00	173.640.000,00	0,0	0,0
	3.821.651.319,20	3.772.450.007,60	49,2	1,3
2 UMLAUFVERMÖGEN				
2.1 Vorräte einschließlich Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	6.923.066,72	6.990.523,79	-0,1	-1,0
2.2 Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren	60.873.307,08	84.041.850,22	-23,2	-27,6
2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	38.902.849,07	46.227.109,23	-7,3	-15,8
2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, Umlagen	38.202.272,24	18.589.934,31	19,6	105,5
2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	40.816.562,94	44.570.404,67	-3,7	-8,4
2.3.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	439.904,93	552.568,49	-0,1	-20,4
2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände	55.135.214,75	46.703.717,15	8,4	18,1
	173.496.803,93	156.643.733,85	16,9	10,8
2.4 Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00	0,0	0,0
2.5 Flüssige Mittel	197.059.095,13	263.833.554,94	-66,7	-25,3
	438.352.272,86	511.509.662,80	-73,1	-14,3
3 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	29.300.843,67	29.370.184,91	-0,1	-0,2
	4.289.304.435,73	4.313.329.855,31	-24,0	-0,6

Gesamtabschluss 2015

PASSIVA Position	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung	
	€	€	Mio.€	%
1 EIGENKAPITAL				
1.1 Netto-Position	1.259.089.688,26	1.259.089.688,26	0,0	0,0
1.2 Rücklagen, Sonderrücklagen und Stiftungskapital				
1.2.1 Kapitalrücklagen	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des Ergebnisses	74.401.432,06	90.808.720,24	-16,4	-18,1
1.2.3 Zweckgebundene Rücklagen	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.4 Sonderrücklagen	0,00	0,00	0,0	0,0
1.2.5 Stiftungskapital	1.883.960,87	1.883.960,87	0,0	0,0
	76.285.392,93	92.692.681,11	-16,4	-17,7
1.3 Gesamtbilanzgewinn/-verlust	121.687.027,68	96.684.456,26	25,0	25,9
1.4 Anteile Dritter am Eigenkapital	63.086.857,78	62.269.256,87	0,8	1,3
	1.520.148.966,65	1.510.736.082,50	9,4	0,6
2 SONDERPOSTEN				
2.1 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge				
2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	235.510.757,66	236.689.236,12	-1,2	-0,5
2.1.2 Zuweisungen vom nicht öffentlichen Bereich	17.815.918,91	18.194.398,85	-0,4	-2,1
2.1.3 Investitionsbeiträge	35.999.491,24	36.196.652,61	-0,2	-0,5
	289.326.167,81	291.080.287,58	-1,8	-0,6
2.2 Sonstige Sonderposten	31.863.870,00	31.086.450,87	0,8	2,5
	321.190.037,81	322.166.738,45	-1,0	-0,3
3 RÜCKSTELLUNGEN				
3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	508.001.552,17	504.238.132,67	3,8	0,7
3.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse	525.355,00	422.046,12	0,1	24,5
3.3 Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien	74.358.704,75	69.260.977,35	5,1	7,4
3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	617.630,93	628.546,14	0,0	-1,7
3.5 Sonstige Rückstellungen	112.913.281,54	123.700.868,82	-10,8	-8,7
	696.416.524,39	698.250.571,10	-1,8	-0,3
4 VERBINDLICHKEITEN				
4.1 Anleihen	0,00	0,00	0,0	0,0
4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen				
4.2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.309.273.454,47	1.301.789.350,21	7,5	0,6
4.2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	32.846.099,05	34.296.334,04	-1,5	-4,2
4.2.3 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	160.597.193,24	171.877.711,34	-11,3	-6,6
4.2.4 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung	5.000.000,00	0,00	5,0	100,0
4.2.5 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0,00	46.109,34	0,0	-100,0
	1.507.716.746,76	1.508.009.504,93	-0,3	0,0
4.3 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	7.654.006,93	2.687.779,32	5,0	184,8
4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	65.703.092,63	76.495.640,06	-10,8	-14,1
4.5 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	4.359.993,22	4.657.245,10	-0,3	-6,4
4.6 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	5.880.033,75	6.791.519,00	-0,9	-13,4
4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	114.503.190,16	139.122.124,06	-24,6	-17,7
	1.705.817.063,45	1.737.763.812,47	-31,9	-1,8
5 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	45.731.843,43	44.412.650,79	1,3	3,0
	4.289.304.435,73	4.313.329.855,31	-24,0	-0,6

Gesamtabschluss 2015

2.2 Zusammengefasste Ergebnisrechnung

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2015 in €	Ergebnis des Vorjahres 2014 in €	Veränderung in Mio. € %	
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	657.993.574,24	691.543.440,78	-33,5	-4,9
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	120.772.820,44	116.234.762,99	4,5	3,9
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	16.383.325,74	12.266.250,15	4,1	33,6
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-12.638.463,79	40.981.751,12	-53,6	-130,8
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	544.461.953,23	495.639.131,91	48,8	9,9
6	Erträge aus Transferleistungen	170.118.061,66	167.624.909,19	2,5	1,5
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	225.378.502,96	195.058.978,85	30,3	15,5
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	14.907.612,34	16.715.748,32	-1,8	-10,8
9	Sonstige ordentliche Erträge	57.961.750,99	71.364.908,48	-13,4	-18,8
10	Summe der ordentlichen Erträge	1.795.339.137,81	1.807.429.881,79	-12,1	-0,7
11	Personalaufwendungen	404.475.224,48	392.178.369,93	12,3	3,1
12	Versorgungsaufwendungen	34.589.516,47	42.989.723,36	-8,4	-19,5
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	576.332.590,78	658.763.453,79	-82,4	-12,5
14	Abschreibungen	147.607.820,80	149.306.671,74	-1,7	-1,1
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	98.034.226,98	88.756.744,68	9,3	10,5
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	112.093.295,22	106.073.818,90	6,0	5,7
17	Transferaufwendungen	346.176.068,30	336.273.215,47	9,9	2,9
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	26.014.744,77	18.413.751,56	7,6	41,3
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	1.745.323.487,80	1.792.755.749,43	-47,4	-2,6
20	Verwaltungsergebnis	50.015.650,01	14.674.132,36	35,3	240,8
21	Finanzerträge	37.972.922,86	40.550.985,92	-2,6	-6,4
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	67.863.325,91	67.766.177,90	0,1	0,1
23	Finanzergebnis	-29.890.403,05	-27.215.191,98	-2,7	9,8
24	Ordentliches Ergebnis	20.125.246,96	-12.541.059,62	32,7	260,5
25	Außerordentliche Erträge	25.319.171,17	17.519.293,51	7,8	44,5
26	Außerordentliche Aufwendungen	15.259.355,25	15.343.246,68	-0,1	-0,5
27	Außerordentliches Ergebnis	10.059.815,92	2.176.046,83	7,9	362,3
28	Jahresüberschuss/-fehlbetrag	30.185.062,88	-10.365.012,79	40,6	391,2
29	Anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis	-21.589.779,64	-22.112.895,20	0,5	2,4
Ergebnisverwendung					
30	Ergebnisvortrag aus Vorjahren	96.684.456,26	156.729.317,39	-60,0	-38,3
31	Zuführung zu / Entnahme aus den Rücklagen	16.407.288,18	-27.566.953,14	44,0	159,5
32	Gesamtbilanzgewinn/-verlust	121.687.027,68	96.684.456,26	25,0	25,9

Gesamtabschluss 2015

2.3 Zusammengefasste Finanzrechnung

Ziffer	Rechen- vorschrift	Posteninhalt	Ergebnis des Haushalts- jahres 2015 in €	Ergebnis des Vorjahres 2014 in €
1		Periodenergebnis (einschließlich Ergebnisanteilen von Minderheitsgesellschaftern) vor außerordentlichen Posten	20.125.247	-12.541.060
2	+ / -	Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	126.040.692	122.825.668
3	+ / -	Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-1.834.047	21.614.024
3a	-	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für erhaltene Investitionsweisungen, -beiträge u. -zuschüsse	-14.907.612	-16.715.748
4	+ / -	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge	10.607.379	4.220.096
5	- / +	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-8.909.360	-3.977.521
6	- / +	Zunahme/Abnahme der Vorräte, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	6.476.816	33.783.159
7	+ / -	Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-30.334.798	-18.375.141
8	+ / -	Aufwendungen und Erträge aus außerordentlichen Posten	10.059.816	2.176.047
9		Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (Summe aus 1 bis 8)	117.324.133	133.009.524
10a	+ / -	Ein- / Auszahlungen aus erhaltenen Investitionszuweisungen, -beiträgen und -zuschüssen für Sachanlagen	13.771.522	54.161.676
10b	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	20.184.502	23.268.700
11	-	Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-179.003.022	-280.200.493
12a	+ / -	Ein- / Auszahlungen auf erhaltene Investitionszuweisungen, -beiträgen und -zuschüssen für immaterielle Anlagevermögen	159.390	1.667.807
12b	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	3.269	123.492
13	-	Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-5.560.686	-4.530.305
14	+	Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	2.404.481	1.985.009
15	-	Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-14.993.111	-4.781.307
16	+	Einzahlungen aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0	0
17	-	Auszahlungen aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	0	0
18	+	Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	35.000
19	-	Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0
20		Cashflow aus Investitionstätigkeit (Summe aus 10 bis 19)	-163.033.655	-208.270.421
21	+	Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen (Kapitalerhöhungen, Verkauf eigener Anteile etc.)	0	-25
22	-	Auszahlungen an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter (Dividenden, Erwerb eigener Anteile, Eigenkapitalrückzahlungen, andere Ausschüttungen)	-20.772.179	-23.137.768
23	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten	112.508.286	168.127.733
24	-	Auszahlungen aus der Tilgung von (Finanz-) Krediten	-112.801.044	-92.033.110
25		Cashflow aus Finanzierungstätigkeit (Summe aus 21 bis 24)	-21.064.937	52.956.830
26		Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe aus 9, 20, 25)	-66.774.460	-22.304.067
27	+ / -	Wechselkurs-, Konsolidierungskreis- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
28	+	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	263.833.555	286.137.622
29	=	Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 26 bis 28)	197.059.095	263.833.555

Gesamtabschluss 2015

3. Anhang

3.1 Allgemeine Angaben

3.1.1 Rechtliche Grundlagen

Die rechtlichen Grundlagen für die Erstellung des Gesamtabschlusses bilden die Hessische Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Dezember 2015, und die Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) vom 20. Dezember 2015. Die Hinweise zur GemHVO des hessischen Staatsministeriums des Innern und für Sport vom 22. Januar 2013 wurden beachtet.

Durch den Verweis in § 112 Abs.7 HGO auf das Handelsgesetzbuch (HGB) sind einige Konsolidierungsvorschriften des HGB auf den Gesamtabschluss anzuwenden. Der Verweis bezieht sich auf die §§ 300 bis 307 HGB (handelsrechtliche Vorschriften zur Vollkonsolidierung) sowie §§ 311 f. HGB.

Da ein Verweis auf § 308 HGB fehlt, konnte auf eine einheitliche Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden durch die LHW und die einbezogenen Aufgabenträger verzichtet werden (vgl. 3.2 Hinweise zur GemHVO).

Die Hinweise zu § 53 GemHVO sehen gem. 5.2 bei der Kapitalkonsolidierung ein Wahlrecht bei der Kapitalkonsolidierung vor. Dieses wurde zugunsten der Buchwertmethode ausgeübt.

Gem. 5.4. der Hinweise können (Teil-)Konzernabschlüsse einzubeziehender Aufgabenträger als Konsolidierungsbasis verwendet werden.

Aufrechnungsdifferenzen, die nicht mit vertretbarem Aufwand zu klären waren, dürfen gemäß 6.4 der Hinweise ergebniswirksam verrechnet werden.

3.1.2 Abgrenzung des Konsolidierungskreises

Im Gesamtabschluss der LHW hat die Kernverwaltung die Funktion des (obersten) Mutterunternehmens. Der Konsolidierungskreis setzt sich daher aus allen verbundenen und assoziierten Unternehmen der LHW zusammen, soweit sie nicht wegen Nachrangigkeit keine Berücksichtigung finden.

Zu den **verbundenen** zählen alle Unternehmen, auf die die LHW einen beherrschenden Einfluss ausübt, ihr also z. B. unmittelbar oder mittelbar die Mehrheit der Stimmrechte zusteht. Hierzu zählen auch die Eigenbetriebe.

Stehen der LHW unmittelbar oder mittelbar mind. 20 % bis einschl. 50 % der Stimmrechte zu, wird von einem maßgeblichen Einfluss auf die Geschäfts- und Finanzpolitik des Unternehmens ausgegangen. Diese als **assoziiert** bezeichneten Unternehmen werden mit dem anteiligen Eigenkapital angesetzt.

Gesamtabschluss 2015

Die HGO hat zur Bestimmung des Konsolidierungskreises den Begriff des Aufgabenträgers eingeführt. Die Definition des Aufgabenträgers richtet sich nach den Bestimmungen des § 112 Abs. 5 HGO und bezeichnet eine wirtschaftlich und organisatorisch selbstständige Organisationseinheit in privatrechtlicher oder öffentlich-rechtlicher Form, die wirtschaftliche, nicht-wirtschaftliche oder hoheitliche Aufgaben der LHW erfüllt. Zu den Aufgabenträgern zählen u. a. rechtlich selbstständige Gesellschaften (z. B. GmbHs) sowie Eigenbetriebe, aber auch Anstalten des öffentlichen Rechts und Stiftungen.

Auf die Einbeziehung der Nassauische Sparkasse in den Konsolidierungskreis wurde gemäß § 112 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 HGO verzichtet. An sonstigen Anstalten des öffentlichen Rechts ist die LHW nicht beteiligt.

Für den Abwasserzweckverband Flörsheim, an dem die LHW mit 38,5 % beteiligt ist, lagen die Voraussetzungen des § 112 Abs. 5 Nr. 3 HGO grundsätzlich vor. Eine Einbeziehung at equity ist jedoch nicht erfolgt, da der Zweckverband bei der Erstellung seiner Jahresabschlüsse im Verzug ist. Sie würde aufgrund Nachrangigkeit voraussichtlich auch nicht erfolgen.

Stiftungen sind in diesem Abschluss nicht zu konsolidieren, da die LHW derzeit nur über treuhänderische, nicht jedoch über rechtlich selbstständige Stiftungen verfügt.

Aufgabenträger gem. § 112 Abs. 5 Nr. 5 HGO (dies sind Aufgabenträger mit kaufmännischer Rechnungslegung, deren finanzielle Grundlage wegen rechtlicher Verpflichtung wesentlich durch die Gemeinde gesichert wird) gibt es derzeit bei der LHW nicht.

Daher konnte der Begriff des Aufgabenträgers in der LHW auf Unternehmen reduziert werden.

Unternehmen, die zum Konsolidierungskreis zählen, jedoch von nachrangiger Bedeutung für die Darstellung der tatsächlichen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LHW sind, müssen nicht in den Gesamtabschluss nach der Vollkonsolidierungsmethode einbezogen werden (§ 112 Abs. 5 Satz 4 HGO i. V. m. § 112 Abs. 1 Satz 4 HGO).

Eine nachrangige Bedeutung ist gemäß den Hinweisen zur Gemeindehaushaltsverordnung anzunehmen, wenn die Bilanzsumme und die ordentlichen Erträge dauerhaft maximal 5 % der unkonsolidierten Bilanzsumme und der ordentlichen Erträge aller konsolidierungspflichtigen Unternehmen und der LHW ausmachen. Wenn die Betrachtung einzelner Indikatoren zu unterschiedlichen Ergebnissen führen sollte, wird über die Einbeziehung anhand einer wertenden Gesamtbetrachtung entschieden.

Aufgabenträger von nachrangiger Bedeutung, die deshalb nicht in den Konsolidierungskreis der LHW aufgenommen wurden, sind folgende:

Verbundene Unternehmen

- Exina GmbH
- Bürgersolaranlagen GmbH

Gesamtabschluss 2015

Assoziierte Unternehmen

- ZVN Finanz GmbH
- DBW Recycling GmbH & Co. KG
- DBW Recycling Verwaltungs GmbH

Die WVV Wiesbaden Holding GmbH wird mit ihren Tochtergesellschaften über den geprüften und testierten Konzernabschluss als Teilkonzern in den Gesamtabschluss einbezogen. Die dort ausgeübten Einbeziehungswahlrechte wurden beibehalten. Im Konsolidierungskreis der WVV ergaben sich im Berichtsjahr folgende wesentliche Veränderungen:

Die ESWE Verkehr Fahrbetrieb GmbH und die ESWE Verkehr Service GmbH wurden mit Wirkung zum 1. Januar 2015 auf die ESWE Verkehrsgesellschaft mbH verschmolzen.

Mit Anteilskauf- und Abtretungsvertrag vom 15. Oktober 2015 hat die ESWE Versorgungs AG einen Kommanditanteil in Höhe von 50 % an der Windkraft Kahlenberg GmbH & Co. KG erworben. Die Gesellschaft hat zwei Windenergieanlagen mit einer Nennleistung von jeweils 3 MW errichtet und betreibt diese. Weitere Kommanditistin ist die Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG. Komplementärin der Gesellschaft ohne Anteile ist die ESWE Windpark GmbH. Die Gesellschaft wird at-Equity in den Konzernabschluss einbezogen.

Des Weiteren hat die ESWE Versorgungs AG mit Anteilskauf- und Abtretungsvertrag vom 2. Oktober 2015 einen Kommanditanteil in Höhe von 33,3 % an der Windpark Bad Camberg GmbH & Co. KG erworben. Der Gesellschaftszweck besteht in der Entwicklung, Realisierung und Betrieb eines Windparks sowie die Erzeugung und Vermarktung von Energie am Standort Bad Camberg in Hessen. Weitere Kommanditisten sind die Stadtwerke Karlsruhe GmbH und Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG. Die Gesellschaft wird at-Equity in den Konzernabschluss einbezogen.

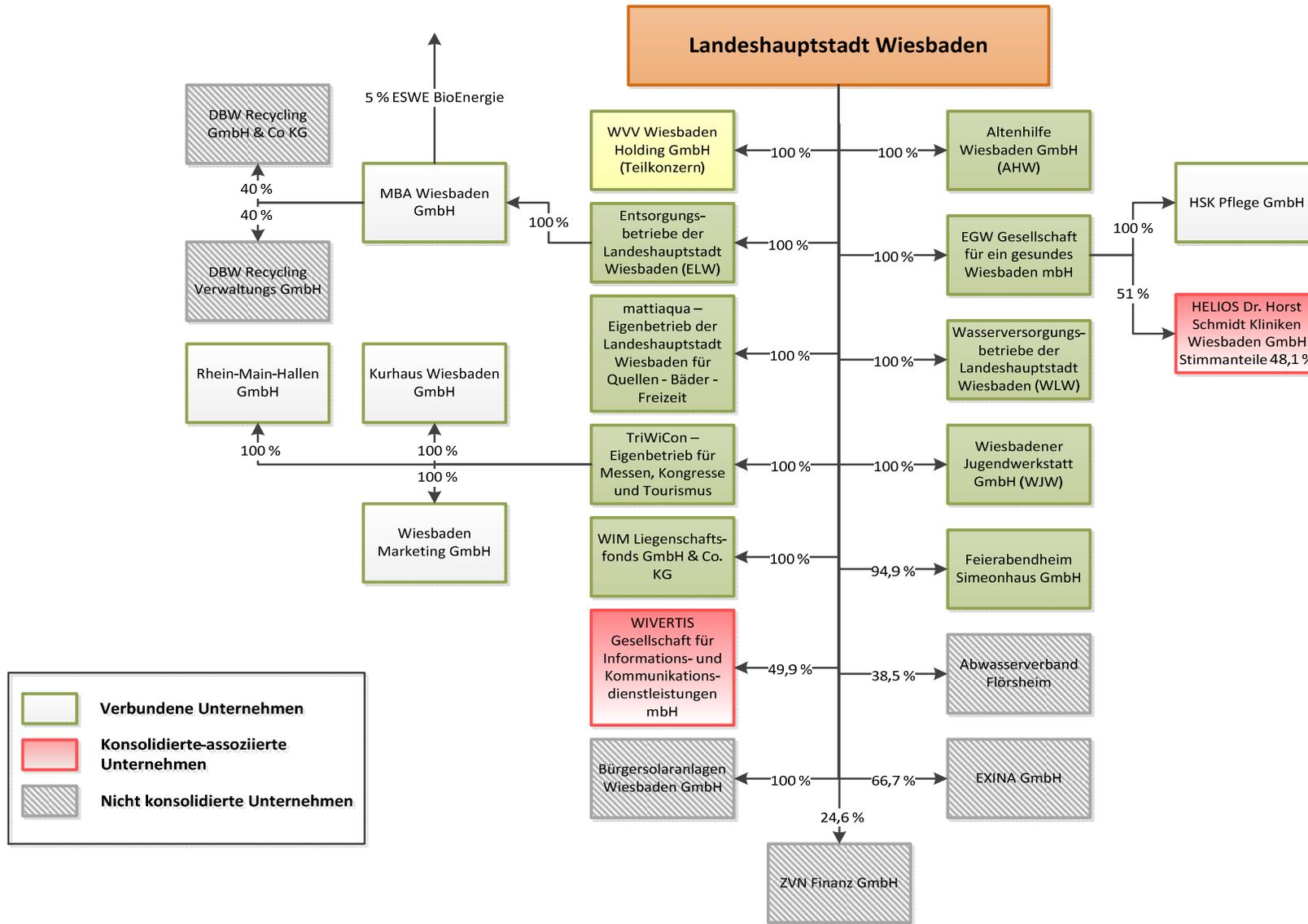
Im Geschäftsjahr 2015 hat die Beteiligungsgesellschaft WVV Wiesbaden Holding GmbH (bis 16. März 2016: WVV Grundstücksverwaltungs GmbH) ihren Anteil an der Kom9 GmbH & Co. KG (Kom9), Freiburg im Breisgau, im Rahmen des Erwerbs weiterer Anteile von 7,3 Mio. € zu einem Kaufpreis von 12,7 Mio. € erhöht. Der Anteil an der Kom9 erhöhte sich durch diese Transaktion von 12,8 % auf 13,6 %.

Darüber hinaus wurde eine Einlage in Höhe von 1,1 Mio. € bei der Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, München, geleistet, an der Anteile von 3,6 % gehalten werden.

Die MBA hat die zum 01.01.2014 erworbenen Gesellschafteranteile an der DBW Recycling GmbH & Co. KG (50%) und der DBW Recycling Verwaltungs GmbH (50%) durch Verkauf um jeweils 10 % verringert. Die Anteile der beiden Gesellschaften werden unter den Anteilen an assoziierten Unternehmen ausgewiesen. Sie werden wegen Nachrangigkeit at cost bewertet.

Eine Übersicht der in den Konsolidierungskreis aktuell einbezogenen Unternehmen ist der folgenden Darstellung zu entnehmen.

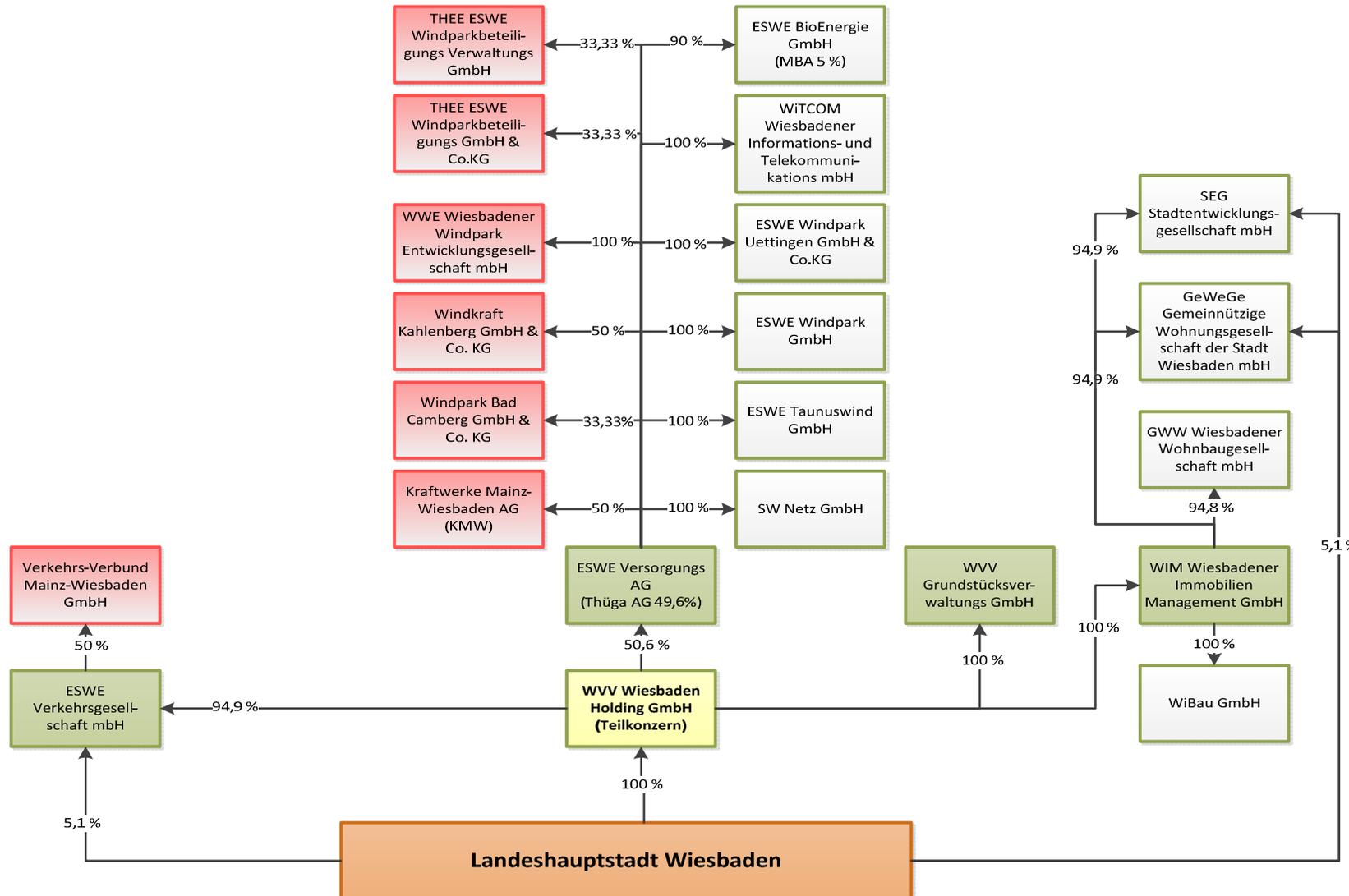
Gesamtabschluss 2015



Ansicht Verbund

Verbundene Unternehmen
 Konsolidierte-assozierte Unternehmen
 Nicht konsolidierte Unternehmen

Gesamtabschluss 2015



Ansicht Teilkonzern

Gesamtabschluss 2015

3.1.3 Konsolidierungsgrundsätze

Kommunen erbringen ihre Leistungen gemeinsam mit ihren Beteiligungen. Die Leistungen der LHW werden auch in einem Zusammenwirken der städtischen Ämter mit den Beteiligungen innerhalb des Verbundes erbracht. In einem Gesamtabschluss sind die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage gemäß § 297 Abs.3 HGB nun so darzustellen, als ob die LHW und ihre Aufgabenträger insgesamt ein einziger Aufgabenträger wären. Dazu sind im Rahmen der Gesamtabschlussstellung die internen Verflechtungen zu eliminieren und die Gesamtleistung des Verbundes an Dritte darzustellen. Die Eliminierung erfolgt durch die Kapital-, Schulden-, Aufwands- und Ertragskonsolidierung sowie durch die Zwischenergebniseliminierung.

Kapitalkonsolidierung

Bei der Kapitalkonsolidierung werden die Beteiligungsbuchwerte der Anteile an den einbezogenen Aufgabenträgern mit dem auf diese Anteile entfallenden Eigenkapital der Aufgabenträger verrechnet. Diese Verrechnung ist notwendig, da eine einfache Addition der Buchwerte zu einer Doppelerfassung führen würde.

At-Equity-Konsolidierung

Die at-Equity einbezogenen Aufgabenträger werden mit dem anteiligen Eigenkapital zu Buchwerten angesetzt. Die Wertansätze der Beteiligungen sind nach § 312 Abs. 4 HGB in den Folgejahren um den Betrag der anteiligen Eigenkapitalveränderungen zu erhöhen oder zu vermindern; auf die Beteiligung entfallende Gewinnausschüttungen sind abzusetzen.

At-Equity angesetzte Aufgabenträger	Stand 01.01.2015 in €	anteilige Eigenkapital- veränderung in €	Stand 31.12.2015 in €
HSK Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH*	0	0	0
WIVERTIS Wiesbadener Informations- u. Telekommunikationsgesellschaft mbH	674.707	-306.750	367.957

*Ausweis mit 0€ wegen anhaltender Verluste

Die Ansätze sind entsprechend der Entwicklung des Eigenkapitals auf den Stichtag fortgeschrieben.

Gesamtabschluss 2015

Schuldenkonsolidierung

Im Rahmen der Schuldenkonsolidierung gem. § 303 HGB werden gewährte und erhaltene Investitionszuwendungen, Anzahlungen, Ausleihungen und andere Forderungen, Rückstellungen und Verbindlichkeiten zwischen den in den Gesamtabschluss einbezogenen verbundenen Unternehmen einschließlich der LHW sowie entsprechende Rechnungsabgrenzungsposten eliminiert.

Aufwands- und Ertragskonsolidierung

In der zusammengefassten Ergebnisrechnung werden entsprechend § 305 HGB alle Erträge aus Beziehungen zwischen verbundenen Unternehmen mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet, soweit sie nicht als Erhöhung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen oder als andere aktivierte Eigenleistungen ausgewiesen werden.

Zwischenergebniseliminierung

§ 304 HGB verlangt, dass in den Gesamtabschluss aufzunehmende Vermögensgegenstände, die ganz oder teilweise auf Lieferungen oder Leistungen zwischen in den Gesamtabschluss einbezogenen Aufgabenträgern beruhen, in der zusammengefassten Vermögensrechnung mit einem Betrag angesetzt werden, zu dem sie angesetzt werden könnten, wenn die in den Gesamtabschluss einbezogenen Aufgabenträger auch rechtlich eine Einheit bilden würden.

Entstandene Gewinne aus Grundstücksverkäufen zwischen den zu konsolidierenden Aufgabenträgern sind neutralisiert worden.

Wesentlichkeit

§ 303 Abs. 2, § 304 Abs. 2 und § 305 Abs. 2 HGB erlauben einen Verzicht auf Konsolidierungsmaßnahmen, wenn die Beträge für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbundes nur von untergeordneter Bedeutung sind. Die Hinweise des Ministeriums des Innern und für Sport gehen in 6.5, 7.2 und 8.3 auf eine mögliche Quantifizierung ein und verweisen auf die Regelung aus 2.11. Die hier zugrunde gelegte Wesentlichkeitsgrenze bewegt sich im Rahmen dieser Vorgaben.

Gesamtabschluss 2015

3.1.4 Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Auf eine einheitliche Bewertung wurde verzichtet, da gem. § 53 GemHVO von den Aufgabenträgern auch bei abweichenden Ansatz- und Bewertungsvorschriften grundsätzlich keine Anpassung der Posten für den Gesamtabschluss vorgenommen werden muss. Im Folgenden werden daher lediglich cursorisch die wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der LHW, des WVV Konzerns und der ELW wiedergegeben, die am Stichtag 47 % (LHW), 40 % (WVV) und 10 % (ELW) also insgesamt rd. 97 % zum Gesamtvermögen des Verbundes der LHW und ihrer Aufgabenträger beitrugen. Im Übrigen wird auf die jeweiligen Darstellungen in den Einzelabschlüssen verwiesen.

AKTIVA

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagevermögen

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten bewertet und werden linear nach der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Investitionszuschüsse an Dritte sind als immaterielle Vermögensgegenstände ausgewiesen und werden grundsätzlich über den Zeitraum der Zweckbindung abgeschrieben.

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet. Für die Eröffnungsbilanzwerte der Kernverwaltung der LHW wurden die entsprechenden Sonderregelungen zu Grunde gelegt. Die Nutzungsdauer für die Vermögensgegenstände der Kernverwaltung der LHW orientiert sich grundsätzlich an der kommunalen Abschreibungstabelle Hessen, für die Aufgabenträger an den handelsrechtlichen Vorschriften. Für den Deponiekörper findet die leistungsabhängige Abschreibung nach § 7 Abs. 1 Satz 6 EStG Anwendung.

Finanzanlagen

Bei der Bewertung der Eigenbetriebe kommt in der Kernverwaltung die fortgeführte Eigenkapitalspiegelbildmethode zur Anwendung, bei den sonstigen Aufgabenträgern sind die Finanzanlagen zu Anschaffungskosten bewertet, gegebenenfalls - bei voraussichtlich dauerhafter oder vorübergehender Wertminderung - unter Absetzung außerplanmäßiger Abschreibungen.

Umlaufvermögen

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden - soweit keine Verbrauchsfiktion unterstellt und folglich kein Wert angesetzt wurde - zu durchschnittlichen fortgeschriebenen Einstandspreisen bewertet. Zudem wurde das strenge Niederstwertprinzip beachtet. Bestandsrisiken aufgrund verminderter Verwertbarkeit oder langer Lagerdauer wird durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen.

Fertige und unfertige Erzeugnisse und Leistungen werden zu Herstellungs- bzw. Anschaffungskosten bewertet. Bestandsrisiken aufgrund langer Lagerdauer oder verminderter Verwertbarkeit wird grundsätzlich durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen.

Gesamtabschluss 2015

Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände und flüssige Mittel sind grundsätzlich zum Nennbetrag angesetzt. Bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Ausfallrisiken durch angemessene Einzelwertberichtigungen sowie durch pauschale Wertberichtigungen berücksichtigt worden.

Aktive Rechnungsabgrenzung

Die Rechnungsabgrenzungsposten sind mit dem Nennwert bilanziert.

Aktive latente Steuern

Gem. § 274 HGB wurde bei den Aufgabenträgern von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, die aktiven latenten Steuern nicht in der Bilanz auszuweisen. Bei der Kernverwaltung werden keine aktiven latenten Steuern ausgewiesen. Auf eine gesonderte Ermittlung von latenten Steuern auf Ebene des Gesamtabschlusses wird entsprechend der Hinweise des Ministeriums des Innern und für Sport verzichtet.

PASSIVA

Eigenkapital

Die Nettosition (Basiskapital) ergab sich als Saldo durch den Vergleich von Vermögen mit (zweckgebundenen) Rücklagen, Sonderrücklagen und Schulden in der Eröffnungsbilanz der Kernverwaltung zum 01.01.2007. Diese verändert sich nur, wenn ein Verlustvortrag durch die Ergebnisse der folgenden 5 Jahre nicht ausgeglichen werden kann. Dies war bisher nicht erforderlich.

Sonderposten

Erhaltene Zuschüsse für Investitionen, Zuweisungen und Beiträge sind als Sonderposten ausgewiesen und werden, soweit sie einem einzelnen Vermögensgegenstand zuzuordnen sind, grundsätzlich ertragswirksam über den gleichen Zeitraum wie der bezuschusste Vermögensgegenstand aufgelöst. In allen anderen Fällen erfolgt die Auflösung linear über die durchschnittliche Nutzungsdauer der entsprechenden Vermögenskategorie. Pauschale Investitionszuwendungen werden über 20 Jahre aufgelöst (z. B. Schulbaupauschale, allgemeine Investitionspauschale und Baukostenzuschüsse, soweit diese nicht aktivisch abgesetzt sind).

Mit Einführung des Gesamtabschlusses wurde die Bilanzierung der Sonderposten im Verbund grundsätzlich vereinheitlicht. Zuwendungen für Investitionen wurden bei den Aufgabenträgern vor dem 01.01.2012 teilweise von den Anschaffungskosten abgesetzt.

Die Auflösung des Kanalbeitragsfonds erfolgt linear über 33 Jahre.

Rückstellungen

Die Berechnung der Pensions- und Beihilferückstellungen erfolgte nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a EStG. Die Ermittlung der Rückstellung für Altersteilzeit erfolgte auf Basis der Stellungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) vom 19.06.2013 zur Rechnungslegung

Gesamtabschluss 2015

(IDW RS HFA 3). Den nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Teilwerten liegt unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck für die Kernverwaltung der LHW ein Rechnungszinsfuß von 4,5 % zugrunde. Dieser liegt über dem nach handelsrechtlichen Grundsätzen zum 31.12.2015 anzusetzenden Zinsfuß von 3,89 %, aber deutlich unter dem in § 41 Abs. 6 GemHVO vorgesehenen Rechnungszins von 6 %. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen der Aufgabenträger sind nach der Anwartschaftsbarwertmethode unter Berücksichtigung künftiger Entwicklungen sowie vereinfachend gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB unter Anwendung des pauschalen durchschnittlichen Marktzinssatzes der Deutschen Bundesbank für Restlaufzeiten von 7 Jahren bewertet. Zum Bilanzstichtag wurde ein Zinssatz von 3,89 % zugrunde gelegt.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle bis zur Bilanzerstellung bekannt gewordenen ungewissen Schulden sowie sonstige Risiken, die das abgelaufene Geschäftsjahr betreffen. Sie sind in Höhe der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zu erwartenden Ausgaben zum Erfüllungsbetrag bewertet.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag bewertet. Leibrenten wurden mit ihrem Barwert (Kapitalwert) bilanziert.

Passive Rechnungsabgrenzung

Die Rechnungsabgrenzungsposten sind mit dem Nennwert bilanziert.

Passive latente Steuern

Passive latente Steuern werden weder von der Kernverwaltung der LHW noch von den Aufgabenträgern ausgewiesen. Auf eine gesonderte Ermittlung von passiven latenten Steuern wird auf der Ebene des Gesamtabschlusses verzichtet.

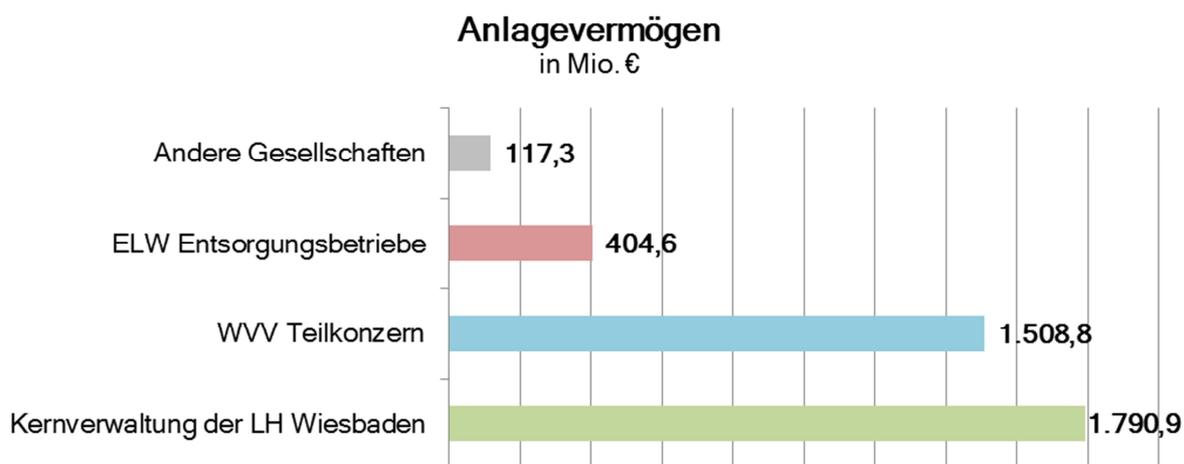
Gesamtabschluss 2015

3.2 Erläuterungen zu den Posten der zusammengefassten Vermögensrechnung

3.2.1 Anlagevermögen

Das Anlagevermögen ist im Berichtszeitraum auf 3.821,6 Mio. € gestiegen.

Es verteilt sich auf die LHW und ihre Aufgabenträger wie folgt:



Die detaillierte Entwicklung des Anlagevermögens im Gesamtabschluss zeigen die folgenden Erläuterungen sowie der Anlagenspiegel (Anlage 1).

Immaterielle Vermögensgegenstände

Im Berichtsjahr erhöhten sich die immateriellen Vermögensgegenstände von 35,1 Mio. € auf 40,8 Mio. €.

Materiell wichtigste Position sind die geleisteten Investitionszuweisungen, insbesondere für die Bereiche Kultur, Sport und Kinderbetreuung.

Gesamtabschluss 2015

Sachanlagevermögen

Im Berichtsjahr erhöhte sich das Sachanlagevermögen insgesamt um 41,2 Mio. €.

Die folgende Tabelle verdeutlicht die Veränderungen:

Sachanlagevermögen in Mio. €	
Stand Sachanlagevermögen zum 01.01.2015	3.112,9
Zugänge	181,2
Abschreibungen (abzgl. Zuschreibungen)	-117,6
Umbuchungen	-8,2
Konzernkreisveränderungen	0,0
Abgänge (abzgl. Abschreibungen auf Abgänge)	-14,2
Stand Sachanlagevermögen zum 31.12.2015	3.154,1

Gesamtabschluss 2015

Die Zusammensetzung der Zugänge zeigt die folgende Tabelle:

Zugänge Sachanlagevermögen in Mio. €	
Bau u. Sanierung von Wohngebäuden	43,2
Schulen / Kindertagesstätten	20,6
Energieverteilungsanlagen	19,7
Neubau RheinMain CongressCenter Wiesbaden (RMCC)	17,0
Flüchtlingsunterkünfte / -wohnheime	7,1
Betriebs- und Verwaltungsgebäude	3,8
Infrastrukturvermögen (Straßen etc.)	9,7
Abwassersammlungsanlagen (Kanäle)	9,3
Abwasserreinigungsanlage (Klärwerke)	4,2
Deponie	4,1
Technische Anlagen (einschl. Windpark Taunuskamm 0,9)	3,7
Betriebs- und Geschäftsausstattung	10,0
Fuhrpark (einschl. Personennahverkehrsfahrzeuge)	9,5
Sonstiges	19,3
Summe	181,2

Gesamtabschluss 2015

Das Sachanlagevermögen ist zum einen geprägt durch bebaute und unbebaute Grundstücke, zum anderen durch das Infrastrukturvermögen.

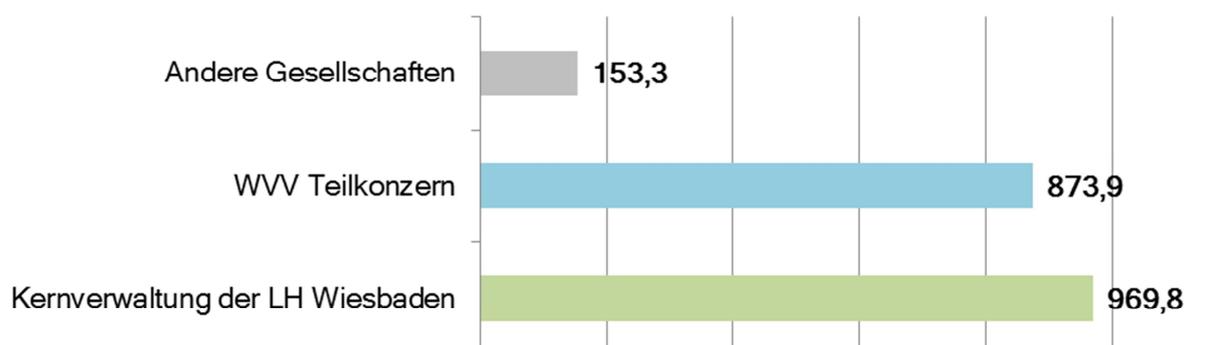
in Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken	1.997,0	1.937,7	59,3 ↑
Wohngebäude (einschließlich Grund und Boden)	735,6	685,5	50,1 ↑
Schulgebäude (einschließlich Grund und Boden)	483,7	486,9	-3,2 ↓
Verwaltungs- und Bürogebäude (einschließlich Grund und Boden)	126,4	131,9	-5,5 ↓
Unbebaute Grundstücke	167,3	164,3	3,0 ↑
Sonstiges	484,0	469,1	14,9 ↑

Im Berichtsjahr erhöhte sich diese Bilanzposition auf 1.997,0 Mio. €. Zusammen mit den Schulgebäuden (483,7 Mio. €) bilden die Wohngebäude (735,6 Mio. €) die bedeutendsten Positionen in diesem Segment.

Den wertmäßig größten Anteil haben die Kernverwaltung der LHW und der WVV-Teilkonzern.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten auf fremden Grundstücken

in Mio. €



Gesamtabschluss 2015

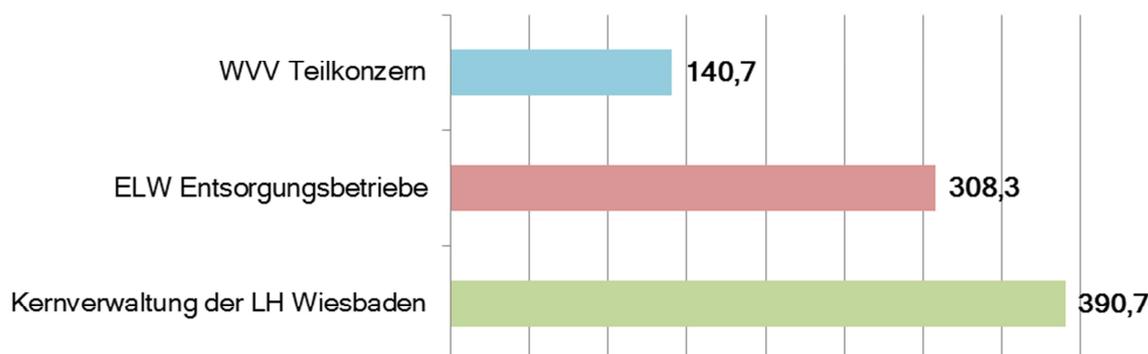
Die Sachanlagen im Gemeingebrauch und das Infrastrukturvermögen setzen sich wie folgt zusammen:

in Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	839,7	835,8	3,9 ↑
Kanalisation, Kläranlagen	295,9	296,7	-0,8 ↓
Straßen, Wege, Plätze	202,9	211,9	-9,0 ↓
Energieversorgungsnetz	140,7	128,7	12,0 ↑
Kultur- u. Naturgüter, öffentliche Grünflächen, Friedhofsanlagen	62,9	64,6	-1,7 ↓
Wald	47,8	47,7	0,1 ↑
Sonstiges	89,6	86,2	3,4 ↑

Im Berichtsjahr beträgt das Infrastrukturvermögen 839,7 Mio. € (Vorjahr 835,8 Mio. €). Wesentliche Positionen sind die Kanalisation und Kläranlagen mit 295,9 Mio. €, Straßen, Wege und Plätze mit 202,9 Mio. € sowie das Energieversorgungsnetz mit 140,7 Mio. €. Der Werteverzehr bei den Straßen spiegelt das subjektive Gefühl bei der Benutzung des öffentlichen Straßennetzes.

Das Infrastrukturvermögen verteilt sich folgendermaßen auf die Kernverwaltung der LHW, die ELW und den WVV-Teilkonzern:

Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen in Mio. €



Gesamtabschluss 2015

Finanzanlagen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen beinhalten die nicht konsolidierten Aufgabenträger von nachrangiger Bedeutung sowie das Sondervermögen der fiduziarischen Stiftungen der Landeshauptstadt.

Im Berichtsjahr ist das Finanzanlagevermögen mit 453,1 Mio. € (Vorjahr 450,8 Mio. €) nahezu unverändert geblieben.

Im Wesentlichen tragen zu diesem Wert die Beteiligungen an der KMW mit 150,1 Mio. €, an der Kom9 GmbH & Co. KG (Thüga) mit 124,6 Mio. € sowie an der Nassauischen Heimstätte mit 18,1 Mio. € bei.

Die sonstigen Ausleihungen bestehen u. a. aus einem Schuldscheindarlehen in Höhe von 35,7 Mio. € bei der DZ-Bank (Anlage aus den Erlösen des Teilverkaufs der Stadtwerke Wiesbaden AG an die Thüga AG aus dem Jahre 2001), das seit 2014 in der Position „Sonstige Ausleihungen“ ausgewiesen wird. Zudem wird hier die stille Einlage der WVV Holding an der Nassauischen Sparkasse ausgewiesen.

Des Weiteren beinhalten die Ausleihungen im Wesentlichen niedrig verzinsten Darlehen zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung.

Gesamtabschluss 2015

3.2.2 Umlaufvermögen

Das Umlaufvermögen sank im Berichtsjahr um 73,1 Mio. € und beträgt zum 31.12.2015 insgesamt 438,4 Mio. € (Vorjahr 511,5 Mio. €).

Die Position „Fertige und unfertige Erzeugnisse, Leistungen und Waren“ sank 2015 durch den Verkauf von Grundstücken beim WVV-Teilkonzern um 23,3 Mio. € und damit ungefähr um den Betrag um den sie im Vorjahr gestiegen war. Hintergrund sind insbesondere die Fertigstellung und der Verkauf von Eigentumswohnungen der Wohnungsgesellschaften.

Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände stiegen um 16,9 Mio. € auf 173,5 Mio. €. Im Wesentlichen beruht diese Steigerung auf Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben der Kernverwaltung sowie anrechenbare Kapitalertragsteuer der WVV Holding.

Die Restlaufzeiten sind dem Forderungsspiegel (Anlage 2) zu entnehmen.

Zum 31.12.2015 betragen die flüssigen Mittel 197,1 Mio. € (Vorjahr 263,8 Mio. €). Die Entwicklung ist aus der Finanzrechnung ersichtlich, in der die Mittelherkunft und -verwendung der liquiden Mittel aufgezeigt wird.

3.2.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten ist gegenüber dem Vorjahr unverändert und beträgt im Berichtsjahr 29,3 Mio. €. Er beinhaltet u. a. Anspar- und Sonderbeiträge von Landesdarlehen (4,9 Mio. €) sowie im Dezember 2015 gezahlte Transferaufwendungen (18,1 Mio. €) und Beamtenbezüge (4,7 Mio. €) für den Januar des Folgejahres.

Gesamtabschluss 2015

3.2.4 Eigenkapital

Das Eigenkapital erhöhte sich im Berichtszeitraum um 9,4 Mio. € auf 1.520,2 Mio. €.

in Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Eigenkapital	1.520,2	1.510,8	9,4 ↑
Netto-Position	1.259,1	1.259,1	0,0 →
Rücklagen, Sonderrücklagen und Stiftungskapital	76,3	92,7	-16,4 ↓
Gesamtbilanzgewinn/-verlust	121,7	96,7	25,0 ↑
Anteile Dritter am Eigenkapital	63,1	62,3	0,8 ↑

Die Nettosition der LHW beträgt 1.259,1 Mio. €. Da ab dem Jahr 2011 keine ergebnisneutralen Korrekturen der Eröffnungsbilanz mehr möglich sind, bleibt die Nettosition insoweit unverändert.

Zum 01.01.2015 wurde der Jahresfehlbetrag der Kernverwaltung der Landeshauptstadt aus 2014 i. H. v. 16,4 Mio. € ausgeglichen, so dass sich die Rücklage entsprechend verringert hat. Bei dem in dieser Position ebenfalls enthaltenen Stiftungskapital i. H. v. 1,9 Mio. € handelt es sich um das auf der Aktivseite unter den Anteilen an verbundenen Unternehmen in gleicher Höhe ausgewiesene Sondervermögen.

Der Gesamtbilanzgewinn erhöhte sich um 25,0 Mio. € auf nunmehr 121,7 Mio. €. Er setzt sich aus dem um die Anteile Dritter reduzierten Gesamtjahresergebnis, dem Ergebnisvortrag sowie den Entnahmen bzw. Zuführungen zu den Rücklagen zusammen.

Die Anteile Dritter am Eigenkapital, die einen Ausgleichsposten für fremde Gesellschafter darstellen, sind annähernd unverändert.

Die detaillierte Entwicklung des Eigenkapitals kann dem Eigenkapitalspiegel (Anlage 3) entnommen werden.

Gesamtabschluss 2015

3.2.5 Sonderposten

Im Berichtsjahr blieben die Sonderposten mit 321,2 Mio. € (Vorjahr 322,2 Mio. €) nahezu unverändert. Die detaillierte Entwicklung ist im Sonderpostenspiegel dargestellt (Anlage 4).

Die Kernverwaltung der LHW bilanziert Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge in Höhe von 275,6 Mio. €. Davon entfallen 235,4 Mio. € auf Zuweisungen vom öffentlichen Bereich, 8,8 Mio. € auf Zuschüsse vom nicht öffentlichen Bereich und 31,5 Mio. € auf Erschließungsbeiträge für Straßen.

Die Zuweisungen vom öffentlichen Bereich beinhalten neben den zweckgebundenen Zuschüssen für Einzelmaßnahmen als größere Positionen die Schulbaupauschale mit 46,7 Mio. € sowie die allgemeine Investitionspauschale mit 32,1 Mio. €.

Die Sonderposten der Kernverwaltung der LHW machen insgesamt rd. 86 % des Postens aus.

Die sonstigen Sonderposten entfallen zu großen Teilen auf den WVV-Teilkonzern und beinhalten Investitionszuschüsse für Baumaßnahmen im geförderten Wohnungsbau.

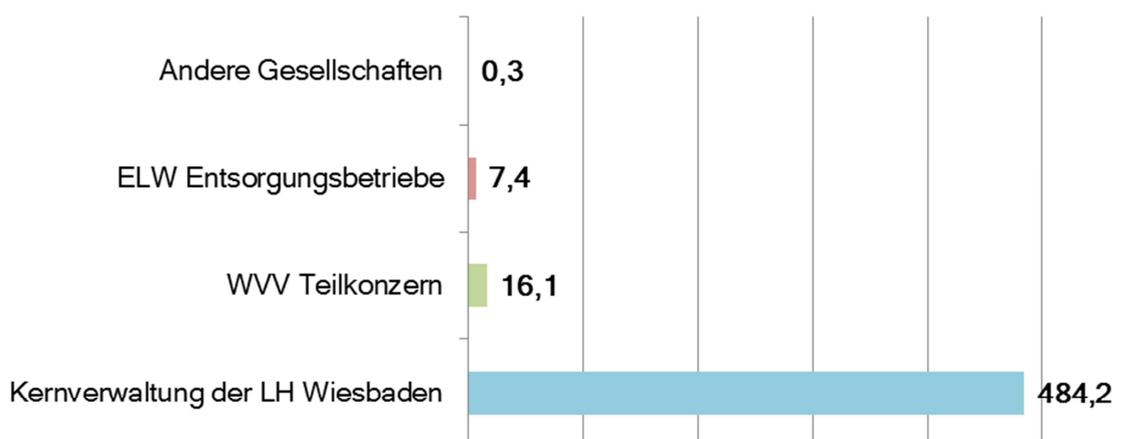
Gesamtabschluss 2015

3.2.6 Rückstellungen

Im Berichtsjahr sind die Rückstellungen mit 696,4 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (698,3 Mio. €) annähernd unverändert. Die Entwicklung der Rückstellungen ist im Rückstellungsspiegel (Anlage 5) dargestellt.

Materiell bedeutendste Position sind die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen. Sie betreffen im Wesentlichen die Kernverwaltung der LHW.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Mio. €



Unter den Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen werden bei der Kernverwaltung zum einen Verpflichtungen für Versorgungsansprüche von Beamtinnen/Beamten und ihren Hinterbliebenen ausgewiesen (427,7 Mio. €). Zum anderen wird als wesentlicher Posten gemäß der Hessischen Beihilfeverordnung aktiven und ausgeschiedenen Beamtinnen/Beamten und deren beihilfeberechtigten Angehörigen Beihilfe als Zuschuss im Krankheitsfall gewährt (56,2 Mio.). Beim WVV-Teilkonzern bezieht sich die Rückstellung von 16,1 Mio. € auf Pensionäre und zukünftige Pensionäre.

Die Rückstellung für die Rekultivierung und Nachsorge von Abfalldeponien i. H. v. 74,4 Mio. € betrifft die Deponie Dyckerhoffbruch und beinhaltet die Oberflächenabdichtung und Nachsorgeleistungen

Die sonstigen Rückstellungen i. H. v. 112,9 Mio. € betreffen mit 91,0 Mio. € im Wesentlichen den WVV Teilkonzern.

Gesamtabschluss 2015

Die wesentlichen Posten sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Sonstige Rückstellung (in Mio. €)	31.12.2015
WVW Teilkonzern	
Rückstellungen für den Personalbereich (Urlaub, Gleitzeit, Beihilfen, Aufwendungen f. Pensionäre, Jubiläen)	14,7
Risikovorsorge für Rückzahlungsverpflichtungen wegen überhöhter Wasserpreise bei der ESWE Versorgungs AG	14,0
Steuerrückstellungen	10,8
Ausstehende Rechnungen aus Lieferungen und Leistungen	9,2
Drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	9,2
Netzentgelte	6,7
Bauinstandhaltungen	5,2
Energiespezifische Risiken	4,5
Gewährleistungen	2,3
Verpflichtungen aus RMV-Einnahmenaufteilungsverfahren	1,9
Kernverwaltung der LH Wiesbaden	
Rückstellungen für den Personalbereich (Leistungsentgelte, Lebensarbeitszeitkonto)	7,0
ELW Entsorgungsbetriebe	
Rückstellungen für den Personalbereich (Urlaub, Überstunden, Altersteilzeit, Jubiläen)	2,6

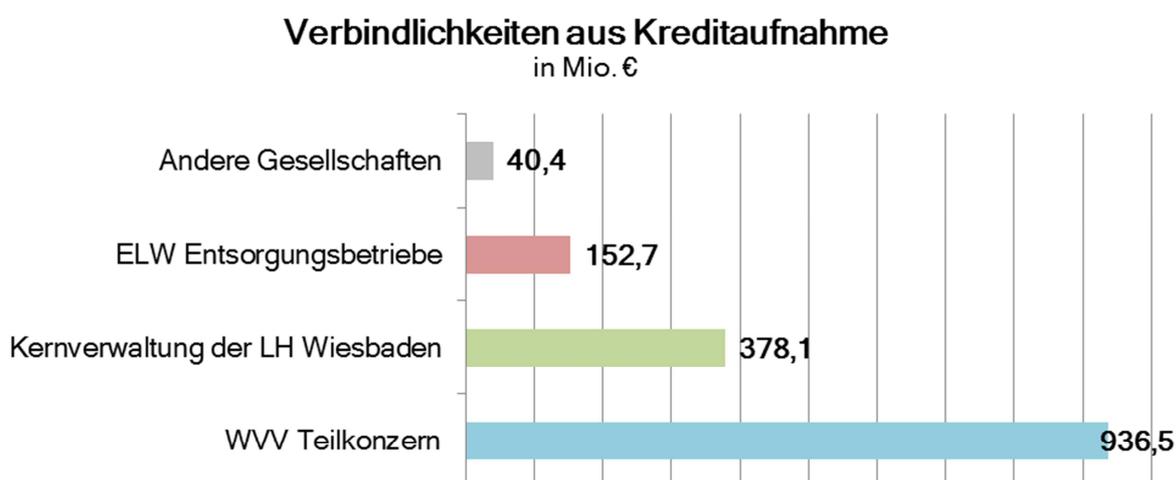
Gesamtabschluss 2015

3.2.7 Verbindlichkeiten

Im Berichtsjahr haben sich die Verbindlichkeiten in Höhe von 1.705,8 Mio. € um 31,9 Mio. € bzw. 1,8 % verringert.

Wesentlich sind hier die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme in Höhe von 1.507,7 Mio. €, die im Vergleich zum Stichtag 31.12.2014 annähernd unverändert geblieben sind.

Die Aufteilung der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme auf die Aufgabenträger ergibt folgendes Bild:



Die Verbindlichkeiten des WVV Teilkonzerns von 936,5,0 Mio. € verteilen sich auf den Immobilienbereich mit 561,5 Mio. € (Vj. 525,3 Mio. €), die WVV Holding mit 198,9 Mio. € (Vj. 210,5 Mio. €), den Versorgungsbereich mit 136,4 Mio. € (Vj. 159,3 Mio. €) und den Verkehrsbereich mit 27,2 Mio. € (Vj. 26,9 Mio. €).

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten können dem Verbindlichkeitspiegel (Anlage 6) entnommen werden.

3.2.8 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten beträgt im Berichtsjahr 45,7 Mio. € (Vorjahr 44,4 Mio. €).

Er enthält im Wesentlichen Einnahmen für Grabnutzungsrechte der LHW i. H. v. 35,3 Mio. €, die ertragsmäßig zukünftige Jahre betreffen und über den Nutzungszeitraum zeitanteilig aufgelöst werden.

Gesamtabschluss 2015

3.3 Erläuterungen zur zusammengefassten Ergebnisrechnung

3.3.1 Ordentliches Ergebnis

Verwaltungsergebnis

Das Verwaltungsergebnis hat sich gegenüber 2014 auf 50,0 Mio. € verbessert und wird im Folgenden erläutert.

in Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Verwaltungsergebnis	50,0	14,6	35,4 ↑
Ordentliche Erträge	1.795,3	1.807,4	-12,1 ↓
Ordentliche Aufwendungen	1.745,3	1.792,8	-47,5 ↓

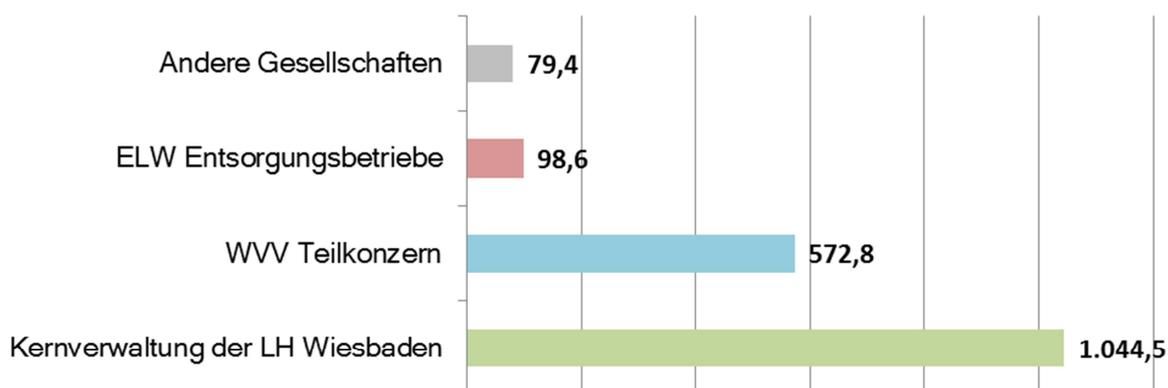
Ordentliche Erträge

Die ordentlichen Erträge in Höhe von 1.795,3 Mio. € haben sich im Vergleich zum Vorjahr verringert (-12,1 Mio. €). Sie setzen sich im Wesentlichen aus Leistungsentgelten und Steuern bzw. steuerähnlichen Erträgen zusammen, die zusammen über zwei Drittel dieser Position ausmachen. Während erstere primär in den ausgegliederten Aufgabenträgern erzielt werden, sind die Erträge aus Steuern, Transferleistungen, Zuweisungen und Zuschüssen zu großen Teilen der Kernverwaltung der LHW zuzuordnen.

Die ordentlichen Erträge verteilen sich folgendermaßen auf die LHW und ihre Aufgabenträger:

Gesamtabschluss 2015

Ordentliche Erträge in Mio. €



in Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Leistungsentgelte	778,8	807,8	-29,0 ↓
Versorgung	379,9	447,8	-67,9 ↓
Entsorgung	80,1	78,5	1,6 ↑
Verkehr	44,9	42,6	2,3 ↑
Immobilien	151,4	118,8	32,6 ↑
Sonstiges	122,5	120,1	2,4 ↑

Die Versorgung macht mit 379,9 Mio. € rd. 49 % der Entgelte aus. Von den Versorgungsleistungen entfallen 238,2 Mio. € auf die Strom- und 86,5 Mio. € auf die Gasversorgung. Gegenüber dem Vorjahr wird ein deutlicher Rückgang der Versorgungsleistungen ausgewiesen. Ursache ist der Verlust eines Großkunden bei der ESWE Versorgungs AG.

Die **Kostenersatzleistungen und -erstattungen** i. H. v. 16,4 Mio. € (Vj. 12,3 Mio. €) sind leicht gestiegen und entfallen nahezu ausschließlich auf die Kernverwaltung. Bedeutendste Positionen sind die Erstattungen im Sozialbereich mit 7,1 Mio. € sowie die Erstattung für die Notunterkünfte der Flüchtlinge von 4,3 Mio. €.

Gesamtabschluss 2015

Die **Bestandsveränderungen und aktivierten Eigenleistungen** entfallen im Wesentlichen auf die Wohnungs- und Projektentwicklungsgesellschaften und spiegeln den Abrechnungsprozess des Bau- und Projektgeschäftes. Im Berichtsjahr wird eine Bestandsverminderung von 12,6 Mio. € ausgewiesen.

Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen betragen im Berichtsjahr 544,5 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr haben sie sich um 48,9 Mio. € erhöht.

in Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Steuern und steuerähnliche Erträge einschl. Erträge aus gesetzlichen Umlagen	544,5	495,6	48,9 ↑
Gewerbsteuer	286,5	248,4	38,1 ↑
Einkommenssteuer	154,6	146,1	8,5 ↑
Grundsteuer	56,6	57,6	-1,0 ↓
Umsatzsteuer	24,6	22,8	1,8 ↑
Sonstiges	22,2	20,7	1,5 ↑

Den größten Anteil an den Steuern hat die Gewerbsteuer mit 286,5 Mio. € (53 %). Im Berichtsjahr wird eine Erhöhung um 38,1 Mio. € ausgewiesen. Die Gewerbesteuererträge entfallen ausschließlich auf die Kernverwaltung der LHW.

Die **Erträge aus Transferleistungen** sind im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert und betragen 170,1 Mio. € (Vj. 167,6 Mio. €). Sie entfallen maßgeblich auf die Landeshauptstadt Wiesbaden und unterliegen abrechnungsbedingten Schwankungen.

Die **Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen** betragen im Berichtsjahr 225,4 Mio. € (Vj. 195,1 Mio. €). Sie setzen sich im Wesentlichen aus Zuweisungen bzw. Zuschüssen von Bund und Land zusammen und beinhalten auch die deutlich gestiegenen Mittel aus dem Finanzausgleich (Schlüsselzuweisungen).

Gesamtabschluss 2015

Von den **Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten** aus empfangenen Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen i. H. v. 14,9 Mio. € (Vj. 16,7 Mio. €) entfallen 14,2 Mio. € auf die Kernverwaltung der LHW. Die Auflösung erfolgt zeitbezogen nach Maßgabe der Erfüllung der Verpflichtung aus dem Zuwendungsverhältnis.

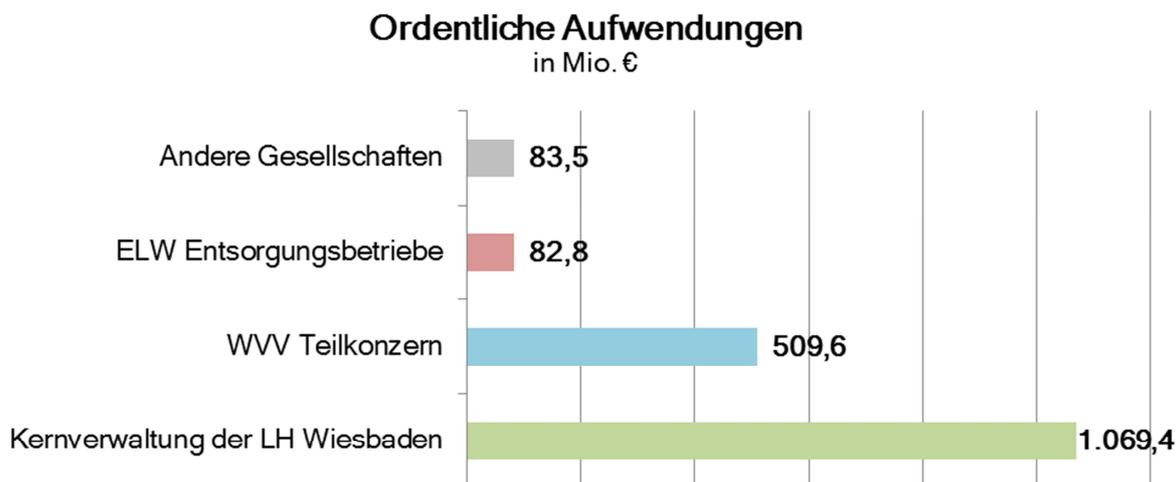
Die **sonstigen ordentlichen Erträge** i. H. v. 58,0 Mio. € (Vj. 71,4 Mio. €) beinhalten insbesondere Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (20,1 Mio. €). Hierin enthalten ist die zeitanteilige Auflösung der potentiellen Rückzahlungsverpflichtung der ESWE Versorgung aus einem in 2009 eingeleiteten kartellrechtlichen Verfahren wegen des Verdachts überhöhter Wasserpreise. Des Weiteren kamen im Vorjahr Sondereffekte der Kernverwaltung zum Tragen, die in der laufenden Berichtsperiode weggefallen sind (z. B. Maßnahmen zur Aufwertung des Areals im Zusammenhang mit der Errichtung einer juristischen Fakultät durch die European Business School). Zudem war ein Rückgang bei den Erträgen aus der Auflösung von Wertberichtigungen der Kernverwaltung der LHW in Höhe von 12,3 Mio. € zu verzeichnen.

Ordentliche Aufwendungen

Die ordentlichen Aufwendungen im Berichtsjahr belaufen sich auf 1.745,3 Mio. € (Vj. 1.792,8 Mio. €).

Den größten Rückgang gab es bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, da in dieser Position u. a. die Materialaufwendungen enthalten sind, und diese vor dem Hintergrund der ebenfalls rückläufigen Leistungsentgelte im Versorgungsbereich entsprechend gesunken sind.

Die Verteilung auf die Aufgabenträger ist der nachstehenden Grafik zu entnehmen.



Gesamtabschluss 2015

Die **Personalaufwendungen** belaufen sich auf 404,5 Mio. €. Da die Versorgungsaufwendungen i. H. v. 34,6 Mio. €, die zu großen Teilen für die Beamten der LHW entstehen, nicht nur den Aufwand für die Ruhestandsbeamten sondern auch den für die aktiven Beamten (z. B. für Zuführungen zu Pensionsrückstellungen) umfassen, werden diese beiden Positionen in der folgenden Tabelle zusammen betrachtet.

in Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Personalaufwendungen	404,5	392,2	12,3 ↑
Versorgungsaufwendungen	34,6	43,0	-8,4 ↓
Summe	439,1	435,2	3,9 ↑
Arbeitnehmerentgelte	278,0	271,2	6,8 ↑
Beamtenbezüge (einschl. Versorgungsbezüge)	81,9	88,4	-6,5 ↓
Sozialaufwendungen (ausgenommen die Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung)	62,1	58,7	3,4 ↑
Sonstige Personalaufwendungen	17,1	16,9	0,2 ↑

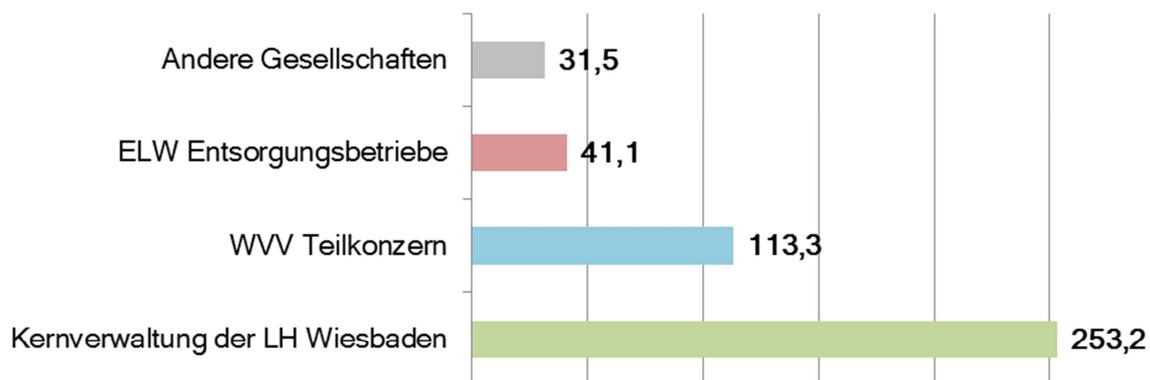
Die Personalaufwendungen sind nicht zuletzt durch die gestiegenen Mitarbeiterzahlen höher als im Vorjahr, die Versorgungsaufwendungen schwanken durch sich ändernde versicherungsmathematische Annahmen. Hierzu zählen beispielsweise geänderte Sterbetafeln, Änderungen der Besoldung, Ein- und Austritte sowie Beförderungen.

Auf die Aufgabenträger verteilt stellen sich die Personalaufwendungen folgendermaßen dar:

Gesamtabschluss 2015

Personal- und Versorgungsaufwendungen

in Mio. €



Mit 253,2 Mio. € entfallen auf die Kernverwaltung der LHW rd. 58 % der Personalaufwendungen. Dies entspricht dem Anteil der LHW an der Gesamtmitarbeiterzahl.

Eine Übersicht über die Anzahl und Verteilung der Mitarbeiter ist unter Punkt 3.5.3 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu finden.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** betragen im Berichtsjahr 576,3 Mio. €. Sie sind im Berichtsjahr um insgesamt 82,5 Mio. € gesunken.

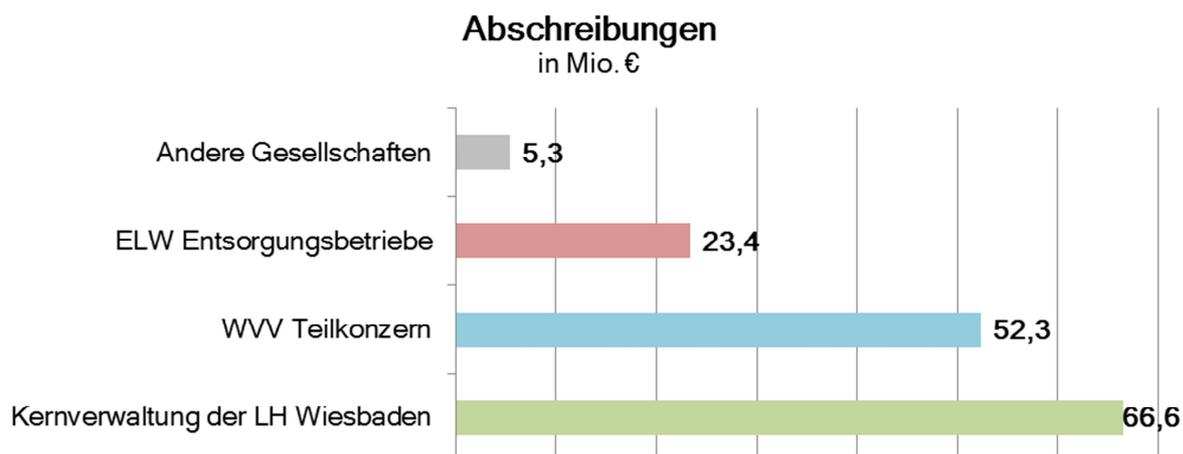
Die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- u. Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren verringerten sich dabei im Berichtsjahr um 76,4 Mio. €. Wie oben ausgeführt erklärt sich dies größtenteils durch den WVV-Teilkonzern, der im Bereich Versorgung einen geringeren Bezugsaufwand für Strom und Gas ausgewiesen hat.

Die **Abschreibungen** betragen im Berichtsjahr 147,6 Mio. €. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahr um 1,7 Mio. € reduziert. Sie können im Anlagenspiegel (Anlage 1) detailliert nachvollzogen werden.

Gesamtabschluss 2015

in Mio. €	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung
Abschreibungen	147,6	149,3	-1,7 ↓
Abschreibungen auf aktivierte Investitionszuweisungen, -zuschüsse und -beiträge	5,8	4,8	1,0 ↑
Sonstige Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	2,3	2,0	0,3 ↑
planmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen	112,5	114,9	-2,4 ↓
Wertberichtigungen auf Forderungen	27,0	27,6	-0,6 ↓

Beigetragen zu den Gesamtabschreibungen haben in erster Linie folgende Aufgabenträger:



Die **Aufwendungen für Zuweisungen, Zuschüsse und besondere Finanzaufwendungen** in Höhe von 98,0 Mio. € (Vj. 88,7 Mio. €) entfallen in erster Linie auf die Kernverwaltung und betreffen u. a. den Betriebskostenzuschuss für das Hessische Staatstheater (14,7 Mio. €), Kindertagesstätten-Zuschüsse an die Evangelische Regionalverwaltung Wiesbaden (14,8 Mio. €), den Gesamtverband der katholischen Kirchengemeinden in Hessen (8,5 Mio. €), den AWO Kreisverband Wiesbaden (4,2 Mio. €), den Caritasverband Wiesbaden-Rheingau (1,0 Mio. €) sowie verschiedene gemeinnützige Kindereinrichtungen i. H. v. 5,9 Mio. €.

Gesamtabschluss 2015

Die **Steueraufwendungen** haben sich mit 112,1 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (106,1 Mio. €) nur geringfügig verändert, stellen ausschließlich Umlageverpflichtungen der LHW dar und betreffen u. a. die Umlage an den Landeswohlfahrtsverband (64,5 Mio. €) sowie die Gewerbesteuerumlage (41,3 Mio. €).

Die **Transferaufwendungen** i. H. v. 346,2 Mio. € (Vj. 336,3 Mio. €) entfallen ebenfalls hauptsächlich auf die LHW. Sie stellen die Aufwendungen für soziale Leistungen dar. Größte Positionen sind die Leistungen an natürliche Personen nach dem SGB XII (u. a. Grundsicherung im Alter) mit 161,5 Mio. € (Vj. 160,7 Mio. €) und die Leistungen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) mit 120,8 Mio. € (Vj. 114,4 Mio. €).

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** in Höhe von 26,0 Mio. € (Vj. 18,4 Mio. €) beinhalten im Wesentlichen Aufwendungen aus Steuern, Konzessionsabgaben und Personalgestellung sowie Aufwendungen aus Konsolidierungsdifferenzen.

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis beträgt -29,9 Mio. € und hat sich im Vergleich zum Vorjahr (- 27,2 Mio. €) geringfügig verschlechtert.

Finanzerträge

Die Finanzerträge i. H. v. 38,0 Mio. € (Vj. 40,6 Mio. €) resultieren im Wesentlichen aus folgenden Positionen:

- Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen (10,4 Mio. €)
- Erträge aus anderen Beteiligungen (12,8 Mio. €)
- Erträge aus Ausleihungen (4,5 Mio. €)
- Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (9,7 Mio. €).

Sowohl die Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen als auch die Erträge aus anderen Beteiligungen entfallen fast ausschließlich auf den WVV-Teilkonzern. Überwiegend handelt es sich dabei einerseits um Erträge aus der Beteiligung an den Kraftwerken Mainz-Wiesbaden AG und andererseits um die Erträge aus der Beteiligung an der Kom9 GmbH & Co.KG, die Anteile an der Thüga AG hält.

Gesamtabschluss 2015

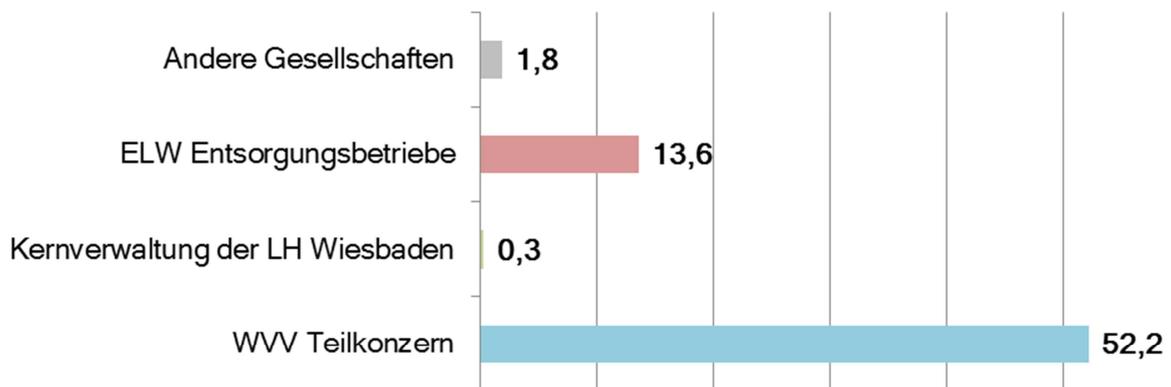
Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen sind annähernd gleich geblieben und belaufen sich zum Stichtag 31.12.2015 auf 67,9 Mio. €. Hauptsächlich setzt sich die Position aus Zinsen aus langfristigen und kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie sonstigen Zinsen und ähnlichen Aufwendungen zusammen.

Die Aufwendungen entfallen im Wesentlichen auf den WVV-Teilkonzern und die ELW Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

in Mio. €



Gesamtabschluss 2015

3.3.2 Außerordentliches Ergebnis

Außerordentliche Erträge

Die außerordentlichen Erträge betragen im Berichtsjahr 25,3 Mio. € (Vj. 17,5 Mio. €) und setzen sich im Wesentlichen aus den nachfolgenden Posten zusammen:

- Erträge aus dem Abgang von Sachanlagevermögen (13,8 Mio. €)
- Andere periodenfremde Erträge (6,1 Mio. €)
- Sonstige außerordentliche Erträge (5,4 Mio. €)

In den **Erträgen aus dem Abgang von Sachanlagevermögen** sind Erträge i. H. v. 7,8 Mio. € der Kernverwaltung der LHW enthalten - u. a. aus diversen Grundstücksverkäufen - sowie Erträge aus Anlagenabgängen des WVV-Teilkonzerns i. H. v. 6,0 Mio. €.

Die **anderen periodenfremden Erträge** sind ebenfalls mehrheitlich bei der LHW (3,7 Mio. €) und im WVV-Teilkonzern (2,0 Mio. €) entstanden.

Die **sonstigen außerordentlichen Erträge** sind im Wesentlichen bei der Kernverwaltung mit 3,4 Mio. € durch Grundstücksumlegungen entstanden.

Außerordentliche Aufwendungen

Die Außerordentlichen Aufwendungen betragen im Berichtsjahr wie im Vorjahr 15,3 Mio. € und setzen sich im Wesentlichen aus den nachfolgenden Posten zusammen:

- Außerplanmäßige Abschreibungen auf immaterielles u. Sachanlagevermögen (5,0 Mio. €)
- Verluste aus dem Abgang von Sachanlagevermögen (4,8 Mio. €)
- andere periodenfremde Aufwendungen (4,3 Mio. €)

Die **außerplanmäßigen Abschreibungen auf immaterielles und Sachanlagevermögen** sind bei der Kernverwaltung (2,6 Mio. €), bei der Altenhilfe Wiesbaden für die Abschreibung des Moritz-Lang-Hauses (1,6 Mio. €) sowie bei HSK Pflege für die Abschreibung der aktivierten Planungskosten des Neubaus entstanden (0,9 Mio. €).

Gesamtabschluss 2015

Bei den **Verlusten aus dem Abgang von Sachanlagevermögen** handelt es sich im Wesentlichen um Aufwendungen der Kernverwaltung der LHW (4,4 Mio. €), die durch Grundstücksumlegungen entstanden sind.

Von den **anderen periodenfremden Aufwendungen** entfallen 3,3 Mio. € auf den WVV-Teilkonzern.

3.3.3 Anderen Gesellschaftern zustehendes Ergebnis

Das anderen Gesellschaftern zustehende Ergebnis i. H. v. 21,6 Mio. € beinhaltet im Wesentlichen den Anteil der Thüga AG an der ESWE Versorgungs AG.

Gesamtabschluss 2015

3.4 Erläuterungen zur zusammengefassten Finanzrechnung

Die zusammengefasste Finanzrechnung zeigt, wodurch sich der Finanzmittelfonds im Haushaltsjahr verändert hat. Für die Zwecke des Gesamtabschlusses wurde der Posten Flüssige Mittel der zusammengefassten Vermögensrechnung als Finanzmittelfonds definiert. Der Saldo aus Ein- und Auszahlungen wird als Cashflow bezeichnet. Die Veränderung - eine Abnahme im Berichtsjahr um 66,8 Mio. € - wird dabei den Ein- und Auszahlungen aus drei unterschiedlichen Aktivitäten, der laufenden Geschäftstätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit zugeordnet.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit für den Verbund wird durch Eliminierung nicht zahlungswirksamer Aufwendungen und Erträge im Periodenergebnis ermittelt, ebenso werden die Auswirkungen der Veränderungen von Forderungen und Verbindlichkeiten auf die Liquidität berücksichtigt.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit fasst die Zahlungsströme aus Investitionen, Desinvestitionen und erhaltenen Zuwendungen und Beiträgen zusammen. Die Zusammensetzung der Zu- und Abgänge im Anlagevermögen und bei den Sonderposten sind im Anhang erläutert. Wesentliche nicht finanzwirksame Sachverhalte wurden herausgerechnet. Unternehmen oder sonstige Geschäftseinheiten von wesentlicher Größenordnung wurden weder erworben noch verkauft.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit bildet Einzahlungen der Miteigentümer bzw. Auszahlungen an außenstehende Miteigentümer von Aufgabenträgern sowie die Neuaufnahme bzw. Tilgung von Krediten ab.

Die Veränderung der Verbindlichkeiten aus Kreditfinanzierung sind ebenfalls im Anhang erläutert.

Gesamtabschluss 2015

3.5 Sonstige Angaben

3.5.1 Haftungsverhältnisse

Gesellschaft	Art des Haftungsverhältnisses	Höhe der Haftung in Mio. €		Änderung
		2015	2014	
WW Teilkonzern	Bestellobligo aus erteilten Aufträgen für Investitionen	21,1	35,5	-14,4
	Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen	7,5	7,3	0,2
	Verpflichtungen aus Zusagen von Kreditverträgen	16,5	32,5	-16,0
	Rücknahmeverpflichtungen aus der Veräußerung von Wohnungen	0,1	0,4	-0,3
	Treuhandverbindlichkeiten	11,9	7,4	4,5
	Verpflichtungen aus gegebenen Patronatserklärungen	50,0	50,0	0,0
	Verpflichtungen aus Grundstückskaufverträgen	0,7	0,7	0,0
	Verpflichtung aus der Nutzung eines Gasspeichers	13,2	12,3	0,9
Summe:		121,0	146,1	-25,1
Kernverwaltung der LH Wiesbaden	Die LHW hat sich bei zahlreichen Grundstücksgeschäften dazu verpflichtet, eventuell anfallende Kosten für die Beseitigung von Altlasten (u. a. Bodenverunreinigung, Kampfmittelräumung) zu übernehmen. Beim Amt für Wirtschaft und Liegenschaften wird eine Aufstellung über diese Verpflichtungen geführt. Diese Liste der Haftungsverhältnisse ist nicht abschließend, da in einigen Fällen eine Altlastenübernahme ohne konkrete Summenbeschränkungen oder Laufzeiten vereinbart wurden.			

Gesamtabschluss 2015

Kernverwaltung der LH Wiesbaden	Die LH Wiesbaden ist Mitglied im Sparkassenzweckverband Nassau (ZVN) neben der Stadt Frankfurt sowie 4 Landkreisen in Hessen und 2 Landkreisen in Rheinland-Pfalz. Der Verband ist Mitglied im Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen. Er ist ein Zweckverband im Sinne des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 16.12.1969 und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts (§ 1 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes Nassau vom 13.12.1990, zuletzt geändert am 09.03.2011). Der Zweckverband ist Gewährträger der Nassauischen Sparkasse. Nach dem grundsätzlichen Wegfall der Gewährträgerhaftung in 2005 haftet ein Träger nur noch unter ganz bestimmten Bedingungen für Verbindlichkeiten seiner Sparkasse nach dem 31.12.2015 (z. B. bezüglich der Altersvorsorge). Für die Verbindlichkeiten des Verbandes haften die Mitglieder untereinander nach dem Verhältnis der Gesamtbeträge der aus dem Gebiet der einzelnen Mitglieder stammenden Verbindlichkeiten aus dem Sparkassengeschäft gegenüber Kunden und aus den Schuldverschreibungen der Sparkasse und aus den Forderungen an Kunden mit Ausnahme der Forderungen aus Schuldscheindarlehen untereinander. Der Anteil der LH Wiesbaden beträgt aktuell 30 %. Ausgeschiedene Mitglieder können insoweit mit herangezogen werden, als die Ursache für ihre Haftung in der Zeit vor ihrem Ausscheiden liegt (§ 2 Abs. 4 der Satzung).			
	Ausfallbürgschaften (da diese Bürgschaften Eventualverbindlichkeiten darstellen, sind sie gemäß § 251 HGB hier aufgeführt):			
	Bürgschaften für Außenstehende Bürgschaft Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken GmbH	6,6 59,7	6,7 65,6	-0,1 -5,9
WJW Wiesbadener Jugendwerkstatt	Kommunal verbürgte Darlehen	1,5	1,5	0,0

Gesamtabschluss 2015

3.5.2 Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen

Gesellschaft	Sachverhalte mit erheblicher finanzieller Verpflichtung
WVV- Teilkonzern	<p>Bei mehreren Konzerngesellschaften bestehen derivative Finanzinstrumente zur Risikoabsicherung. Zum Bilanzstichtag wurden für alle Geschäfte die Marktwerte ermittelt. In sämtlichen Fällen wurde zwischen dem derivativen Finanzinstrument und dem Grundgeschäft eine Bewertungseinheit gebildet, so dass keine Rückstellungen für drohende Verluste passiviert werden mussten. Zur Feststellung der Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wird die „Critical Terms Match-Methode“ verwendet. Die Bilanzierung sämtlicher Bewertungseinheiten erfolgt nach der „Einfrierungsmethode“.</p>
	<p>Zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos von langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten hat die ESWE Versorgung Zins-Swap-Geschäfte abgeschlossen. Insgesamt bestehen Swap-Geschäfte mit einem Nominalwert von 20,7 Mio. €. Aufgrund der allgemeinen Zinsentwicklung haben diese am Bilanzstichtag in Summe einen negativen Marktwert in Höhe von 3,3 Mio. €. Die Zins-Swap-Geschäfte werden jeweils in Zusammenhang mit der Aufnahme bzw. Prolongation konkreter Darlehen abgeschlossen. Die Marktwerte werden anhand der sich aus den Vereinbarungen in Zukunft ergebenden Zahlungsströme unter Zugrundelegung der erwarteten Zinsentwicklung ermittelt.</p> <p>Die darüber hinaus mittels Termingeschäften beschafften Energiebezüge von Strom und Gas werden mit den in der Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit anfallenden Absatzgeschäften in eine Einheit gebracht. Da die Beschaffung dem Absatz zeitlich vorgelagert ist, handelt es sich um antizipatives Hedging.</p>
	<p>Bei der GeWeGe werden zur Absicherung gegen steigende Zinsen derivative Finanzinstrumente eingesetzt. Bei den eingesetzten Derivaten handelt es sich um 5 Zinsswaps. Das Nominalvolumen beträgt 65,6 Mio. €. Der negative Marktwert per 31. Dezember 2015 beträgt 9,21 Mio. €. Der Bewertung liegen Zinsstrukturkurven im Zeitpunkt der Bewertung zugrunde.</p>
	<p>Auch bei der GWW werden zur Absicherung gegen steigende Zinsen derivative Finanzinstrumente eingesetzt. Bei den eingesetzten Derivaten handelt es sich um 4 Zins-swaps. Das Nominalvolumen beträgt 31,2 Mio. €. Der negative Marktwert per 31. Dezember 2015 beträgt 5,4 Mio. €. Der Bewertung liegen Zinsstrukturkurven im Zeitpunkt der Bewertung zugrunde.</p>
	<p>Bei der WVV Holding bestehen 2 Zinsswaps zur Absicherung der Zinszahlungsströme von bereits im Vorjahr bestehenden und mit langfristiger Laufzeit abgeschlossenen Darlehen (Nominalvolumen der Darlehen zum Stichtag insgesamt 19,0 Mio. €). Der negative Marktwert per 31. Dezember 2015 beträgt 2,6 Mio. €. Der Bewertung liegen Zinsstrukturkurven im Zeitpunkt der Bewertung zugrunde.</p>

Gesamtabschluss 2015

ELW Entsorgungs- betriebe	Das Bestellobligo aus erteilten Aufträgen für Investitionen beträgt 11,7 Mio. € (Vj. 12,6 Mio. €), Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen 0,7 Mio. € (Vj. 0,6 Mio. €).
Kernverwal- tung der LH Wiesbaden	<p>Der jährliche Mietzins für größere Mietverhältnisse der LHW beträgt:</p> <p>Konradinallee 11 (Laufzeit bis 30.09.2039; Mietfläche 16.721 m²): 3,8 Mio. € Gustav-Stresemann-Ring 15 (Laufzeit bis 31.12.2027; Mietfläche 22.628 m²): 4,8 Mio. €.</p> <p>Weitere finanzielle jährliche Verpflichtungen von erheblicher Bedeutung (> 1 Mio. € p.a.) sind:</p> <p>IT-Dienstleistungsvertrag mit WIVERTIS (Laufzeit: 01.01.2005-31.12.2014, danach jährliche Kündigung möglich): Kosten: ca. 8,5 Mio. € p.a. (2015); derzeit Verlängerung jeweils um ein Jahr. Zusätzlich zum IT-Dienstleistungsvertrag mit WIVERTIS nehmen die Ämter der LHW Zusatzausstattungen bei WIVERTIS in Anspruch. Für diese Zusatzausstattungen belaufen sich die jährlichen Kosten im Durchschnitt der letzten 5 Jahre auf 4,9 Mio. €.</p> <p>Betriebskostenzuschüsse an Kindertagesstätten der freien Träger (Laufzeit: Unterschiedlich - je nach Träger), Kosten: 49 Mio. € (2015); Kosten ab 2016 ff mindestens 41,2 Mio. € p.a.</p>

Gesamtabschluss 2015

3.5.3 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter im Unternehmensverbund der LHW stellt sich im Berichtsjahr folgendermaßen dar:

Gesellschaften	Beschäftigte	Beamte	Gesamt	Veränderung zum Vorjahr
WV-Teilkonzern	1.856	0	1.856	62 ↑
EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH	4	0	4	0 →
HSK Pflege GmbH	3	0	3	0 →
Feierabendheim Simeonhaus GmbH	3	0	3	0 →
AHW AltenHilfe Wiesbaden GmbH	128	0	128	-4 ↓
WJW Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH	208	0	208	-14 ↓
ELW Entsorgungsbetriebe	707	6	713	11 ↑
MBA Wiesbaden GmbH	1	0	1	-1 ↓
TriWiCon	89	0	89	2 ↑
Kurhaus Wiesbaden GmbH	19	0	19	1 ↑
Wiesbaden Marketing GmbH	16	0	16	2 ↑
Rhein-Main-Hallen GmbH	24	0	24	1 ↑
Mattiaqua (Bäderbetrieb)	108	0	108	-3 ↓
WLW Wasserversorgungsbetriebe der Kernverwaltung der LH Wiesbaden	6	0	6	0 →
WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG	3	0	3	-1 ↓
Kernverwaltung der LH Wiesbaden	3.339	996	4.335	95 ↑
Gesamt	6.514	1.002	7.516	151 ↑

Gesamtabschluss 2015

3.5.4 Mitglieder Stadtverordnetenversammlung/Magistrat

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sind im Folgenden genannt.

Stadtverordnetenvorsteher:	Stellvertreter/innen:
Nickel, Wolfgang	Göttenauer, Michael (Linke & Piraten) bis 16.04.2015 Schon, Manuela (Linke & Piraten) seit 16.04.2015 Große, Claus-Peter (GRÜNE) Queck, Katharina (CDU) Schickel, Hans Peter (SPD)
Weitere Stadtverordnete in 2014:	
Abt, Richard Altz, Richard Andes-Müller Dipl.Ing., Dorothee Angor, Dorothea Apel, Michaela Bachmann, Christian Becker, Jürgen Belz, Stephan Bilir, Suayip Bohrer, Hartmut Braun, Karl Brenneisen Dr., Helga Breuer, Stefan David, Michael Delbasteh Dr., Rashid Denne, Heike Diers, Christian Dogan, Salih Düe, Barbara Dumont du Voitel, Sabine Egert, Urban Freund, Renate Frommann, Hans-Jörg Gaedeke, Sabine Gölz, Roland (seit 29.06.2015) Göttenauer, Michael (bis 16.04.2015) Gretz-Roth Dr., Vera Güler, Sibel Hagenmüller, Axel Hasemann-Trutzel, Hans-Joachim Hebenstreit, Anita Hininger, Christiane Karipidou, Sofia	Manjura, Christoph Maritzen, Ronny Michna Dr., Hans-Achim Mucha, Monika Oschmann, Petermartin Päßler, Mathias (seit 26.01.2015) Paffe, Sandra Pfeifer, Rainer Pöpel, Brigitte Susanne Reiß, Ingrid Reitz, Peter Röck-Knüttel, Nicole Rottloff, Simon Ruf, Nadine Sahin-Öztürk Dipl. Ing., Gülden Schadt, Peter Schlempp, Michael Schmehl, Hendrik Schmitz Dr., Sven-Uwe Schnaus, Eleonore Schon, Manuela Schuchalter-Eicke, Gabriele Seidensticker, Eberhard Seipel-Rotter, Hendrik Sohn, Axel Wolfgang Spallek, Stefan Spruch, Claudia Ünlü, Ümran (bis 26.01.2015) Uebersohn Dr., Gerhard Volk-Borowski, Dennis Völker Dr., Reinhard Vollkammer, Jan von Poser und Groß-Naedlitz Dr., Michael (bis

Gesamtabschluss 2015

Kessler, Hans-Martin	03.03.2015)
Kienast-Dittrich, Renate	Waldeck, Andreas
Kisseler, Felix	Wallmann, Astrid
Koch, Simone	Weck, André
Lerschmacher Dr., Karin	Weinerth, Ulrich (bis 29.06.2015)
Lorenz, Bernhard	Wild, Volker
	Wilhelmy, Veit
	Wittkowski Dr., Bernd
	Zerbe, Kristof (seit 16.04.2015)

Die Mitglieder des Magistrats in 2015 waren:

Oberbürgermeister	
Gerich, Sven	
Bürgermeister	
Goßmann, Arno	
hauptamtliche Magistratsmitglieder:	ehrenamtliche Magistratsmitglieder:
Bendel, Detlev Dr. Franz, Oliver Möricke, Sigrid Scholz, Rose-Lore Imholz, Axel (Stadtkämmerer)	Coigné, Mechthild Gores, Wolfgang Jentsch Dr., Doris Knauer, Christa Kornmüller-Bolte, Daniela Nehrbaß, Helmut Dr. Reinhardt, Tilli-Charlotte Reiß, Thorsten Schlempp, Dieter Schuster, Rainer Skolik, Helga von Scheidt, Helmut Wolf, Gabriele

Wiesbaden, den 24. Mai 2017



Imholz
Stadtkämmerer

Gesamtabschluss 2015

Anlagen

Anlage (1) Anlagenspiegel

Position	Anschaffungs- und Herstellungskosten in EUR							Abschreibungen in EUR				Buchwerte in EUR	
	Stand zum 01.01.	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Spiegelübergreifende Umbuchungen	Wertänderung At Equity Methode	Stand zum 31.12.	Stand zum 01.01.	Abschreibungen des Berichtsjahres	Abschreibungen auf Abgänge	Stand zum 31.12.	Stand zum 31.12.	Stand zum 01.01.
1 Anlagevermögen	6.354.534.073	201.811.768	44.312.644	0	-24.545	-9.890.559	6.502.118.094	2.582.084.066	126.040.692	27.657.983	2.680.466.775	3.821.651.319	3.772.450.008
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	79.110.193	5.560.686	5.281.080	8.212.340	0	0	87.602.138	43.989.532	8.075.001	5.277.811	46.786.722	40.815.416	35.120.661
1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	27.286.537	1.896.817	2.270.125	413.426	0	0	27.326.655	20.645.599	2.318.610	2.266.859	20.697.349	6.629.306	6.640.939
1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	51.823.656	3.663.869	3.010.955	7.798.914	0	0	60.275.483	23.343.934	5.756.392	3.010.952	26.089.373	34.186.110	28.479.722
1.1.3 Geschäfts- oder Firmenwert	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.1.4 Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
1.2 Sachanlagen	5.612.127.328	181.257.970	36.626.300	-8.212.340	-24.545	0	5.748.522.114	2.499.234.760	117.559.534	22.379.389	2.594.414.905	3.154.107.209	3.112.892.568
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	2.661.197.460	61.770.353	10.899.794	50.299.265	-169.569	0	2.762.197.714	723.514.037	43.677.549	2.011.362	765.180.224	1.997.017.490	1.937.683.423
1.2.2 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	2.370.387.978	38.833.133	8.962.995	16.277.628	0	0	2.416.535.745	1.534.592.090	47.959.620	5.713.519	1.576.838.191	839.697.554	835.795.888
1.2.3 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	163.637.627	3.026.073	3.956.666	381.825	0	0	163.088.859	82.868.546	7.066.331	2.838.305	87.096.572	75.992.286	80.769.081
1.2.4 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	281.055.980	19.461.075	11.969.538	1.605.627	0	0	290.153.143	158.260.086	17.998.027	11.662.812	164.595.301	125.557.842	122.795.894
1.2.5 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	135.848.282	58.167.337	837.306	-76.776.685	145.025	0	116.546.653	0	858.008	153.391	704.617	115.842.036	135.848.282
1.3 Finanzanlagen	489.656.553	14.993.111	2.405.264	0	0	-9.890.559	492.353.842	38.859.774	406.156	782	39.265.148	453.088.694	450.796.779
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	1.926.961	0	0	0	0	0	1.926.961	0	0	0	0	1.926.961	1.926.961
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1.800	0	1.800	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1.800
1.3.3 Beteiligungen	346.544.742	14.887.705	12.600	0	0	-9.890.559	351.529.288	38.773.029	0	0	38.773.029	312.756.259	307.771.713
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	29.827.880	0	249.236	0	0	0	29.578.644	0	0	0	0	29.578.644	29.827.880
1.3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	50	0	0	0	0	0	50	0	0	0	0	50	50
1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	111.355.120	105.407	2.141.627	0	0	0	109.318.900	86.745	406.156	782	492.119	108.826.781	111.268.376
1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173.640.000	0	0	0	0	0	173.640.000	0	0	0	0	173.640.000	173.640.000

Gesamtabschluss 2015

Anlage (2) Forderungsspiegel

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		Restlaufzeiten			Gesamt EUR	Gesamt Vorjahr EUR
		bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
		EUR	EUR	EUR		
2.3.1	Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	3.277.298	6.123.377	29.502.174	38.902.849	46.227.109
2.3.2	Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	38.172.056	29.546	670	38.202.272	18.589.934
2.3.3	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	40.773.822	39.907	2.834	40.816.563	44.570.405
2.3.4	Forderungen gegen verbundene Unternehmen, gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	439.905	0	0	439.905	552.569
2.3.5	Sonstige Vermögensgegenstände	54.224.553	837.699	72.963	55.135.215	46.703.717
Gesamt		136.887.634	7.030.529	29.578.641	173.496.804	156.643.734

Gesamtabschluss 2015

Anlage (3) Eigenkapitalspiegel

Eigenkapital	Nettoposition und Gezeichnetes Kapital	Rücklagen aus Überschüssen des Ergebnisses	Zweckgebundene und Sonderrücklagen	Anteil Dritter am Eigenkapital	Gesamtbilanzgewinn/-verlust	Gesamteigenkapital
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Stand 01.01.2015	1.259.089.688	90.808.720	1.883.961	62.269.257	96.684.457	1.510.736.083
Zunahme	0	0	0	21.589.780	8.595.283	30.185.063
Abnahme	0	16.407.288	0	0	-16.407.288	0
Dividendenausschüttung	0	0	0	20.772.179	0	20.772.179
Stand 31.12.2015	1.259.089.688	74.401.432	1.883.961	63.086.858	121.687.028	1.520.148.967

Gesamtabschluss 2015

Anlage (4) Sonderpostenspiegel

Sonderposten	Stand 01.01.	Einzahlungen /		Auflösung	Auszahlun Sach- anlagen	Stand 31.12.
		immat. Vermögen	Sach- anlagen			
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Sonderposten für erhaltene						
2.1 Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge	291.080.288	159.390	12.984.825	14.867.708	30.627	289.326.168
2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	236.689.235	159.390	10.063.700	11.370.940	30.627	235.510.758
2.1.2 Zuschüsse vom nicht - öffentlichen Bereich	18.194.400	0	502.172	880.653	0	17.815.919
2.1.3 Investitionsbeiträge	36.196.653	0	2.418.953	2.616.115	0	35.999.491
2.2 Sonstige Sonderposten	31.086.450	0	817.323	39.903	0	31.863.870
Gesamt	322.166.738	159.390	13.802.148	14.907.611	30.627	321.190.038

Gesamtabschluss 2015

Anlage (5) Rückstellungsspiegel

Rückstellungen	Stand 01.01.	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	Aufzinsung	Stand 31.12.
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	504.238.133	1.806.493	2.425.571	6.565.041	1.430.442	508.001.552
3.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse (nur Kommune)	422.046	0	132.046	235.355	0	525.355
3.3 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge von AbfalldPONEN	69.260.977	58.303	103.273	5.259.304	0	74.358.705
3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	628.546	10.915	0	0	0	617.631
3.5 Sonstige Rückstellungen	123.700.869	47.893.617	18.779.130	55.391.882	493.278	112.913.282
Gesamt	698.250.571	49.769.328	21.440.020	67.451.582	1.923.720	696.416.525

Gesamtabschluss 2015

Anlage (6) Verbindlichkeitspiegel

Verbindlichkeiten	Restlaufzeiten			Gesamt	Gesamt Vorjahr
	bis zu 1 Jahr	über 1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
4.1 P41 Anleihen	0	0	0	0	0
4.2 P42 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	115.348.205	443.258.948	949.109.593	1.507.716.746	1.508.009.505
4.2.1 P421 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	101.704.805	400.273.366	807.295.283	1.309.273.454	1.301.789.350
4.2.2 P422 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	3.305.267	11.312.413	18.228.419	32.846.099	34.296.334
4.2.3 P423 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	5.338.133	31.673.169	123.585.891	160.597.193	171.877.711
4.2.4 P424 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für die Liquiditätssicherung	5.000.000	0	0	5.000.000	0
4.2.5 P425 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	0	0	0	0	46.109
4.3. P43 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	7.654.007	0	0	7.654.007	2.687.779
4.4. P44 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	61.069.779	4.633.314	0	65.703.093	76.495.641
4.5. P45 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	4.359.993	0	0	4.359.993	4.657.245
4.6. P46 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	5.880.034	0	0	5.880.034	6.791.519
4.7. P47 Sonstige Verbindlichkeiten	114.503.190	0	0	114.503.190	139.122.124
Gesamt	308.815.208	447.892.262	949.109.593	1.705.817.063	1.737.763.813

Gesamtabschluss 2015

**Anlage (7) Übersicht der fremden Finanzmittel der Landeshauptstadt Wiesbaden
(unkonsolidierte Werte!)**

Forderungen	Anfangsstand 2015 EUR	Endstand 2015 EUR
sonst. Forderung aus Personalkostenabwicklung für verbundene Unternehmen und Beteiligungen	1.000,00	2.624,60
Summe Forderungen ggü. verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	1.000,00	2.624,60
Vorverkauf Caligari	1.121,42	2.401,99
Bundesanteile Gebühren	10.841,99	1.868,10
sonst. Forderung aus Personalkostenabwicklung für sonstige Dritte	326,50	458.100,54
Summe sonstige Vermögensgegenstände	12.289,91	462.370,63

Verbindlichkeiten	Anfangsstand 2015 EUR	Endstand 2015 EUR
sonst. Verbindlichkeiten aus Personalkostenabwicklung für verbundene Unternehmen und Beteiligungen	19.883,86	7.689,76
sonst. Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuerabwicklung für verbundene Unternehmen und Beteiligungen	0,00	0,57
Grundkapital Stiftungen	880.958,36	880.958,36
Verwendbares Kapital Stiftungen	4.486.335,18	4.360.452,37
Summe Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	5.387.177,40	5.249.101,06
sonstige Verbindlichkeiten aus Personalkostenabwicklung für Dritte	81.825,37	1.854,34
Erich-Haub-Zais-Stiftung	34.619,68	78.582,87
Georg-Konell-Preis	14.506,95	14.043,19
Christian-Zais-Preis	14.026,48	14.061,55
Gebühren für Kraftfahrtbundesamt	14.299,82	14.120,72
sonstige durchlaufende Gelder	185.801,87	35.983,03
sonstige Verbindlichkeiten Great Spas of Europe	127.123,80	234.588,38
Erbschaft Kubis	141.444,60	146.724,82
Verbindlichk. a. Bambini-Landesprogramm	4.823.649,21	7.622.122,50
Verbindlichkeiten ggü. Land komm.soziale Hilfen	36.159,07	263.543,04
Landesanteil Fehlbelegungsabgabe	4.178,00	3.302,46
sonstige Verbindlichkeiten	5.477.634,85	8.428.926,90

Gesamtabschluss 2015

Anlage (8) Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen

Vermögenslage	Nettoinvestition	Zugänge zu AHK des Haushaltsjahres ./. Abgänge zu AHK des Haushaltsjahres abzgl. der Abschreibungen auf An- lagenabgänge
	Investitionsquote	$\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagen} \times 100}{\text{Sachanlagen zu hist. Anschaffungs- / Herstel-} \\ \text{lungskosten zu Jahresbeginn}}$
	Reinvestitionsquote	$\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagen} \times 100}{\text{Abschreibungen des Haushaltsjahres}}$
	Eigenkapitalquote II	$\frac{\text{Eigenkapital einschl. Sonderposten} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$
	Pro-Kopf-Verschuldung	$\frac{\text{Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme}}{\text{Einwohnerzahl zum Stichtag}^{11}}$
Ergebnissituation	Ordentlicher Aufwandsdeckungsgrad	$\frac{\text{Ordentliche Erträge} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
	Zinslastquote	$\frac{\text{Zinsen und ähnliche Aufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$

Herausgeber:
Landeshauptstadt Wiesbaden
Dezernat VI - Dezernat für Finanzen, Gesundheit und Kliniken
Schillerplatz 1 - 2
65185 Wiesbaden
dezernat.VI@wiesbaden.de

Bildquelle: ©Horst Goebel |Architekturfotografie + Visuelle Kommunikation

¹¹ gemäß der Daten des Amtes für strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik der LHW